



Bundesministerium  
der Finanzen

Das Ministerium



# Monatsbericht des BMF April 2008





# Monatsbericht des BMF April 2008



# Inhaltsverzeichnis

<b>Editorial .....</b>	<b>7</b>
<b>Übersichten und Termine .....</b>	<b>9</b>
Finanzwirtschaftliche Lage .....	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes .....	19
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht .....	22
Entwicklung der Länderhaushalte Januar bis Februar 2008 .....	27
Termine .....	28
<b>Analysen und Berichte .....</b>	<b>31</b>
Bundespolitik und Kommunalfinanzen .....	33
Die Bilanz des Zolls für das Jahr 2007 – Die Zolljahrespressekonferenz vom 11. März 2008 .....	45
Überblick über die aktualisierten Stabilitäts- und Konvergenzprogramme 2007 der EU-Mitgliedstaaten .....	51
Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich .....	67
<b>Statistiken und Dokumentationen .....</b>	<b>85</b>
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung .....	88
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte .....	112
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung .....	118

## Zeichenerklärung Tabellen und Grafiken

- nichts vorhanden;
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts;
- Zahlenwert unbekannt;
- X Wert nicht sinnvoll.

Die Mitarbeiter der Redaktion des Monatsberichts sind für Anregungen und Kritik dankbar.

Bundesministerium der Finanzen

Redaktion Monatsbericht

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

<http://www.bundesfinanzministerium.de> oder

<http://www.bmf.bund.de>

[Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de](mailto:Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de)

## Editorial

### Liebe Leserinnen und Leser,

im Jahr 2007 war der Staatshaushalt erstmals seit 1989 wieder ausgeglichen: Bund und Länder haben in den vergangenen Jahren erhebliche Konsolidierungsanstrengungen unternommen, um dieses Ziel zu erreichen, denn eine nachhaltige Finanzpolitik ist eine wichtige Grundlage für Generationengerechtigkeit und wachstumsfreundliche Rahmenbedingungen. Ein Großteil der Länder hat das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts ohne Nettoneuverschuldung schon erreicht. Für den Bund sieht der Finanzplan diesen Ausgleich für das Jahr 2011 vor.

In dieses insgesamt erfreuliche Bild passt die Finanzsituation der Gemeinden und Gemeindeverbände, die sich in den letzten Jahren erheblich verbessert hat. Im Jahr 2007 erzielten die Kommunen ihr historisch bestes Ergebnis. Der Finanzierungsüberschuss war mit 8,2 Mrd. € im Jahr 2007 doppelt so hoch wie 2006.

Ein Blick in die aktuellen Stabilitäts- und Konvergenzprogramme der europäischen Nachbarstaaten zeigt deutlich: In den meisten EU-Ländern steht die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und die Verbesserung der Tragfähigkeit der Staatsfinanzen weit oben auf der Tagesordnung. Auch die guten konjunkturellen Rahmenbedingungen haben den EU-Staaten Fortschritte bei der Konsolidierung der nationalen Haushalte erlaubt. Das schlägt sich auch positiv auf die Relationen des öffentlichen Schuldenstands dieser Länder zu ihrem Bruttoinlandsprodukt (BIP) nieder. Frankreich, Deutschland, Griechenland, Malta und das Vereinigte Königreich wurden im Laufe des vergangenen Jahres aus dem Defizitverfahren entlassen. Ebenso deutlich wird allerdings, dass die Konsolidierung auch in den nächsten Jahren kontinuierlich weitergehen muss.

Das deutsche Steuersystem kann sich im internationalen Vergleich durchaus sehen lassen. Mit



einer Steuerquote von 22,0 % hat Deutschland einen niedrigen Steueranteil am BIP. Das gilt im Vergleich zu anderen EU-Mitgliedstaaten, aber auch zu den USA, Kanada oder der Schweiz. Die Unternehmensteuerreform 2008 hat die Standortattraktivität Deutschlands durch die Senkung der Steuersätze weiter verbessert. Berücksichtigt man zusätzlich die Sozialabgaben, ist die Gesamtbelastung im internationalen Vergleich allerdings deutlich höher. Hier liegt Deutschland mit einer Abgabenquote von 35,7% im Mittelfeld der Industriestaaten.

Auf der Zolljahrespressekonferenz am 11. März 2008 stellte Bundesfinanzminister Steinbrück die Bilanz des Zolls für das Jahr 2007 vor. Mit insgesamt 110 Mrd. € Einnahmen erzielte der Zoll knapp 50 % der Steuereinnahmen des Bundes. Den größten Anteil machten dabei die speziellen Verbrauchsteuern aus, also etwa die Energiesteuer, Tabaksteuer oder Stromsteuer. Besonders Augenmerk hat der Zoll im vergangenen Jahr auf die Bekämpfung der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung sowie auf die Einhaltung der Mindestlöhne gerichtet. Weitere Tätigkeitsschwerpunkte der Zollverwaltung waren die Bekämpfung der Produktpiraterie, des Zigaretten Schmuggels und der Rauschgiftkriminalität.

A stylized handwritten signature in black ink, consisting of a series of loops and a final flourish.

Dr. Thomas Mirow  
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen







## Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage .....	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes .....	19
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht .....	22
Entwicklung der Länderhaushalte Januar bis Februar 2008 .....	27
Termine .....	28



## Finanzwirtschaftliche Lage

Die Ausgaben des Bundes lagen bis einschließlich März mit 76,6 Mrd. € um 1,0 Mrd. € über dem Vorjahresergebnis (+ 1,3 %). Die Steigerung ergibt sich im Wesentlichen aus dem Bundeszu-

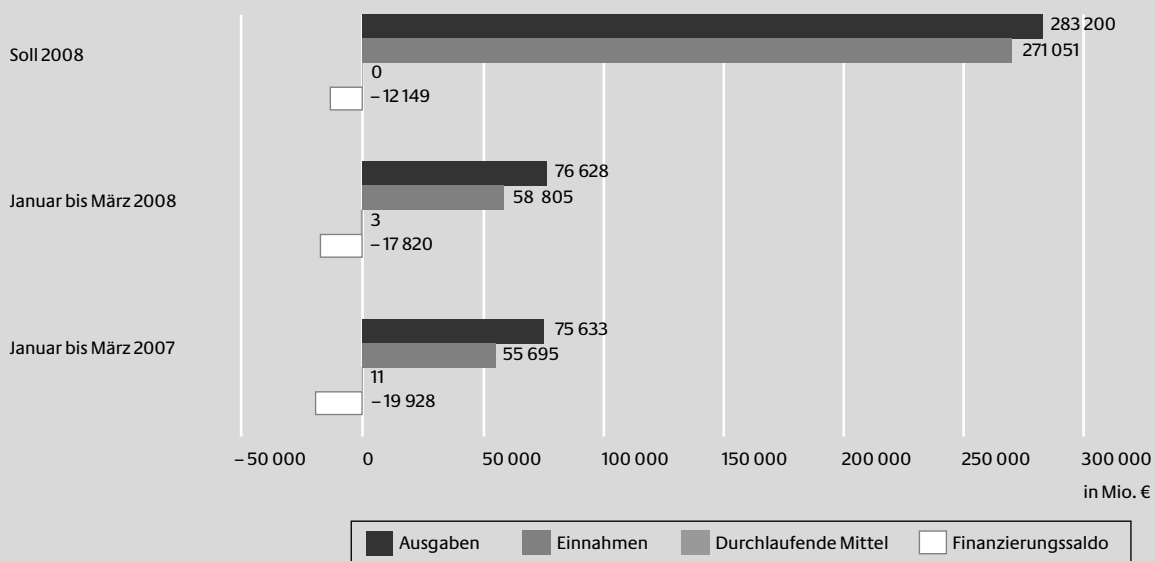
schuss an die Postbeamtenversorgungskasse (für Versorgungs- und Beihilfeleistungen an ehemalige Postbeamte). Im Vorjahr konnte die Postbeamtenversorgungskasse auf Grund von

### Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2008	Ist-Entwicklung <sup>1</sup> Januar bis März 2008
Ausgaben (Mrd. €)	283,2	76,6
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	4,7	1,3
Einnahmen (Mrd. €)	271,1	58,8
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	6,0	5,6
Steuereinnahmen (Mrd. €)	238,0	49,6
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	3,4	5,3
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	- 12,1	- 17,8
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	-	- 29,7
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	- 0,2	0,1
Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €)	- 11,9	11,8

<sup>1</sup> Buchungsergebnisse.

### Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



Forderungsverkäufen ihren Bedarf noch fast vollständig ohne Bundeszuschüsse decken.

Auf der Einnahmenseite des Bundes setzte sich mit 58,8 Mrd. € die Vormonatsentwicklung mit einem Anstieg gegenüber dem Vorjahreser-

gebnis um 3,1 Mrd. € (+5,6 %) fort. Mit 49,6 Mrd. € übertrafen die Steuereinnahmen das Vorjahresergebnis um 2,5 Mrd. € (+ 5,3 %). Die Verwaltungseinnahmen legten um 7,3 % auf 9,2 Mrd. € zu.

## Entwicklung der Bundesaussgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist 2007	Soll 2008	Ist-Entwicklung Januar bis März 2008		Ist-Entwicklung Januar bis März 2007		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
<b>Allgemeine Dienste</b>	<b>49 353</b>	<b>50 045</b>	<b>12 584</b>	<b>16,4</b>	<b>12 353</b>	<b>16,3</b>	<b>1,9</b>
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4 373	4 985	1 665	2,2	1 525	2,0	9,2
Verteidigung	28 540	29 299	7 472	9,8	6 978	9,2	7,1
Politische Führung, zentrale Verwaltung	7 930	6 043	1 447	1,9	1 944	2,6	- 25,6
Finanzverwaltung	3 093	3 471	675	0,9	678	0,9	- 0,4
<b>Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>12 837</b>	<b>13 758</b>	<b>2 374</b>	<b>3,1</b>	<b>2 571</b>	<b>3,4</b>	<b>- 7,7</b>
BAföG	1 092	1 297	384	0,5	385	0,5	- 0,3
Forschung und Entwicklung	7 146	7 835	894	1,2	1 158	1,5	- 22,8
<b>Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen</b>	<b>139 751</b>	<b>140 322</b>	<b>39 933</b>	<b>52,1</b>	<b>38 957</b>	<b>51,5</b>	<b>2,5</b>
Sozialversicherung	75 520	75 664	24 186	31,6	24 141	31,9	0,2
Arbeitslosenversicherung	6 468	7 583	1 896	2,5	1 617	2,1	17,3
Grundsicherung für Arbeitsuchende	35 679	34 895	8 486	11,1	8 757	11,6	- 3,1
darunter: Arbeitslosengeld II	22 654	20 880	5 677	7,4	6 015	8,0	- 5,6
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	4 332	3 900	990	1,3	1 088	1,4	- 9,0
Wohngeld	876	1 000	98	0,1	137	0,2	- 28,5
Erziehungsgeld	2 001	474	256	0,3	682	0,9	- 62,5
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	2 513	2 332	683	0,9	768	1,0	- 11,1
<b>Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung</b>	<b>853</b>	<b>999</b>	<b>189</b>	<b>0,2</b>	<b>165</b>	<b>0,2</b>	<b>14,5</b>
<b>Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	<b>1 743</b>	<b>1 771</b>	<b>275</b>	<b>0,4</b>	<b>354</b>	<b>0,5</b>	<b>- 22,3</b>
Wohnungswesen	1 225	1 223	222	0,3	307	0,4	- 27,7
<b>Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>5 605</b>	<b>5 975</b>	<b>2 475</b>	<b>3,2</b>	<b>2 251</b>	<b>3,0</b>	<b>10,0</b>
Regionale Förderungsmaßnahmen	1 023	711	193	0,3	116	0,2	66,4
Kohlenbergbau	1 772	1 900	1 817	2,4	1 698	2,2	7,0
Gewährleistungen	697	1 065	125	0,2	105	0,1	19,0
<b>Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>10 802</b>	<b>11 149</b>	<b>2 003</b>	<b>2,6</b>	<b>1 940</b>	<b>2,6</b>	<b>3,2</b>
Straßen (ohne GVFG)	5 871	7 296	766	1,0	727	1,0	5,4
<b>Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen</b>	<b>9 904</b>	<b>15 319</b>	<b>1 513</b>	<b>2,0</b>	<b>1 663</b>	<b>2,2</b>	<b>- 9,0</b>
Bundeseisenbahnvermögen	5 263	5 054	93	0,1	1 066	1,4	- 91,3
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	3 965	3 719	385	0,5	539	0,7	- 28,6
<b>Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	<b>39 601</b>	<b>43 862</b>	<b>15 281</b>	<b>19,9</b>	<b>15 379</b>	<b>20,3</b>	<b>- 0,6</b>
Zinsausgaben	38 721	41 818	14 724	19,2	15 121	20,0	- 2,6
<b>Ausgaben zusammen</b>	<b>270 450</b>	<b>283 200</b>	<b>76 628</b>	<b>100,0</b>	<b>75 633</b>	<b>100,0</b>	<b>1,3</b>

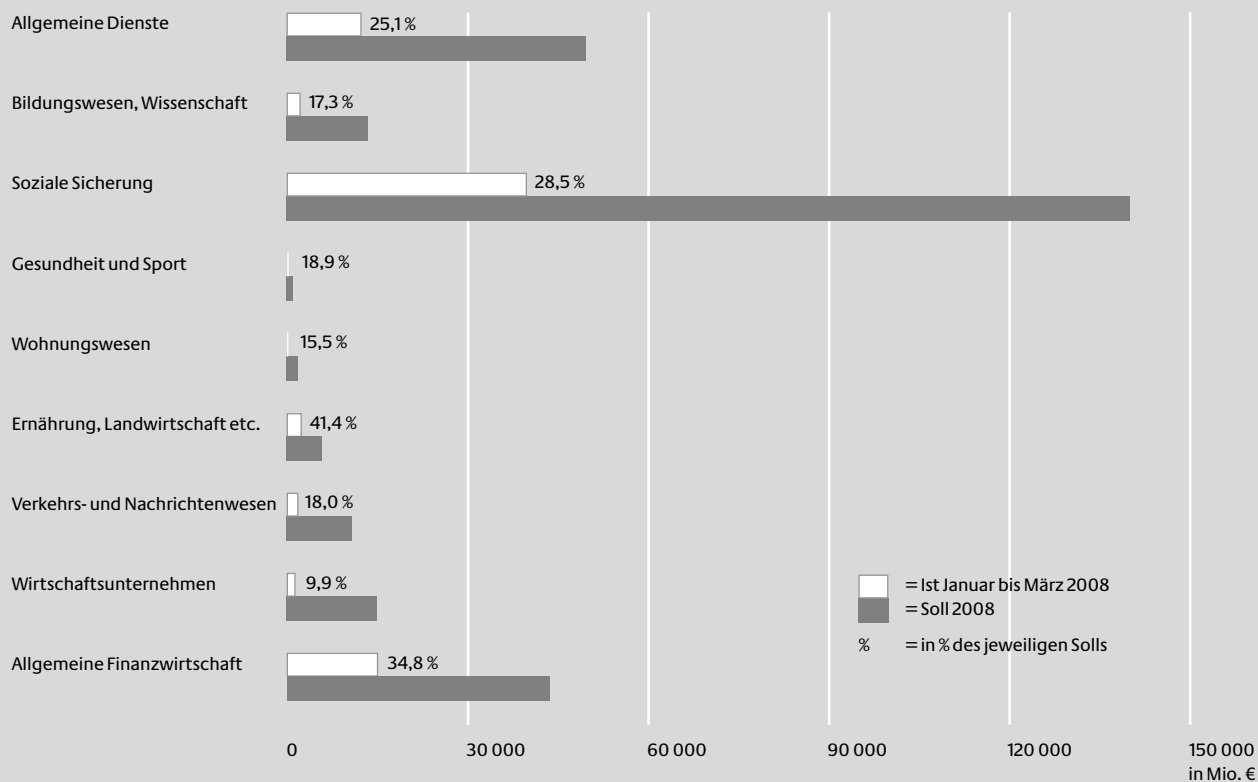
Die Aussagekraft des 1. Quartalsergebnisses des Bundeshaushalts ist erfahrungsgemäß noch gering. Eine belastbare Vorhersage zum weiteren Jahresverlauf lässt sich weder aus den einzelnen Positionen noch aus dem derzeitigen

Finanzierungssaldo von – 17,8 Mrd. € ableiten. Der in der u. a. Finanzierungsübersicht dargestellten Nettotilgung in Höhe von 11,8 Mrd. € steht ein kassenmäßiger Fehlbetrag in Höhe von – 29,7 Mrd. € gegenüber.

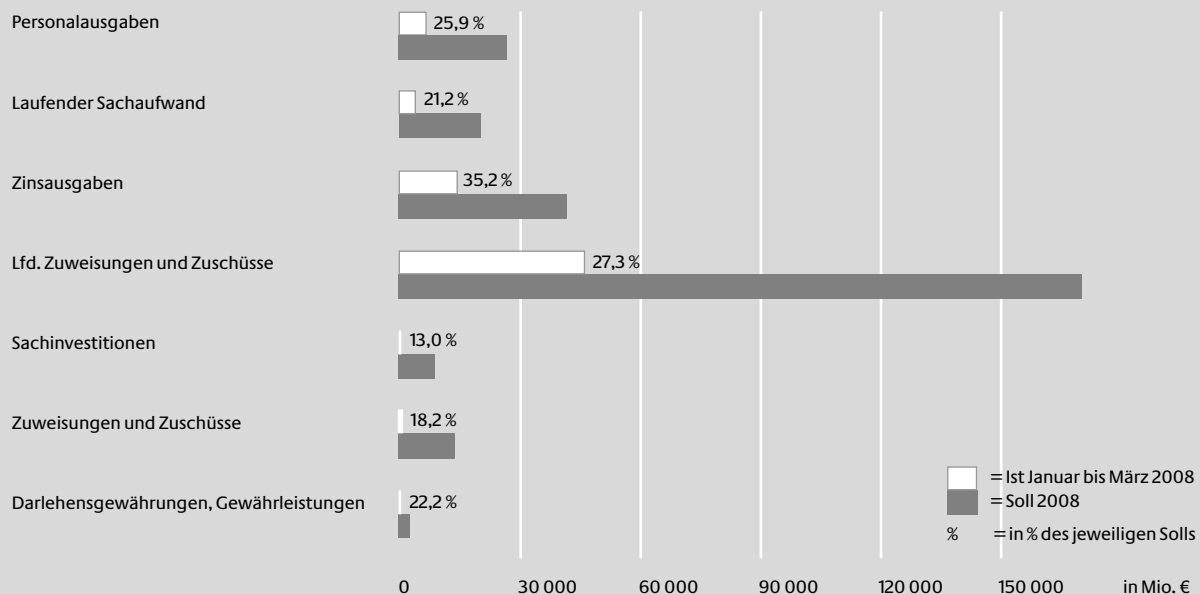
## Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist 2007	Soll 2008	Ist-Entwicklung Januar bis März 2008		Ist-Entwicklung Januar bis März 2007		Verän- derung ggü. Vorjahr
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	in %
<b>Konsumtive Ausgaben</b>	<b>244 235</b>	<b>258 509</b>	<b>72 224</b>	<b>94,3</b>	<b>71 196</b>	<b>94,1</b>	<b>1,4</b>
Personalausgaben	26 038	26 762	6 942	9,1	6 911	9,1	0,4
Aktivbezüge	19 662	20 276	5 086	6,6	5 041	6,7	0,9
Versorgung	6 376	6 486	1 856	2,4	1 870	2,5	– 0,7
Laufender Sachaufwand	18 757	19 778	4 191	5,5	3 723	4,9	12,6
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 365	1 473	258	0,3	215	0,3	20,0
Militärische Beschaffungen	8 908	9 581	2 218	2,9	1 660	2,2	33,6
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 484	8 723	1 715	2,2	1 848	2,4	– 7,2
Zinsausgaben	38 721	41 818	14 724	19,2	15 121	20,0	– 2,6
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	160 352	169 769	46 281	60,4	45 345	60,0	2,1
an Verwaltungen	14 003	14 463	2 290	3,0	3 168	4,2	– 27,7
an andere Bereiche	146 349	155 307	44 070	57,5	42 218	55,8	4,4
darunter:							
Unternehmen	15 399	23 740	5 421	7,1	4 331	5,7	25,2
Renten, Unterstützungen u.a.	29 123	28 276	7 799	10,2	7 610	10,1	2,5
Sozialversicherungen	97 712	98 521	29 677	38,7	29 199	38,6	1,6
Sonstige Vermögensübertragungen	367	382	86	0,1	95	0,1	– 9,5
<b>Investive Ausgaben</b>	<b>26 215</b>	<b>24 658</b>	<b>4 404</b>	<b>5,7</b>	<b>4 437</b>	<b>5,9</b>	<b>– 0,7</b>
Finanzierungshilfen	19 312	17 385	3 457	4,5	3 567	4,7	– 3,1
Zuweisungen und Zuschüsse	16 580	13 924	2 535	3,3	2 719	3,6	– 6,8
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 100	2 717	604	0,8	557	0,7	8,4
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	632	744	318	0,4	291	0,4	9,3
Sachinvestitionen	6 903	7 273	947	1,2	870	1,2	8,9
Baumaßnahmen	5 478	5 783	709	0,9	658	0,9	7,8
Erwerb von beweglichen Sachen	909	1 010	156	0,2	150	0,2	4,0
Grunderwerb	516	480	82	0,1	62	0,1	32,3
<b>Globalansätze</b>	<b>0</b>	<b>32</b>	<b>0</b>		<b>0</b>		
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>270 450</b>	<b>283 200</b>	<b>76 628</b>	<b>100,0</b>	<b>75 633</b>	<b>100,0</b>	<b>1,3</b>

## Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis März 2008



## Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis März 2008



## Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Ist 2007	Soll 2008	Ist-Entwicklung Januar bis März 2008		Ist-Entwicklung Januar bis März 2007		Verän- derung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
<b>I. Steuern</b>	<b>230 043</b>	<b>237 955</b>	<b>49 559</b>	<b>84,3</b>	<b>47 075</b>	<b>84,5</b>	<b>5,3</b>
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	184 262	191 705	44 343	75,4	40 812	73,3	8,7
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	89 886	93 953	20 425	34,7	17 809	32,0	14,7
davon:							
Lohnsteuer	56 005	59 925	12 562	21,4	11 508	20,7	9,2
veranlagte Einkommensteuer	10 628	12 687	1 567	2,7	352	0,6	345,2
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	6 878	7 083	1 545	2,6	1 387	2,5	11,4
Zinsabschlag	4 918	5 317	2 379	4,0	1 845	3,3	28,9
Körperschaftsteuer	11 455	8 941	2 372	4,0	2 717	4,9	- 12,7
Steuern vom Umsatz	92 755	96 601	23 849	40,6	22 962	41,2	3,9
Gewerbesteuerumlage	1 621	1 151	70	0,1	41	0,1	70,7
Energiesteuer	38 955	40 335	4 668	7,9	4 540	8,2	2,8
Tabaksteuer	14 254	14 050	2 547	4,3	2 916	5,2	- 12,7
Solidaritätszuschlag	12 349	12 800	3 192	5,4	2 949	5,3	8,2
Versicherungsteuer	10 331	10 540	4 540	7,7	4 504	8,1	0,8
Stromsteuer	6 355	6 600	1 547	2,6	1 647	3,0	- 6,1
Branntweinabgaben	1 962	2 163	627	1,1	416	0,7	50,7
Kaffeesteuer	1 086	980	232	0,4	303	0,5	- 23,4
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 14 933	- 14 721	- 3 603	- 6,1	- 3 706	- 6,7	- 2,8
BNE-Eigenmittel der EU	- 14 337	- 16 240	- 5 449	- 9,3	- 4 374	- 7,9	24,6
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	- 3 929	- 4 100	- 1 578	- 2,7	- 1 357	- 2,4	16,3
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 6 710	- 6 610	- 1 669	- 2,8	- 1 677	- 3,0	- 0,5
<b>II. Sonstige Einnahmen</b>	<b>25 675</b>	<b>33 096</b>	<b>9 246</b>	<b>15,7</b>	<b>8 620</b>	<b>15,5</b>	<b>7,3</b>
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 307	4 385	3 953	6,7	3 549	6,4	11,4
Zinseinnahmen	924	702	159	0,3	117	0,2	35,9
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	6 694	12 534	810	1,4	1 529	2,7	- 47,0
<b>Einnahmen zusammen</b>	<b>255 718</b>	<b>271 051</b>	<b>58 805</b>	<b>100,0</b>	<b>55 695</b>	<b>100,0</b>	<b>5,6</b>

## Steuereinnahmen von Bund und Ländern im März 2008

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne reine Gemeindesteuern) sind im Berichtsmonat um + 8,6 % gestiegen. Einem Zuwachs bei den gemeinschaftlichen Steuern (+ 11,2 %) und bei den Bundessteuern (+ 3,6 %) standen Einbußen bei den Ländersteuern (– 9,9 %) gegenüber.

Entgegen den Erwartungen hinsichtlich der Auswirkungen der Unternehmensteuerreform und den Befürchtungen hinsichtlich der Auswirkungen der Bankenkrise, sind die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer im Vorauszahlungsmonat März nur um – 6,4 % zurückgegangen.

Die kumulierte Veränderungsrate der Steuereinnahmen von Januar bis März 2008 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum beträgt + 7,5 %.

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) lagen im März 2008 trotz des kräftigen Anstiegs von Gemeinschafts- und Bundessteuern nur um + 3,4 % über dem Niveau des Vorjahres, nicht zuletzt weil die EU-Abführungen deutlich höher ausfielen als im März 2007. Zudem liegt der Bundesanteil an den Steuern vom Umsatz um – 0,4 Mrd. € unter dem

rechnerischen Anteil, weil im März die Endabrechnung der Umsatzsteueranteile von Bund, Ländern und Gemeinden für das Jahr 2007 erfolgte.

Für den Zeitraum Januar bis März 2008 wird eine kumulierte Veränderungsrate der Steuereinnahmen des Bundes von + 4,8 %<sup>1</sup> ausgewiesen.

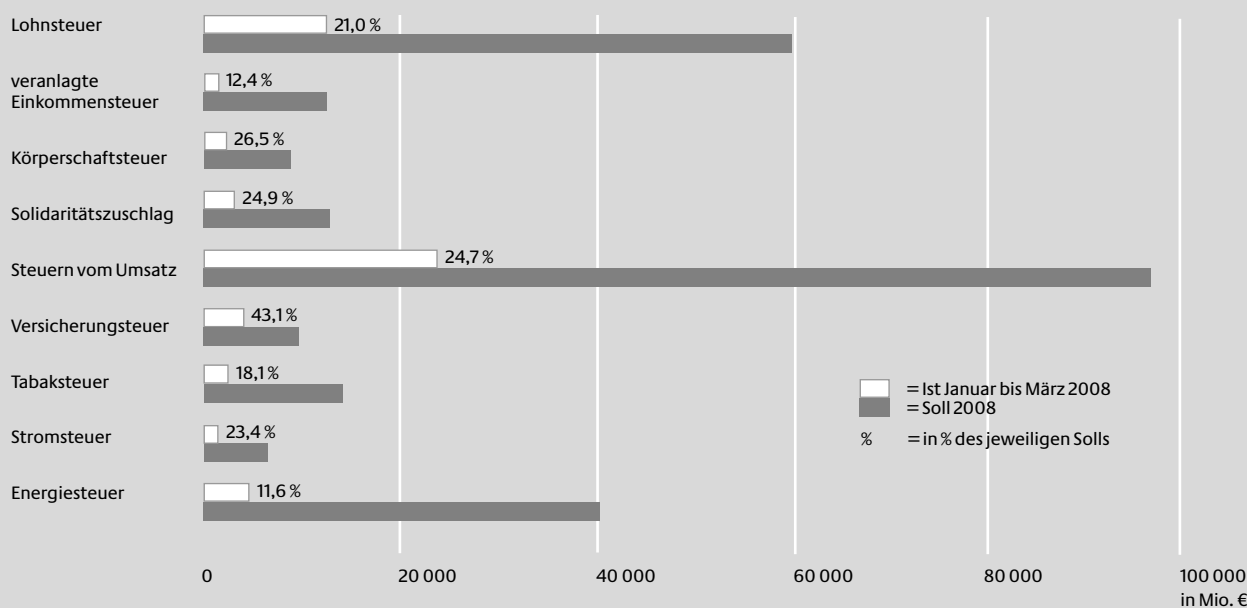
Die Einnahmen aus der Lohnsteuer stiegen infolge des starken Beschäftigungsaufbaus gegenüber dem Vorjahresmonat um + 8,0 %. Zu dem Anstieg hat auch beigetragen, dass die aus dem Lohnsteueraufkommen zu leistenden Kindergeldzahlungen das Vorjahresniveau um – 2,2 % unterschritten.

Das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer vervierfachte sich von + 0,7 Mrd. € im März 2007 auf nunmehr + 2,9 Mrd. € im Berichtsmonat. Ein Zuwachs von + 1,2 Mrd. € ergibt sich allein aus dem Wegfall eines weiteren Förderjahrgangs bei der Eigenheimzulage, die weit überwiegend im März jedes Jahres ausbezahlt wird. Aber auch die Arbeitnehmererstattungen sind um ein Drittel bzw. 0,6 Mrd. € zurückgegangen.

Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer blieben trotz Unternehmensteuerreform und Bankenkrise im Vorauszahlungsmonat März nur um – 6,4 % unter dem Vorjahresaufkommen. Das

<sup>1</sup> Abweichung zu Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. S. 18, Fußnote 1).

### Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar bis März 2008





Ergebnis wäre sogar noch besser ausgefallen, wenn es nicht in einem Bundesland zu sehr hohen Erstattungen für das Jahr 2006 gekommen wäre. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob die Vorauszahlungen im Laufe des Jahres – etwa nach Vorliegen der Bilanzen für das Jahr 2007 – nicht doch noch stärker herabgesetzt werden.

Die Ergebnisse bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (+ 11,2 %) und beim Zinsabschlag (+ 26,5 %) weisen zweistellige Zuwachsraten auf. Dabei überrascht vor allem der starke Zuwachs beim Zinsabschlag, denn die Kürzung des Sparer-Freibetrages wirkt sich im Vorjahresvergleich nicht mehr aus.

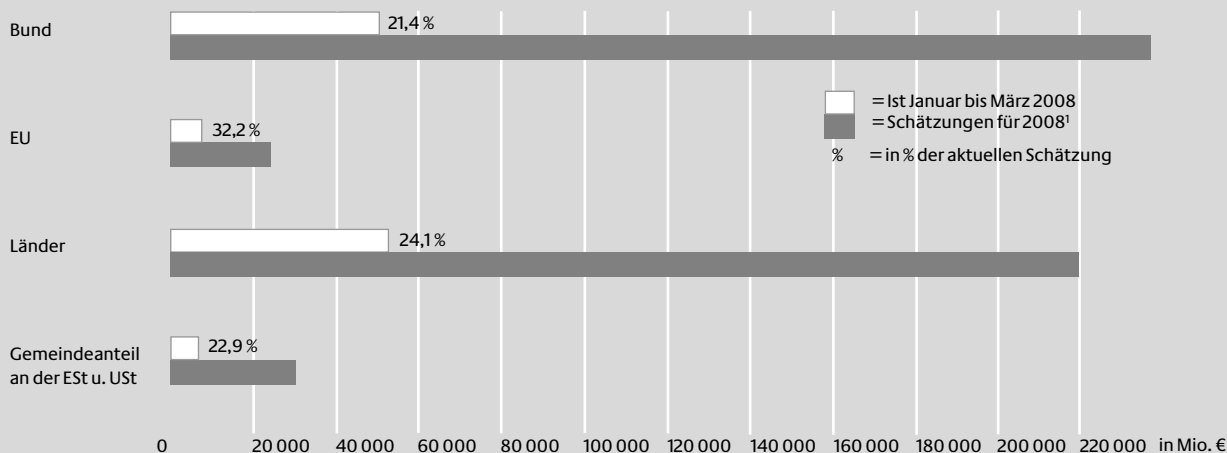
Die Einnahmen aus den Steuern vom Umsatz stiegen im Vorjahresvergleich mit + 3,1 % nur verhalten. Dabei war die Aufkommenssteigerung bei der Einfuhrumsatzsteuer mit + 9,6 % erneut sehr kräftig, während die Umsatzsteuer mit + 0,7 % fast auf dem Vorjahresniveau verharret. Dies signalisiert eine unverändert mäßige Konsumneigung und Unsicherheit der Verbraucher. Allerdings könnten die vereinbarten Lohnzuwächse und die

steigende Beschäftigung hier in den Folgemonaten eine stärkere Dynamik auslösen.

Das Aufkommen der reinen Bundessteuern verzeichnet eine Steigerung um + 3,6 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat. Während die Einnahmen aus der Energiesteuer um + 7,3 % zulegten (allerdings auf sehr schwacher Vorjahresbasis), stagnierte das Tabaksteuervolumen auf dem Niveau des Vorjahres. Mehreinnahmen gab es auch bei der Versicherungssteuer (+ 8,2 %) und dem Solidaritätszuschlag (+ 5,8 %). Lediglich die Stromsteuer weist im März Mindereinnahmen von – 15,3 % auf.

Die reinen Ländersteuern unterschritten mit – 9,9 % auch im Berichtsmonat März 2008 ihr Aufkommensvolumen aus dem Vorjahresmonat, wobei alle Einzelsteuern deutlich unter ihrem Vorjahresniveau blieben. Am stärksten war der Rückgang bei der Erbschaftsteuer (– 16,4 %) und der Grunderwerbsteuer (– 13,8 %), aber auch die Kraftfahrzeugsteuer (– 3,8 %), die Rennwett- und Lotteriesteuer (– 9,7 %) und die Biersteuer (– 7,7 %) erbrachten deutlich weniger als im Vorjahr.

## Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern Januar bis März 2008



<sup>1</sup> Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ (November 2007).

## Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr ohne Gemeindesteuern (vorläufige Ergebnisse)<sup>1</sup>

2008	März	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis März	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2008 <sup>4</sup>	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
<b>Gemeinschaftliche Steuern</b>						
Lohnsteuer <sup>2</sup>	10 256	8,0	32 793	7,6	141 000	7,0
veranlagte Einkommensteuer	2 870	X	3 668	X	29 900	19,5
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	730	11,2	3 055	10,2	14 165	2,7
Zinsabschlag	818	26,5	5 407	29,0	12 084	8,1
Körperschaftsteuer	5 056	- 6,4	4 727	- 13,0	17 800	- 22,4
Steuern vom Umsatz	12 655	3,1	44 294	5,4	176 800	4,2
Gewerbesteuerumlage	6	- 51,1	168	73,6	2 878	- 25,3
erhöhte Gewerbesteuerumlage	2	- 8,6	129	X	2 920	- 6,5
<b>Gemeinschaftliche Steuern insgesamt</b>	<b>32 395</b>	<b>11,2</b>	<b>94 239</b>	<b>9,7</b>	<b>397 547</b>	<b>4,3</b>
<b>Bundessteuern</b>						
Energiesteuer	3 041	7,3	4 668	2,8	40 400	3,7
Tabaksteuer	1 126	0,1	2 547	- 12,7	14 050	- 1,4
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	166	0,1	626	50,7	2 160	10,3
Versicherungsteuer	679	8,2	4 540	0,8	10 540	2,0
Stromsteuer	519	- 15,3	1 547	- 6,1	6 600	3,9
Solidaritätszuschlag	1 434	5,8	3 192	8,3	12 800	3,7
übrige Bundessteuern	100	4,7	394	- 2,9	1 436	- 3,5
<b>Bundessteuern insgesamt</b>	<b>7 065</b>	<b>3,6</b>	<b>17 515</b>	<b>0,8</b>	<b>87 986</b>	<b>2,7</b>
<b>Ländersteuern</b>						
Erbschaftsteuer	364	- 16,4	1 087	- 5,5	4 416	5,1
Grunderwerbsteuer	578	- 13,8	1 676	- 8,3	6 840	- 1,6
Kraftfahrzeugsteuer	748	- 3,8	2 590	- 1,7	8 640	- 2,9
Rennwett- und Lotteriesteuer	124	- 9,7	436	4,8	1 625	- 4,5
Biersteuer	49	- 7,7	168	0,3	763	0,8
sonstige Ländersteuern	21	21,9	157	0,3	326	0,5
<b>Ländersteuern insgesamt</b>	<b>1 884</b>	<b>- 9,9</b>	<b>6 114</b>	<b>- 3,8</b>	<b>22 610</b>	<b>- 1,0</b>
<b>EU-Eigenmittel</b>						
Zölle	338	0,9	980	1,8	4 490	12,7
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	316	74,4	1 578	16,2	4 100	4,3
BNE-Eigenmittel	1 327	69,4	5 449	24,6	16 240	13,3
<b>EU-Eigenmittel insgesamt</b>	<b>1 980</b>	<b>52,4</b>	<b>8 006</b>	<b>19,6</b>	<b>24 830</b>	<b>11,6</b>
<b>Bund<sup>3</sup></b>	<b>19 037</b>	<b>3,4</b>	<b>50 907</b>	<b>4,8</b>	<b>237 999</b>	<b>3,4</b>
<b>Länder<sup>3</sup></b>	<b>18 345</b>	<b>9,0</b>	<b>52 932</b>	<b>7,4</b>	<b>219 189</b>	<b>2,8</b>
<b>EU</b>	<b>1 980</b>	<b>52,4</b>	<b>8 006</b>	<b>19,6</b>	<b>24 830</b>	<b>11,6</b>
<b>Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer</b>	<b>2 320</b>	<b>25,7</b>	<b>7 002</b>	<b>15,9</b>	<b>30 615</b>	<b>8,3</b>
<b>Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)</b>	<b>41 682</b>	<b>8,6</b>	<b>118 847</b>	<b>7,5</b>	<b>512 633</b>	<b>3,8</b>

<sup>1</sup> Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

<sup>2</sup> Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

<sup>3</sup> Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

<sup>4</sup> Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ vom November 2007.

# Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

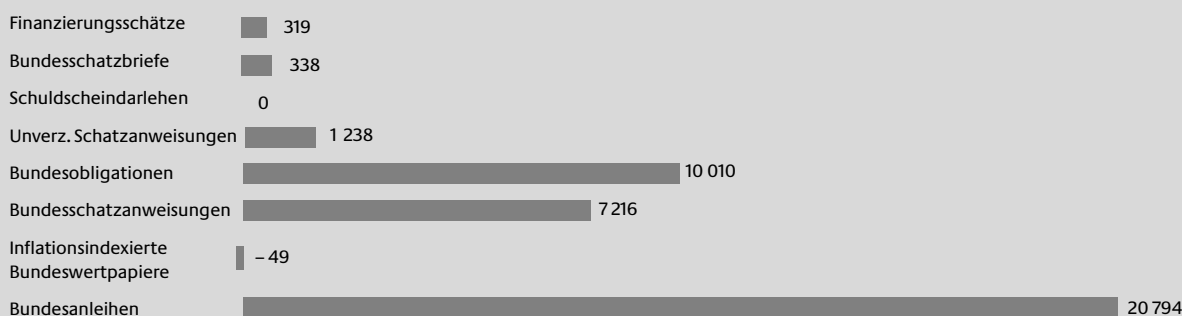
## Europäische Finanzmärkte

Die Renditen der europäischen Staatsanleihen blieben im März gegenüber Februar fast unverändert. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe, die Ende Februar bei 3,94 % lag, notierte Ende März bei 3,91 %. Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am EURIBOR – stiegen dagegen von 4,38 % Ende Februar auf 4,73 % Ende März. Die Europäische Zentralbank hatte zuletzt am 6. Juni 2007 beschlossen, die Leitzinsen um

25 Basispunkte anzuheben. Mit Wirkung vom 13. Juni liegt seitdem der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bei 4,00 %, der Zinssatz für die Einlagefazilität bei 3,00 % und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 5,00 %.

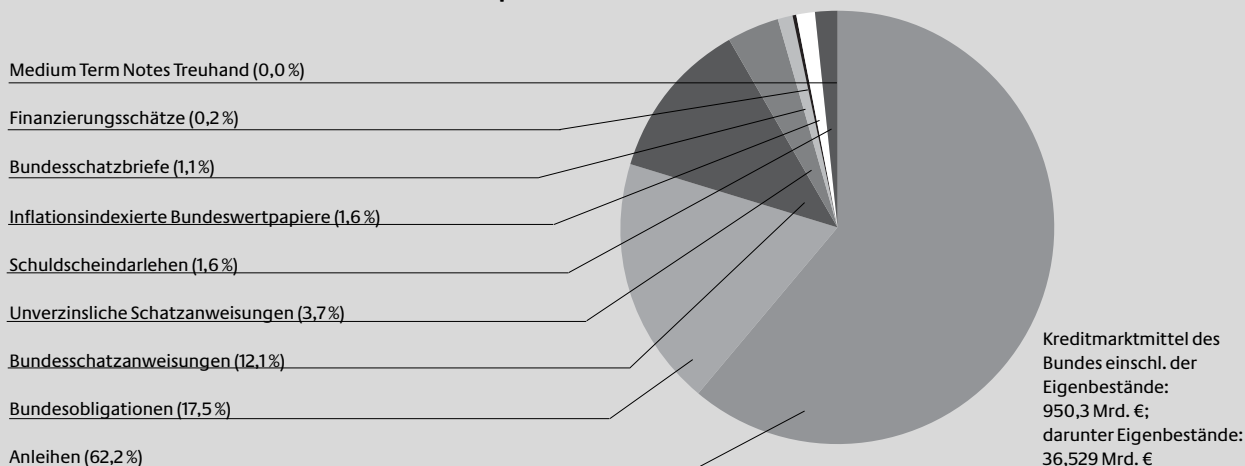
Die europäischen Aktienmärkte gaben im März nach; der Deutsche Aktienindex verringerte sich von 6748 auf 6535 Punkte, der 50 Spitzenwerte des Euroraums umfassende Euro Stoxx 50 von 3725 auf 3628 Punkte (Monatsendstände).

## Kreditaufnahme des Bundes bis Februar 2008 in Mio. €<sup>1</sup>



<sup>1</sup> Bruttoemissionen ohne Rückhaltequote und Aufbau von Eigenbeständen.  
Nachrichtlich: Kreditaufnahmewirksame Eigenbestandsveränderungen: 3 338 Mio. €.

## Kreditmarktmittel des Bundes per 29. Februar 2008



Aus technischen Gründen werden zukünftig die Zahlen zur Kreditaufnahme mit einer zeitlichen Verzögerung von zwei Monaten veröffentlicht. Die Daten bis einschließlich März werden daher im Monatsbericht Mai veröffentlicht.

## Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 im Euro-Währungsgebiet lag im Februar bei 11,3 % (nach 11,5 % im Vormonat). Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresraten von M3 für den Zeitraum Dezember 2007 bis Februar 2008 betrug 11,4 %, verglichen mit 11,8 % des vorangegangenen Dreimonatszeitraumes (Referenzwert: 4,5 %).

Das jährliche Wachstum der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum belief sich im Februar auf 12,5 % (nach 12,7 % im Vormonat). Die Grunddynamik des Geldmengen- und Kreditwachstums bleibt damit unverändert kräftig. In Deutschland stieg die vorgenannte Kreditwachstumsrate von 4,4 % im Januar 2008 auf 3,9 % im Februar 2008.

## Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

Aus technischen Gründen werden zukünftig die Zahlen zur Kreditaufnahme mit einer zeitlichen Verzögerung von zwei Monaten veröffentlicht. Die Daten bis einschließlich März werden daher im Monatsbericht Mai veröffentlicht. Der Bruttokreditbedarf des Bundes 2008 betrug bis einschließlich Februar 39,9 Mrd. €. Davon wurden 35,8 Mrd. € im Rahmen des angekündigten Emissionskalenders umgesetzt. Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes und im Rahmen von Marktpflegeoperationen (Eigenbestandsabbau: 3,3 Mrd. €).

Die im 1. Quartal 2008 zur Finanzierung des Bundeshaushalts durchgeführten bzw. noch geplanten Kapital- und Geldmarktemissionen ergeben sich aus der Tabelle „Emissionsvorhaben des Bundes im Jahr 2008 – 1. Quartal 2008“.

## Tilgungen und Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen im 1. Quartal 2008

### Tilgungen

Kreditart	Januar	Februar	März	Gesamtsumme 1. Quartal
	in Mrd. €			
Anleihen (Bund und Sondervermögen)	15,5	–	–	15,5
Bundesobligationen	–	14,0	–	14,0
Bundesschatzanweisungen	–	–	16,0	16,0
U-Schätze des Bundes	5,9	5,9	5,9	17,6
Bundesschatzbriefe	0,4	0,1	0,5	0,9
Finanzierungsschätze	0,3	0,2	0,2	0,7
Fundierungsschuldverschreibungen	–	–	–	–
MTN der Treuhandanstalt	–	–	–	–
Schuldscheindarlehen (Bund und Sondervermögen)	1,0	0,3	0,2	1,5
<b>Gesamtes Tilgungsvolumen Bund und Sondervermögen</b>	<b>23,2</b>	<b>20,4</b>	<b>22,8</b>	<b>66,3</b>

### Zinszahlungen

	Januar	Februar	März	Gesamtsumme 1. Quartal
	in Mrd. €			
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	13,7	0,8	1,2	15,7

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Die per Emissionskalender vorgesehenen Tilgungen des Bundes und des Sondervermögens „Entschädigungsfonds“ belaufen sich im 1. Quartal 2008 auf rund 66,3 Mrd. €. Die Zinszahlungen

des Bundes und des Sondervermögens „Entschädigungsfonds“ belaufen sich im 1. Quartal 2008 auf rund 15,7 Mrd. €.

## Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2008

### Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup>
Bundesanleihe ISIN DE0001135341 WKN 113 534	Aufstockung	2. Januar 2008	10 Jahre fällig 4. Juli 2018 Zinslaufbeginn: 16. November 2007 erster Zinstermin: 4. Januar 2009	7 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137206 WKN 113 720	Aufstockung	16. Januar 2008	2 Jahre fällig 11. Dezember 2009 Zinslaufbeginn: 11. Dezember 2007 erster Zinstermin: 11. Dezember 2008	7 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135325 WKN 113 532	Aufstockung	23. Januar 2008	30 Jahre fällig 4. Juli 2039 Zinslaufbeginn: 26. Januar 2007 erster Zinstermin: 4. Juli 2008	4 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135341 WKN 113 534	Aufstockung	13. Februar 2008	10 Jahre fällig 4. Juli 2018 Zinslaufbeginn: 16. November 2007 erster Zinstermin: 4. Januar 2009	6 Mrd. €
Inflationsindexierte Obligation ISIN DE 0001030518 WKN 103051	Aufstockung	5. März 2008	10 Jahre fällig 14. April 2013 Zinslaufbeginn: 15. April 2007 Erster Zinstermin: 15. April g.zj.	ca. 3 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137214 WKN 113 721	Neuemission	12. März 2008	2 Jahre fällig 12. März 2010 Zinslaufbeginn: 12. März 2008 erster Zinstermin: 12. März 2009	ca. 8 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001141521 WKN 114 152	Neuemission	26. März 2008	5 Jahre fällig 12. April 2013 Zinslaufbeginn: 28. März 2008 erster Zinstermin: 12. April 2009	ca. 7 Mrd. €
<b>1. Quartal 2008 insgesamt</b>				<b>ca. 42 Mrd. €</b>

### Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup>
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115129 WKN 111 512	Neuemission	14. Januar 2008	6 Monate fällig 16. Juli 2008	6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115137 WKN 111 513	Neuemission	11. Februar 2008	6 Monate fällig 13. August 2008	6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115145 WKN 111 514	Neuemission	17. März 2008	6 Monate fällig 17. September 2008	ca. 6 Mrd. €
<b>1. Quartal 2008 insgesamt</b>				<b>ca. 18 Mrd. €</b>

<sup>1</sup> Volumen einschließlich Marktpflegequote.

## Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Beschleunigte Ausweitung der Industrieindikatoren deutet auf höher als erwartetes Wirtschaftswachstum im 1. Quartal hin.
- Nominale Warenexporte und -importe haben spürbar an Kraft gewonnen.
- Rückläufige Einzelhandelsumsätze sprechen für eine schwache Entwicklung des privaten Konsums.

Die deutsche Wirtschaft hat zum Jahresanfang deutlich an Fahrt gewonnen. Die sehr dynamische Entwicklung von Produktion und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe in den ersten beiden Monaten dieses Jahres deutet auf ein höher als erwartetes Wirtschaftswachstum im 1. Quartal 2008 hin. Zusammen mit den nach wie vor günstigen wirtschaftlichen Fundamentaldaten, der robusten Inlandsnachfrage, der überdurchschnittlich hohen Kapazitätsauslastung sowie der optimistischen Stimmung in den Unternehmen, überwiegen alles in allem nach wie vor die konjunkturellen Auftriebskräfte. Allerdings spricht die Abschwächung der Auftragseingänge dafür, dass sich das Wachstumstempo im Jahresverlauf verlangsamen könnte. So haben die außenwirtschaftlichen Risiken (Anstieg des Ölpreises, Euro-Aufwertung, Rezession in den USA) zugenommen. Bei den rückläufigen Auslandsbestellungen könnten sich erste Bremsspuren einer nachlassenden weltwirtschaftlichen Dynamik zeigen. Sorgen bereiten weiterhin die Konsumausgaben der privaten Haushalte, die – nach dem erneuten Rückgang der Einzelhandelsumsätze – sich kaum belebt haben dürften. Der Kaufkraftentzug durch die Erhöhung von Energie- und Nahrungsmittelpreisen hat wahrscheinlich – zusammen mit der Verunsicherung hinsichtlich der Konjunkturerwartungen – den privaten Konsum gebremst. Mit der bis in den Februar hinein kräftigen Beschäftigungsexpansion sowie steigenden Löhnen sind von der Einkommensseite die Voraussetzungen für eine Belebung des privaten Konsums im weiteren Jahresverlauf günstiger geworden. Ein wei-

terer starker Preisanstieg würde jedoch dämpfend wirken.

Der spürbare Beschäftigungsaufbau spiegelt sich auch in den Einnahmen aus der Lohnsteuer wider, die im März um 8,0 % gegenüber dem Vorjahr (Januar bis März: + 7,6 % gegenüber dem Vorjahr) angestiegen sind. Das Umsatzsteuerplus von nur 0,7 % gegenüber dem Vorjahr bestätigt dagegen die schwache Entwicklung des Einzelhandelsumsatzes im Januar und Februar dieses Jahres.

Die Mehrzahl der Indikatoren deutet auf eine nach wie vor intakte konjunkturelle Grunddynamik hin. So dürften auch die außenwirtschaftlichen Impulse weiterhin zum Wirtschaftswachstum im 1. Vierteljahr beigetragen haben. Dies zeigt eine spürbare Verstärkung der Exportdynamik. Die nominalen Warenexporte sind im Januar/Februar saisonbereinigt um 2,9 % angestiegen, nach einem Plus von 1,1 % im 4. Quartal 2007 (jeweils gegenüber der Vorperiode). Das Vorjahresniveau wurde um 8,9 % überschritten. Dabei nahmen nach Ländergruppen die Exporte in Drittländer (+ 12,5 %) und in den Nicht-Euroraum der EU (+ 9,7 %) überdurchschnittlich zu. Ausfuhren in den Euroraum wurden dagegen weniger stark ausgeweitet (+ 5,8 %). Beachtlich ist der – trotz des Preisdrucks aufgrund der Euroaufwertung gegenüber dem US-Dollar – sehr starke Exportanstieg in Drittländer. Hierbei zeigt sich, dass die deutschen Unternehmen neben der preislichen Wettbewerbsfähigkeit auch mit ihrer Produktpalette, insbesondere technologisch hochwertiger Investitionsgüter, und

## Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2007 Mrd. €	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			2.Q.07	3.Q.07	4.Q.07	2.Q.07	3.Q.07	4.Q.07
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	2 237	+ 2,5	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,3	+ 2,5	+ 2,4	+ 1,6
jeweilige Preise	2 424	+ 4,4	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,4	+ 4,6	+ 4,5	+ 3,5
<b>Einkommen</b>								
Volkseinkommen	1 824	+ 4,2	- 0,8	+ 3,1	- 0,1	+ 3,2	+ 5,0	+ 3,7
Arbeitnehmerentgelte	1 181	+ 2,8	+ 0,8	+ 0,0	+ 0,3	+ 3,1	+ 2,5	+ 2,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	643	+ 6,9	- 3,9	+ 8,9	- 0,7	+ 3,4	+ 9,5	+ 6,4
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 518	+ 1,6	+ 0,7	+ 0,4	+ 1,0	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,5
Bruttolöhne und -gehälter	956	+ 3,2	+ 1,1	- 0,2	+ 0,4	+ 3,5	+ 2,9	+ 2,9
Sparen der privaten Haushalte	168	+ 6,0	+ 0,9	- 1,0	+ 6,2	+ 5,5	+ 4,3	+ 9,7
<b>Außenhandel/ Umsätze/ Produktion/ Auftragseingänge</b>	<b>2007 Mrd. € bzw. Index</b>	<b>ggü. Vorj. %</b>	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
					Zwei- monats- durch- schnitt			Zwei- monats- durch- schnitt
			Jan 08	Feb 08		Jan 08	Feb 08	
in jeweiligen Preisen								
<b>Umsätze im Bauhauptgewerbe (Mrd. €)</b>	81	- 0,6	+ 16,2	.	+ 1,7	+ 5,8	.	- 11,7
<b>Außenhandel (Mrd. €)</b>								
Waren-Exporte	969	+ 8,5	+ 3,6	- 0,0	+ 2,9	+ 8,8	+ 9,0	+ 8,9
Waren-Importe	770	+ 5,0	+ 4,0	- 0,4	+ 6,5	+ 10,0	+ 7,0	+ 8,5
in konstanten Preisen von 2000								
<b>Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2000 = 100)<sup>1</sup></b>	116,2	+ 5,9	+ 1,4	+ 0,4	+ 2,4	+ 6,4	+ 5,9	+ 6,2
Industrie <sup>2</sup>	121,0	+ 6,9	+ 1,0	+ 0,3	+ 2,0	+ 6,9	+ 6,3	+ 6,6
Bauhauptgewerbe	83,2	+ 2,7	+ 11,4	+ 3,7	+ 14,7	+ 4,2	+ 7,4	+ 5,8
<b>Umsätze im Produzierenden Gewerbe<sup>1</sup></b>								
Industrie (Index 2000 = 100) <sup>2</sup>	121,6	+ 6,4	+ 2,1	+ 0,1	+ 2,6	+ 7,4	+ 6,4	+ 6,9
Inland	107,1	+ 4,5	+ 4,1	- 0,4	+ 3,7	+ 7,9	+ 5,7	+ 6,8
Ausland	144,9	+ 8,7	- 0,1	+ 0,5	+ 1,4	+ 6,8	+ 7,2	+ 7,0
<b>Auftragseingang (Index 2000 = 100)<sup>1</sup></b>								
Industrie <sup>2</sup>	130,7	+ 9,8	- 0,7	- 0,5	- 1,5	+ 9,0	+ 5,4	+ 7,2
Inland	113,0	+ 7,1	- 0,9	+ 0,0	- 0,9	+ 5,3	+ 5,1	+ 5,2
Ausland	152,8	+ 12,5	- 0,4	- 1,1	- 2,1	+ 12,7	+ 5,7	+ 9,1
Bauhauptgewerbe	77,7	+ 4,1	+ 20,6	.	- 2,8	+ 10,1	.	+ 7,1
<b>Umsätze im Handel (Index 2003 = 100)</b>								
Einzelhandel								
(einschl. Kfz und Tankstellen)	100,8	- 3,4	- 0,5	- 1,5	- 0,7	+ 2,6	+ 1,0	+ 1,8
Großhandel (ohne Kfz)	110,0	+ 0,2	+ 5,1	- 1,1	+ 4,0	+ 6,6	+ 7,5	+ 7,1
<b>Arbeitsmarkt</b>	<b>2007 Personen Mio.</b>	<b>ggü. Vorj. %</b>	Veränderung in Tsd. gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Jan 08	Feb 08	Mrz 08	Jan 08	Feb 08	Mrz 08
Erwerbstätige, Inland	39,74	+ 1,7	+ 76	+ 57	.	+ 519	+ 532	.
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	3,78	- 15,8	- 90	- 74	- 55	- 625	- 630	- 617
<b>Preisindizes</b>	<b>2007 Index</b>	<b>ggü. Vorj. %</b>	Veränderung in % gegenüber					
2000 = 100			Vorperiode			Vorjahr		
			Jan 08	Feb 08	Mrz 08	Jan 08	Feb 08	Mrz 08
Importpreise	108,0	+ 1,2	+ 0,8	+ 1,1	.	+ 5,2	+ 5,9	.
Erzeugerpreise gewerbli. Produkte	119,1	+ 2,0	+ 0,8	+ 0,7	.	+ 3,3	+ 3,8	.
Verbraucherpreise 2005 = 100	103,9	+ 2,3	- 0,3	+ 0,5	+ 0,5	+ 2,8	+ 2,8	+ 3,1
<b>ifo-Geschäftsklima</b>	saisonbereinigte Salden							
<b>Gewerbliche Wirtschaft</b>								
	Aug 07	Sep 07	Okt 07	Nov 07	Dez 07	Jan 08	Feb 08	Mrz 08
Klima	+ 10,6	+ 7,5	+ 7,0	+ 7,5	+ 5,2	+ 5,9	+ 7,3	+ 8,7
Geschäftslage	+ 18,5	+ 15,5	+ 14,9	+ 16,4	+ 12,0	+ 11,7	+ 16,4	+ 18,7
Geschäftserwartungen	+ 3,1	- 0,3	- 0,6	- 1,0	- 1,3	+ 0,4	- 1,3	- 0,8

<sup>1</sup>Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet. <sup>2</sup> Ohne Energie.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

produktbegleitenden Dienstleistungen international gut aufgestellt sind. Allerdings mehren sich die Anzeichen einer Abschwächung der außenwirtschaftlichen Impulse im Jahresverlauf. Angesichts der immer wahrscheinlicher werdenden Rezession in den USA wird nunmehr ein weniger dynamisch verlaufendes Wachstum der Weltwirtschaft erwartet als noch allgemein im Herbst angenommen. Der IWF hat daher gerade den Anstieg des Welt-Bruttoinlandsprodukts 2008 von 4,8 % auf 3,7 % herabgesetzt. Eine nachlassende Konjunkturdynamik in wichtigen deutschen Handelspartnerländern außerhalb des Euroraums dürfte zusammen mit dem hohen Eurowechselkurs auch die Gewinnmargen der Unternehmen schmälern. Zwar ist das Niveau der Auslandsaufträge immer noch sehr hoch, aber in der rückläufigen Entwicklungstendenz (Januar/Februar: saisonbereinigt – 2,1 % gegenüber der Vorperiode) könnten sich in Deutschland erste Anzeichen einer Abflachung der weltwirtschaftlichen Dynamik zeigen. Allerdings gaben hauptsächlich die Auftragseingänge aus dem Euroraum nach, die Nachfrage aus dem Nicht-Euroraum ist nur leicht zurückgegangen. Das Exportgeschäft wird sich wahrscheinlich zwar verhaltener entwickeln, aber keinen Einbruch erleiden. Dafür sprechen die zuletzt wieder angestiegenen optimistischen Exporterwartungen der Unternehmen. Auch könnte die starke Nachfrage in den aufstrebenden Volkswirtschaften einer Dämpfung der Weltkonjunktur entgegenwirken.

Die nominalen Wareneinfuhren haben sehr stark an Dynamik gewonnen. Im Zweimonatsdurchschnitt nahmen sie wesentlich stärker zu als die Ausfuhren (+ 6,5 % gegenüber der Vorperiode). Der Anstieg der Wareneinfuhren dürfte vor allem auf ein Mengenplus zurückzuführen sein, das sich in der ebenfalls kräftigen Zunahme in realer Rechnung (Daten liegen nur bis Januar vor: + 2,4 % gegenüber dem Vormonat) widerspiegelt und für einen Anstieg der Binnennachfrage spricht.

Die Zunahme der binnenwirtschaftlichen Aktivitäten zeigt sich in einer beschleunigten Ausweitung der Industrieproduktion (Januar/Februar: saisonbereinigt + 2,0 % gegenüber der Vorperiode). Den Hauptanteil an der Erhöhung des Produktionsausstoßes hat der kräftige Anstieg der Investitionsgüterherstellung (+ 3,8 %).

Damit könnten sich die Ausrüstungsinvestitionen im 1. Quartal günstiger als erwartet entwickelt haben. In der Jahresprojektion 2008 war hier aufgrund des Wegfalls der günstigen Abschreibungsbedingungen ab Januar 2008 von einem Rückpralleffekt ausgegangen worden. Auch die Erzeugung von Vorleistungs- und Konsumgütern wurde ausgedehnt (+ 1,0 % und + 0,4 %). Der Industrieumsatz nahm im Zweimonatsdurchschnitt ebenfalls spürbar zu (+ 2,6 %). Dabei war der Anstieg der Inlandsumsätze (+ 3,7 %) wesentlich stärker als der der Auslandsumsätze (+ 1,4 %). Im Inland erzielten alle drei Gütergruppen ein deutliches Plus, das im Investitionsgüterbereich am kräftigsten ausfiel (+ 5,3 %). Die Auslandsumsätze stiegen nur für Investitionsgüter (+ 3,6 %). Vorleistungs- und Konsumgüterhersteller verzeichneten Umsatzeinbußen (– 1,3 % und – 1,8 %). Der Auftragseingang in der Industrie verminderte sich im Januar/Februar (– 1,5 %) deutlich. Der Rückgang resultiert vor allem aus weniger Auslandsbestellungen. Die Inlandsnachfrage ließ ebenfalls etwas nach (– 0,9 %), ihr Niveau übersteigt aber immer noch leicht das auftragskräftige 4. Quartal 2007. Gemessen am Dreimonatsdurchschnitt war weiterhin ein spürbarer Anstieg zu verzeichnen (+ 2,4 %), der aus Inlandsaufträgen für Investitionsgüter (+ 2,8 %) und für Vorleistungsgüter (+ 2,4 %) resultierte. Konsumgüterbestellungen nahmen weniger stark zu (+ 0,7 %). Die Grunddynamik der Inlandsnachfrage ist damit weiterhin recht stark. Zusammen mit der positiven Stimmung in den Unternehmen (Anstieg des ifo-Geschäftsklimaindex und des Einkaufsmanagerindex) sowie der überdurchschnittlich hohen Kapazitätsauslastung spricht dies für eine weitere Ausweitung der industriellen Erzeugung in den nächsten Monaten, wenngleich sich das Tempo etwas verlangsamen dürfte.

Im Bauhauptgewerbe hat die Produktion im Januar/Februar mit einem außerordentlich starken Anstieg deutlich an Kraft gewonnen (+ 14,7 %). Dies spricht für eine spürbare Belebung der Bautätigkeit im 1. Quartal 2008. Diese Entwicklung dürfte zum Teil auch von den vergleichsweise milden Witterungsbedingungen begünstigt worden sein.

Im Gegensatz zu der sehr positiven Entwicklung im Produzierenden Gewerbe hat der



private Konsum offenbar die Erwartungen kaum erfüllt. So ist die Entwicklung der Einzelhandelsumsätze weiter abwärts gerichtet. Der Einzelhandelsumsatz einschließlich Kfz-Handel und Tankstellen ging im Januar/Februar zurück (saisonbereinigt – 0,7%), der Umsatz ohne Kfz-Handel und Tankstellen stagnierte nahezu (+ 0,1%). Angesichts der positiven Entwicklung sowohl seitens der Tariflöhne als auch und insbesondere der Erwerbstätigkeit ist der Rückgang der Einzelhandelsumsätze enttäuschend. Auch die zuletzt beschleunigte Teuerung kann nicht allein als Erklärung dafür dienen, denn selbst nominal stagnierten die Einzelhandelsumsätze im Zweimonatsdurchschnitt. Der GfK-Konsumklimaindex zeigt, dass die Unsicherheit unter den Verbrauchern wohl immer noch ein wesentlicher Faktor für die Konsumschwäche ist. Gleichwohl deutete sich hier zuletzt eine Erholung der Anschaffungsneigung und der Einkommenserwartung an.

Positiv dürfte dabei die Beschäftigungsexpansion wirken, die mit der damit einhergehen-

den Erhöhung der verfügbaren Einkommen den privaten Konsum stützt. Die Verbesserung am Arbeitsmarkt spiegelt sich in einem spürbaren Rückgang der saisonbereinigten Arbeitslosenzahl bis in den März hinein wider (– 55 000 Personen gegenüber dem Vormonat). Von Januar bis März ging die Zahl der arbeitslosen Personen monatsdurchschnittlich um 73 000 zurück. Nach Ursprungszahlen waren im März 3,51 Mio. Personen arbeitslos gemeldet. Es gab damit 617 000 weniger Personen ohne Arbeit als vor einem Jahr. Die Arbeitslosenquote nahm gegenüber dem Vorjahr um 1,5 Prozentpunkte auf 8,4% ab (Arbeitslosenquote West 6,8%, Ost 14,4%). Gleichzeitig erhöhte sich im Februar die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland (Inlandskonzept) spürbar (saisonbereinigt + 57 000 Personen gegenüber dem Vormonat). Nach Ursprungszahlen nahm sie um 532 000 Personen im Vergleich zum Vorjahr zu. Der Anstieg sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung setzte sich im Januar beschleunigt fort (saisonbereinigt ca. 95 000 gegenüber dem

## BIP-Wachstum und ifo-Geschäftsklima



Vormonat und ca. 610 000 gegenüber dem Vorjahr). Beschäftigungszuwächse gab es in allen Bundesländern und fast allen Branchen. Der Hauptgrund für die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist das nach wie vor günstige konjunkturelle Umfeld. Aber auch die vergleichsweise milde Witterung und das Saison-Kurzarbeitergeld haben die saisonbedingten Belastungen in Grenzen gehalten. So ist im Winter weniger saisonal bedingte Arbeitslosigkeit entstanden. Die Aussichten für einen weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit und einen Anstieg des Beschäftigungsaufbaus sind angesichts der überdurchschnittlichen Kapazitätsauslastung sowie der guten Auftragslage in der Industrie noch günstig. Dies signalisieren die jüngsten Befragungen von Einkaufsmanagern (Reuters-Einkaufsmanagerindex) und Unternehmen (ifo-Geschäftsklimaindex). Auch entsprechend dem Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit hält sich die Nachfrage nach Mitarbeitern in den Unternehmen auf einem hohen Niveau (Februar: saisonbereinigt + 2 auf 249 Punkte).

Belastend auf den privaten Konsum wirkt der Kaufkraftentzug durch den Preisniveauanstieg des Verbraucherpreisindex, der sich im März verstärkt hat (+ 3,1 % gegenüber dem Vorjahr nach jeweils + 2,8 % im Januar und Februar). Die hohe Teuerungsrate wurde maßgeblich durch gestiegene Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke (+ 8,2 %) sowie für Energieprodukte (+ 9,8 %) geprägt. Bei Energieprodukten verteuerten sich leichtes Heizöl (+ 40,0 %) und Kraftstoffe (+ 12,3 %) überdurchschnittlich. Lediglich das Preisniveau von Gas war niedriger als im März 2007 (- 1,1 %). Ohne Einrechnung der Preisentwicklung für Kraftstoffe und Haushaltsenergie lag die Teuerungsrate bei 2,3 %. Für Nahrungsmittel musste im Schnitt 8,2 % mehr als vor einem Jahr gezahlt werden. Besonders deutliche Preiserhöhungen gab es für Molkereiprodukte und Eier (+ 23,9 %) sowie Speisefette und -öle (+ 15,9 %). Die Kerninflationsrate, d. h. der Preisanstieg ohne Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke und ohne Energieprodukte, ist

allerdings etwa nur halb so hoch (+ 1,6 %) wie der Gesamtanstieg des Verbraucherpreisindex. Das kräftige Preisplus auf den vorgelagerten Stufen hat das Risiko für einen weiteren deutlichen Anstieg des Verbraucherpreisniveaus aber erhöht.

So nahm der Importpreisindex im Februar um 5,9 % gegenüber dem Vorjahr zu. Damit war die Teuerung nochmals stärker als im Januar (+ 5,2 %). Sehr hoch war die Jahresteuerrate für Energieträger (+ 35,7 %). Dabei verteuerten sich Rohöl (+ 48,4 %) und Mineralölerzeugnisse (+ 42,1 %) besonders stark, obwohl der hohe Eurokurs gegenüber dem US-Dollar dämpfend gewirkt hat. Ohne Energiepreise belief sich der Preisanstieg auf 0,7 %. Deutliche Preiserhöhungen gab es auch im Nahrungsmittelsektor (Getreide: + 57,3 %, Milcherzeugnisse: + 17,5 %). Billiger wurden dagegen Importe von Datenverarbeitungsgeräten/-einrichtungen, elektronischen Bauelementen sowie Edelmetallen und deren Halbzeug.

Der Erzeugerpreisindex stieg im Februar um 3,8 % gegenüber dem Vorjahr. Eine höhere Jahresteuerrate gab es letztmalig im Dezember 2006 (+ 4,4 %). Den größten Einfluss auf den Preisanstieg hatten die Energieprodukte (+ 7,0 %). So nahmen die Preise für Mineralölerzeugnisse (+ 19,4 %) und Strom (+ 9,7 %) spürbar zu. Dämpfend wirkte dagegen weiterhin der Rückgang der Erdgaspreise (- 2,1 %). Ohne Energieprodukte stieg der Erzeugerpreisindex um 2,7 %. Im Jahresdurchschnitt legten die Preise für Verbrauchsgüter um 4,5 % zu, wozu insbesondere die Verteuerung von Milcherzeugnissen (+ 24,3 %) und von Fetten und Ölen (+ 39,0 %) beitrugen. Vorleistungsgüter kosteten 3,2 % mehr.

## Entwicklung der Länderhaushalte Januar bis Februar 2008

Die Einnahmen und Ausgaben der Länder bis Februar 2008 werden im Statistikteil (siehe Seite 112 ff.) aufgeführt. Auf die üblichen grafischen Darstellungen der Zuwachs- und Verände-

rungsraten wurde verzichtet, da die Werte für die ersten beiden Monate des Jahres nur geringe Aussagekraft haben. Eine Vorhersage zum weiteren Jahresverlauf lässt sich derzeit nicht ableiten.

## Termine

### Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

- 13./14. Mai 2008 – Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
- 2./3. Juni 2008 – Eurogruppe und ECOFIN in Luxemburg
- 13./14. Juni 2008 – Treffen der G8-Finanzminister in Osaka (Japan)

### Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2009

- 6. bis 8. Mai 2008 – Steuerschätzung
- bis 13. Juni 2008 – Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen
- 20. Juni 2008 – Zuleitung an Kabinett
- 25. Juni 2008 – Kabinettsbeschluss
- 26. Juni 2008 – Finanzplanungsrat
- 8. August 2008 – Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
- 16. bis 19. September 2008 – 1. Lesung Bundestag
- 19. September 2008 – 1. Beratung Bundesrat
- 24. September bis
- 12. November 2008 – Beratungen im Haushaltsausschuss
- 4./5. November 2008 – Steuerschätzung
- 13. November 2008 – Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
- 25. bis 28. November 2008 – 2./3. Lesung Bundestag
- 19. Dezember 2008 – 2. Beratung Bundesrat
- Ende Dezember 2008 – Verkündung im Bundesgesetzblatt

## Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
Mai 2008	April 2008	22. Mai 2008
Juni 2008	Mai 2008	20. Juni 2008
Juli 2008	Juni 2008	21. Juli 2008
August 2008	Juli 2008	21. August 2008
September 2008	August 2008	19. September 2008
Oktober 2008	September 2008	23. Oktober 2008
November 2008	Oktober 2008	21. November 2008
Dezember 2008	November 2008	19. Dezember 2008

## Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen  
Referat Bürgerangelegenheiten  
Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin  
buergerreferat@bmf.bund.de  
www.bundesfinanzministerium.de

Zentraler Bestellservice:  
telefonisch: 0 18 05 / 77 80 90<sup>1</sup>  
per Telefax: 0 18 05 / 77 80 94<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Jeweils 0,12 € / Min. aus dem Festnetz der T-Com, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de> oder  
<http://www.bmf.bund.de>





## Analysen und Berichte

Bundespolitik und Kommunalfinanzen .....	33
Die Bilanz des Zolls für das Jahr 2007 – Die Zolljahrespressekonferenz vom 11. März 2008 .....	45
Überblick über die aktualisierten Stabilitäts- und Konvergenzprogramme 2007 der EU-Mitgliedstaaten .....	51
Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich .....	67





# Bundespolitik und Kommunalfinanzen

1	Zusammenfassung .....	33
2	Kommunale Finanzsituation (ohne Stadtstaaten) .....	34
3	Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft für Arbeitsuchende .....	39
4	Weiterentwicklung des Kinderzuschlags und Ausbau des Wohngeldes .....	40
5	Ausbau der Kindertagesbetreuung .....	41
6	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung .....	42
7	Investitionspakt als Beitrag zum Klimaschutz .....	43

- 2007 erzielten die Kommunen insgesamt einen Überschuss von 8,2 Mrd. €. Der Überschuss hat sich gegenüber 2006 mehr als verdoppelt.
- Neben der guten konjunkturellen Entwicklung trugen hierzu auch die vom Bund beschlossenen Maßnahmen zur strukturellen Verbesserung der Kommunalfinanzen bei.
- Durch die Beteiligung an den Kosten der Unterkunft für Arbeitsuchende entlastet der Bund die Kommunen nachhaltig auf der Ausgabenseite.
- Bei der kommunalen Aufgabe „Kinderbetreuung“ beteiligt sich der Bund aufgrund der gesellschaftspolitischen Bedeutung maßgeblich an den Kosten des Ausbaus.

## 1 Zusammenfassung

Die Kommunen insgesamt erzielten im Jahr 2007 einen Finanzierungsüberschuss von 8,2 Mrd. €. Der Überschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt. Im Jahr 2007 erzielten die Kommunen ihr bisher bestes Ergebnis.

Wesentlich für die äußerst positive Entwicklung war der weiterhin starke Anstieg der kommunalen Steuereinnahmen, die sich im Jahr 2007 gegenüber dem Vorjahr um 8 % (ohne Stadtstaaten) erhöhten. Die Entwicklung der Steuereinnahmen wurde von den Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und den Gewerbesteuererinnahmen getragen. Die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer stiegen im Jahr 2007 um 11 % auf 22,3 Mrd. € und erreichten ihren bisher höchsten Stand. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (netto) erhöhten sich im Jahr 2007 um 7,8 % und

erreichten mit 30,5 Mrd. € im vierten Jahr in Folge ein Rekordvolumen.

Der Schuldenstand der Kommunen reduzierte sich im Jahr 2007 um 5 % auf 84 Mrd. €. Der Bestand an Kassenkrediten erhöhte sich im Jahr 2007 gegenüber dem Vorjahr nur um 2 % auf 28,4 Mrd. €. Gleichwohl deuten die auch 2007 gestiegenen Kassenkredite bei zugleich deutlich positiven Finanzierungssalden und rückläufigen langfristigen Schulden auf eine immer noch große Spreizung zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kommunen hin.

Der Bund beteiligt sich im Jahr 2008 mit bundesdurchschnittlich 29,2 % an den Kosten für Unterkunft und Heizung der Bezieher von Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende und entlastet die Kommunen so um mehr als die ursprünglich zugesagten 2,5 Mrd. €. Die Anpassung der Bundesbeteiligung – entsprechend einer Anpassungsformel – setzt einen Kompromiss um,

der bereits im Jahr 2006 zwischen Bund und Ländern geschlossen worden war.

Durch die im März 2008 vom Bundeskabinett beschlossene Weiterentwicklung des Kinderzuschlags im Rahmen des Arbeitslosengeldes II (ALG II) und den Ausbau des Wohngeldes werden die Kommunen um ca. 200 Mio. € bei den Leistungen für Unterkunft und Heizung entlastet.

Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr sollen spätestens zum 1. August 2013 einen Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder in Kindertagespflege erhalten. Der Bund unterstützt den Ausbau bis zum Jahr 2013 mit 4 Mrd. € und beteiligt sich anschließend an den – durch das verbreiterte Angebot bedingten – zusätzlichen Betriebskosten mit jährlich 770 Mio. €.

Die Einführung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung führt zu jährlichen Mehrkosten, die der Bund gemäß der aktuell gültigen Erstattungsregelung trägt. Diese Regelung führt jedoch zu einer Überkompensation bei den Kommunen, weshalb eine Absenkung des Erstattungsbetrages sachgerecht ist. Der Bund beabsichtigt, sich in der bisherigen Form zu beteiligen, bis eine angemessene Kostenbeteiligung neu geregelt ist.

Der Investitionspakt Bund-Länder-Gemeinden trägt zur energetischen Modernisierung von kommunalen Gebäuden der sozialen Infrastruktur und damit insbesondere zur Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen bei. Von diesem Programm profitieren besonders Kommunen in schwieriger Haushaltslage.

## 2 Kommunale Finanzsituation (ohne Stadtstaaten)

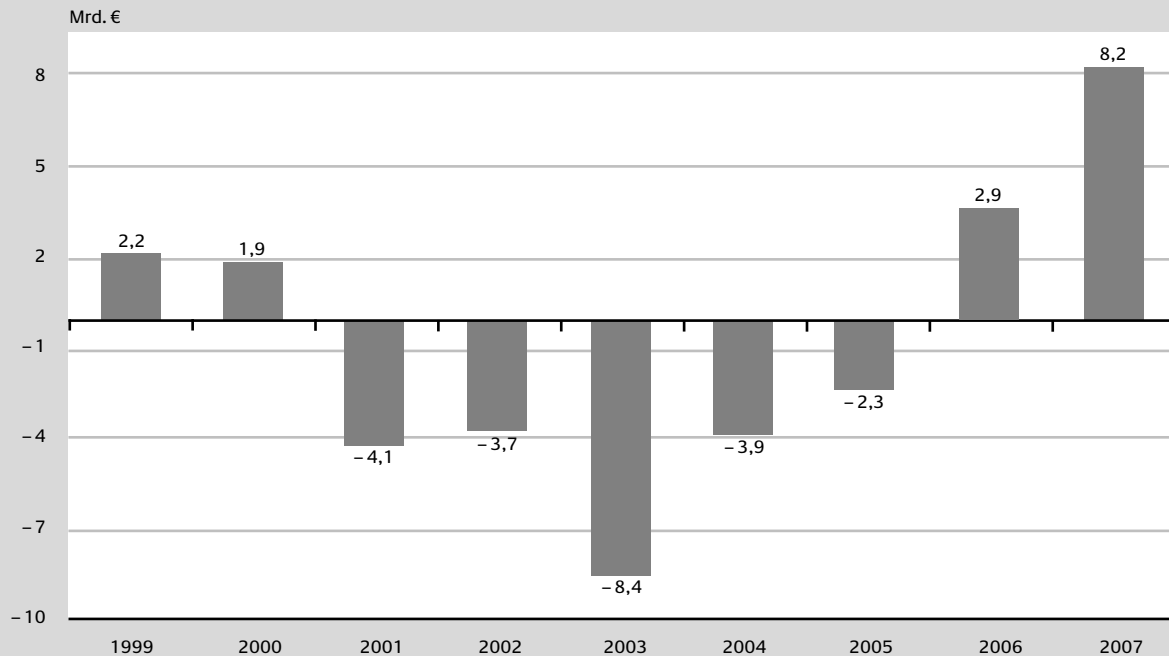
Die Kommunen insgesamt erzielten im Jahr 2007 einen Finanzierungsüberschuss von rund 8,2 Mrd. €. Der Überschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt. Historisch gesehen haben die Kommunen im Jahr 2007 ihr bisher bestes Ergebnis erzielt. Alle Annahmen für das Jahr 2007 – auch die der kommunalen Spitzenverbände – wurden weit übertroffen. Zur Entwicklung der Finanzierungssalden seit 1999 siehe Abbildung 1 (siehe S. 35).

Wesentlich für die äußerst positive Entwicklung war der weiterhin starke Anstieg der kommunalen Steuereinnahmen insgesamt, die sich im Jahr 2007 gegenüber dem Vorjahr um 8 % erhöhten. Damit wurde erneut die positive Einschätzung der Steuerschätzer übertroffen, die im November 2007 mit einem Anstieg der kommunalen Steuereinnahmen insgesamt um 7,1 % gerechnet hatten.

In allen Ländern erzielten die Kommunen insgesamt Zuwächse. Die Veränderungsraten bei den Kommunen in den einzelnen Ländern lagen in einer Spannbreite von + 2,6 % in Schleswig-Holstein bis + 19,9 % in Brandenburg. Siehe im Einzelnen Tabelle 1 (siehe S. 35).

Die Entwicklung der Steuereinnahmen wurde von den Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und den Gewerbesteuererinnahmen getragen. Die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer stiegen im Jahr 2007 um 11 % auf 22,3 Mrd. € und erreichten ihren bisher höchsten Stand. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (netto), d.h. nach Abzug der an Bund und Länder abzuführenden Gewerbesteuerumlagen, erhöhten sich im Jahr 2007 um 7,8 % und erreichten mit 30,5 Mrd. € im vierten Jahr in Folge ein Rekordvolumen. Zur Entwicklung der Gewerbesteuer (netto/ohne Stadtstaaten) 1999 bis 2007 siehe Abbildung 2 (siehe S. 36). Ein deutlicher Zuwachs war auch bei den Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer zu verzeichnen (+ 8,7 %). Die sich stetig entwickelnden Einnahmen aus den Grundsteuern erhöhten sich 2007 um 1,8 %. Zur Entwicklung der einzelnen Steuerarten siehe Tabelle 2 (siehe S. 36).

Abbildung 1: Finanzierungssalden der Gemeinden/Gemeindeverbände (insgesamt, ohne Stadtstaaten)



Quelle: Statistisches Bundesamt.

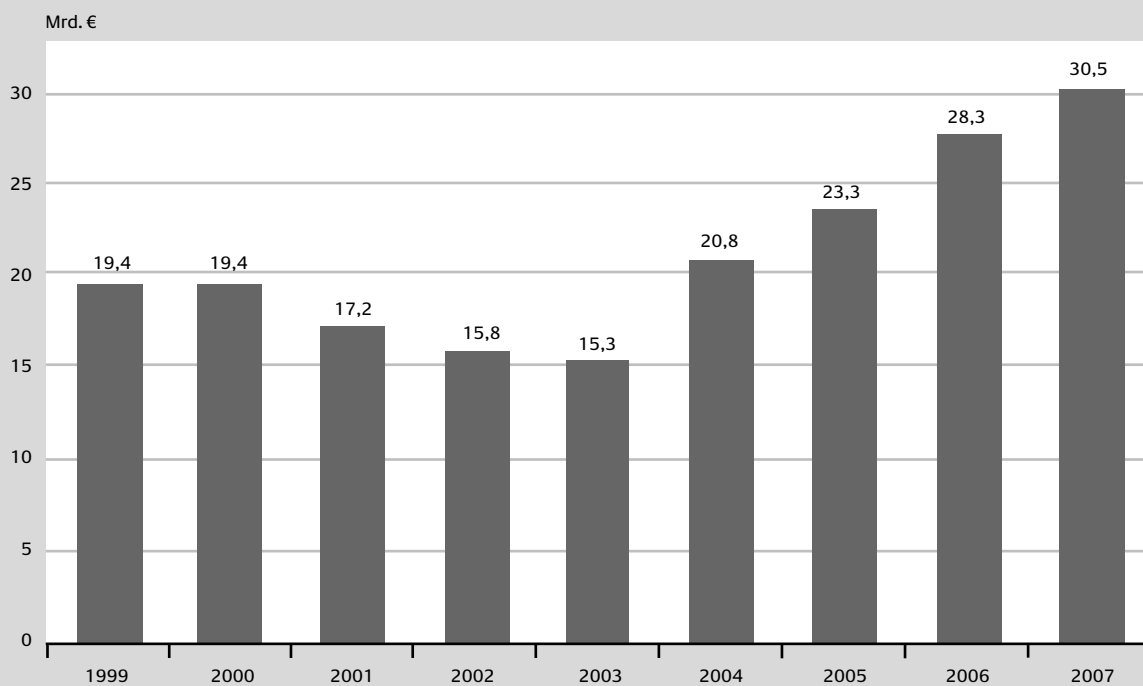
Tabelle 1: Kommunale Steuereinnahmen (netto) nach Ländern<sup>1</sup>

Gebietseinheit	Aufkommen		Veränderung 2007 gegenüber 2006	
	2006	2007		
	in Mrd. €		in Mrd. €	in %
Baden-Württemberg	10,0	10,9	+ 0,9	+ 9,0
Bayern	11,2	12,4	+ 1,2	+ 10,4
Hessen	6,4	6,6	+ 0,2	+ 4,4
Niedersachsen	5,6	6,0	+ 0,4	+ 6,5
Nordrhein-Westfalen	16,7	18,0	+ 1,3	+ 7,9
Rheinland-Pfalz	2,9	3,0	+ 0,1	+ 5,3
Saarland	0,7	0,8	+ 0,1	+ 8,6
Schleswig-Holstein	2,0	2,1	+ 0,1	+ 2,6
Flächenländer West	55,4	59,8	+ 4,4	+ 7,7
Brandenburg	1,0	1,2	+ 0,2	+ 19,9
Mecklenburg-Vorpommern	0,6	0,7	+ 0,1	+ 6,9
Sachsen	2,0	2,1	+ 0,1	+ 8,3
Sachsen-Anhalt	1,1	1,1	+ 0,0	+ 5,6
Thüringen	0,9	1,0	+ 0,1	+ 10,9
Flächenländer Ost	5,6	6,1	+ 0,5	+ 10,2
Flächenländer insgesamt	61,0	65,9	+ 4,9	+ 8,0

<sup>1</sup> Ohne Stadtstaaten; Differenz durch Rundungen der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Kassenstatistik.

**Abbildung 2: Einnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände (insgesamt) aus der Gewerbesteuer (netto, ohne Stadtstaaten)**



Quelle: Statistisches Bundesamt.

**Tabelle 2: Kommunale Steuereinnahmen insgesamt<sup>1</sup>**

Steuerart	Aufkommen		Veränderung 2007 gegenüber 2006	
	2006	2007	in Mrd. €	in %
	in Mrd. €			
Gewerbesteuer (netto)	28,3	30,5	+ 2,2	+ 7,8
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	20,1	22,3	+ 2,2	+ 11,0
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	2,8	3,0	+ 0,2	+ 8,7
Grundsteuern	9,3	9,5	+ 0,2	+ 1,8
Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	0,6	0,6	+ 0,0	+ 4,3
Steuern (netto) insgesamt	61,0	65,9	+ 4,9	+ 8,0

<sup>1</sup> Ohne Stadtstaaten; Differenz durch Rundungen der Zahlen.  
Quelle: Statistisches Bundesamt; Kassenstatistik.

Die Einnahmen der Kommunen insgesamt erhöhten sich im Jahr 2007 um 6,4 % auf rund 168,8 Mrd. €. Dieser deutliche Anstieg der Einnahmen geht insbesondere auf die positive Entwicklung der Steuereinnahmen zurück. Daneben erhöhten sich auch die im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs vom Land

gezahlten Schlüsselzuweisungen und die Investitionszuweisungen der Länder deutlich, nachdem im Jahr 2006 noch Rückgänge zu verzeichnen waren. Zur Entwicklung der wesentlichen Einnahmen siehe Tabelle 3 (siehe S. 37).

Die Ausgaben der Kommunen insgesamt erreichten im Jahr 2007 rund 160,7 Mrd. € (+ 3,2 %).

Die Personalausgaben stagnierten, die Ausgaben für soziale Leistungen erhöhten sich nur gering (+ 2,6 %). Nach einem leichten Anstieg 2006 erhöhten sich auch die Ausgaben für Sachinvestitionen im Jahr 2007 wieder stärker (+ 5 %), wobei sich die Ausgaben für Baumaßnahmen um 5,1% erhöhten. Zur Entwicklung der wesentlichen Ausgaben siehe Tabelle 4.

Der Schuldenstand der Kommunen reduzierte sich im Jahr 2007 um 5 % auf 84 Mrd. €. Der Bestand an Kassenkrediten – die eigentlich nur zur Überbrückung kurzfristiger Liquiditätspässe verwendet werden dürfen – erhöhte sich

im Jahr 2007 gegenüber dem Vorjahr um 2 % auf 28,4 Mrd. €. Die 2007 gestiegenen Kassenkredite bei zugleich deutlich positiven Finanzierungssalden und rückläufigen langfristigen Schulden deuten auf eine immer noch große Spreizung zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kommunen hin. Gleichwohl fiel der Anstieg im Jahr 2007 mit 2 % aber sehr gering aus; in den Jahren 2000 bis 2006 waren die Zuwachsraten bei den Kassenkrediten immer zweistellig und bewegten sich zwischen +15 % und +49,6 %. Zur Entwicklung der Kassenkredite 1999 bis 2007 siehe Abbildung 3 (siehe S. 38).

**Tabelle 3: Entwicklung der Einnahmen im Jahr 2007**  
Veränderungen der wesentlichen Einnahmen gegenüber 2006<sup>1</sup>

	Kommunen alte Länder	Kommunen neue Länder	Kommunen insgesamt
	in %		
<b>Einnahmen insgesamt</b> darunter:	+ 7,8	- 0,1	+ 6,4
Steuern	+ 7,7	+ 10,2	+ 8,0
Schlüsselzuweisungen	+ 19,5	+ 8,1	+ 16,1
Gebühren	+ 0,3	- 1,1	+ 0,2
Investitionszuweisungen vom Land	+ 6,9	+ 4,2	+ 5,9

<sup>1</sup> Ohne Stadtstaaten.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Kassenstatistik.

**Tabelle 4: Entwicklung der Ausgaben im Jahr 2007**  
Veränderungen der wesentlichen Ausgaben gegenüber 2006<sup>1</sup>

	Kommunen alte Länder	Kommunen neue Länder	Kommunen insgesamt
	in %		
<b>Ausgaben insgesamt</b> darunter:	+ 3,9	- 0,1	+ 3,2
Personal	+ 0,2	- 0,9	+ 0,0
Sachaufwand	+ 6,2	+ 1,4	+ 5,5
Soziale Leistungen	+ 3,0	+ 0,7	+ 2,6
Zinsen	+ 7,6	- 5,4	+ 5,6
Sachinvestitionen (darunter: Baumaßnahmen)	+ 7,0 (+ 7,5)	- 3,1 (- 2,7)	+ 5,0 (+ 5,1)

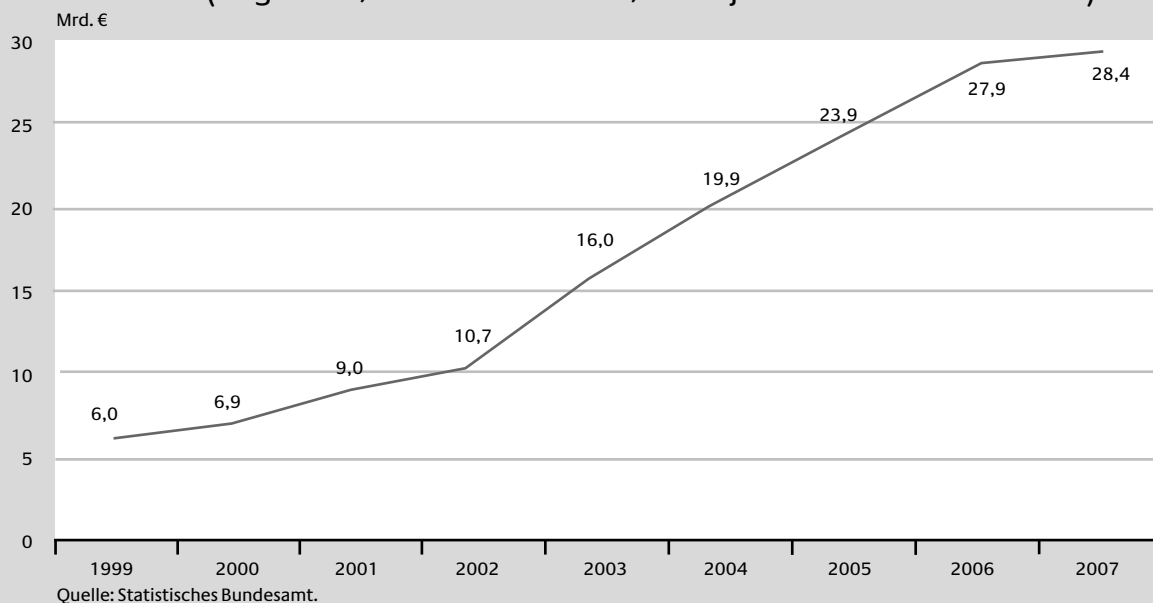
<sup>1</sup> Ohne Stadtstaaten.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Kassenstatistik.

Der Bestand an Kassenkrediten nach Ländern ist sehr unterschiedlich verteilt: So entfielen Ende 2007 48,1 % aller Kassenkredite auf die Kommunen in Nordrhein-Westfalen, 14,7 % auf die Kommunen in Niedersachsen und 11,5 % auf die Kom-

munen in Rheinland-Pfalz. Den höchsten Bestand an Kassenkrediten je Einwohner verzeichneten im Jahr 2007 die Kommunen im Saarland (1115 €), in Rheinland-Pfalz (810 €) und in Nordrhein-Westfalen (759 €). Siehe im Einzelnen Tabelle 5.

**Abbildung 3: Kassenkredite der Gemeinden/Gemeindeverbände**  
(insgesamt, ohne Stadtstaaten, Stand jeweils zum 31. Dezember)



**Tabelle 5: Kassenkredite der Gemeinden und Gemeindeverbände im Jahr 2007<sup>1</sup>**

Gebietseinheit	Kassenkredite in € je Einwohner	Veränderung gegenüber Vorjahr (€ je Einwohner)	Kassenkredite in Mio. €
Baden-Württemberg	11	- 8	117
Bayern	14	- 19	172
Sachsen	26	- 6	108
Thüringen	47	+ 3	109
Schleswig-Holstein	84	- 100	237
Brandenburg	301	+ 8	766
Mecklenburg-Vorpommern	322	+ 42	543
Sachsen-Anhalt	400	+ 10	971
Hessen	514	- 14	3 118
Niedersachsen	522	- 40	4 167
Nordrhein-Westfalen	759	+ 65	13 673
Rheinland-Pfalz	810	+ 65	3 280
Saarland	1 115	+ 102	1 159
<b>Deutschland insgesamt</b>	<b>372</b>	<b>+ 8</b>	<b>28 421</b>

<sup>1</sup> Ohne Stadtstaaten, Stand 31. Dezember 2007; Differenz durch Rundungen der Zahlen.  
Quelle: Statistisches Bundesamt.

### 3 Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft für Arbeitsuchende

Im Jahr 2008 beteiligt sich der Bund mit bundesdurchschnittlich 29,2% an den Kosten für Unterkunft und Heizung der Bezieher von Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Entsprechend der vom Gesetzgeber 2006 festgelegten Quoten bedeutet dies für 14 Länder eine Bundesbeteiligung in Höhe von 28,6 %, für Baden-Württemberg in Höhe von 32,6% und für Rheinland-Pfalz in Höhe von 38,6 % (Tabelle 6). Von den voraussichtlichen Gesamtausgaben in Höhe von rund 13,4 Mrd. € übernimmt der Bund damit 3,9 Mrd. €, so dass die Kommunen einen Anteil in Höhe von rund 9,5 Mrd. € zu tragen haben.

Nach den gesetzlichen Vorgaben muss die Höhe der Bundesbeteiligung an den Leistungen für Unterkunft ab dem Jahr 2008 jährlich für das jeweilige Folgejahr gemäß der Entwicklung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften in der Vergangenheit angepasst werden. Diese Anpassungsformel war im Jahr 2006 nach langen Verhandlungen zwischen Bund und Ländern vereinbart und im Bundesrat mit breiter Zustimmung beschlossen worden. Mit dieser für die Jahre 2008 bis 2010 gültigen, gesetzlich fixierten

Anpassungsformel wird die Bundesbeteiligung anhand einer validen, transparenten und eindeutigen Datenbasis angepasst und jährliche Verhandlungen zur Anpassung der Bundesbeteiligung werden vermieden.

Um die Höhe der Bundesbeteiligung 2008 an den Leistungen für Unterkunft und Heizung nach der Anpassungsformel zu ermitteln, wird die jahresdurchschnittliche Zahl der Bedarfsgemeinschaften von Jahresmitte 2006 bis Jahresmitte 2007 in das Verhältnis zu der jahresdurchschnittlichen Zahl der Bedarfsgemeinschaften von Jahresmitte 2005 bis Jahresmitte 2006 gesetzt. Aus der sich ergebenden Veränderung resultiert – multipliziert mit dem Faktor 0,7 – die Veränderung der Bundesbeteiligung in Prozentpunkten.

Der Bund übernimmt so das fiskalische Risiko, das von einer Zunahme an Bedarfsgemeinschaften ausgeht, über eine Erhöhung seiner Beteiligungsquote. Entsprechend wird er bei einem Rückgang der Zahl der Bedarfsgemeinschaften über eine Absenkung seiner Beteiligungsquote entlastet. Das finanzielle Risiko, das von einer Erhöhung der pro Bedarfsgemeinschaft anfallenden Kosten der Unterkunft und Heizung ausgeht, wird gemeinsam von Bund und Kommunen entsprechend den jeweiligen Beteiligungsquoten getragen.

Durch die Bundesbeteiligung werden die Kommunen – unter Beachtung aller Be- und

**Tabelle 6: Kosten für Unterkunft und Heizung im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende (2005 bis 2008)**

	2005	2006 Ist	2007	2008 Plan
	in %			
Durchschnittliche Beteiligungsquote des Bundes	29,1	29,1	31,8	29,2
Allgemeine Beteiligungsquote des Bundes	29,1	29,1	31,2	28,6
Quote des Bundes in Baden-Württemberg	29,1	29,1	35,2	32,6
Quote des Bundes in Rheinland Pfalz	29,1	29,1	41,2	38,6
	in Mrd. €			
Gesamtausgaben	12,1	13,8	13,6	13,4
davon: Kommunen	8,6	9,8	9,3	9,5
davon: Bund	3,5	4,0	4,3	3,9

Entlastungen bei der Durchführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) – um mehr als 2,5 Mrd. € jährlich entlastet. Sie erhalten so den finanziellen Spielraum für die – im Tagesbetreuungsausbaugesetz vorgesehene – Einrichtung von zusätzlichen 230 000 Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren bis zum Jahr 2010.



## 4 Weiterentwicklung des Kinderzuschlags und Ausbau des Wohngeldes

Im März 2008 hat das Bundeskabinett Eckpunkte zur Weiterentwicklung des Kinderzuschlags im Rahmen des ALG II und den Ausbau des Wohngeldes beschlossen.

**Der Kinderzuschlag wird weiterentwickelt:** Der Maximalbetrag von 140 € pro Kind bleibt bestehen. Die bisher nur individuell und rechnerisch aufwändig bestimmte Mindesteinkommensgrenze wird auf einen einheitlichen Betrag festgesetzt und deutlich abgesenkt. Bei Paarhaushalten beträgt dieser 900 € und bei Alleinerziehenden 600 €. Damit wird die Transparenz für die Anspruchsberechtigten erhöht und die Vorrangigkeit des Kinderzuschlags gegenüber dem ALG II gestärkt. Zugleich werden allzu hohe Grenzbelastungen bei steigendem Einkommen für die Kinderzuschlags-Berechtigten vermieden. Eltern erhalten in Zukunft den Kinderzuschlag, wenn sie dadurch den Gesamtbedarf der Bedarfsgemeinschaft decken können. Rd. 150 000 Kinder werden den Kinderzuschlag zusätzlich erhalten. Die Ausgaben für den Kinderzuschlag werden um 252 Mio. € steigen.

**Das Wohngeld wird ausgebaut:** Es wird eine Heizkostenkomponente eingeführt. Damit wird den erheblich gestiegenen Heiz- und Energiekosten Rechnung getragen. Außerdem werden die Wohngeld-Tabellenwerte und die Miethöchstbeträge erhöht, um die Mietentwicklung seit der letzten Wohngeldanpassung nachzuzeichnen. Damit wird sichergestellt, dass auch Rentnerhaushalte von einer Wohngeldanpassung profitieren.

Mit der Weiterentwicklung von Kinderzuschlag und dem Ausbau des Wohngeldes strebt die Bundesregierung an, bei rund 70 000 Bedarfsgemeinschaften bzw. Familien mit rund 150 000 Kindern die Hilfebedürftigkeit zu beenden. Diese können sich künftig besser stellen, weil ihr Einkommen zusammen mit den vorrangigen Leistungen höher ausfällt als mit ergänzendem Bezug von SGB-II-Leistungen.

Aufgrund dieser Reformen werden die Kommunen um rund 200 Mio. € von Ausgaben entlastet, die sie bisher als Leistungen für Unterkunft und Heizung im SGB II erbringen.



## 5 Ausbau der Kindertagesbetreuung

Insbesondere um berufstätige Eltern zu unterstützen, wurde zwischen Bund, Ländern und Kommunen ein Gesamtpaket zum bedarfsgerechten Ausbau der Betreuungsinfrastruktur für Kinder unter drei Jahren vereinbart. Mit dem Ziel, dass ab dem Jahr 2014 750 000 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren angeboten werden, beteiligt sich der Bund an den Ausbaukosten mit 4 Mrd. € bis 2013 und anschließend dauerhaft an den Betriebskosten.<sup>1</sup>

Mit dem „Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens ‚Kinderbetreuungsausbau‘ und zur Entfristung des Kinderzuschlags“ vom 18. Dezember 2007 hat der Bund 2,15 Mrd. € in ein Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ eingebracht. Damit beteiligt sich der Bund zu einem erheblichen Teil an den Investitionskosten von insgesamt 4 Mrd. € während der Ausbauphase in den Jahren 2008 bis 2013. Die Auszahlung dieser Finanzhilfen ist in der Verwaltungsvereinbarung von Bund und Ländern „Investitionsprogramm Kinderbetreuungsfinanzierung 2008 bis 2013“ geregelt.

Neben den Investitionskosten trägt der Bund künftig auch einen erheblichen Teil der durch den Ausbau bedingten zusätzlichen Betriebskosten. Der Beitrag des Bundes zu den Betriebskosten beträgt in der Ausbauphase bis zum Jahr 2013 1,85 Mrd. €, anschließend jährlich 770 Mio. € und erfolgt durch eine Änderung der Umsatzsteuerverteilung zwischen Bund und Ländern zugunsten der Länder. Diese Modifikation der Umsatzsteuerverteilung bedarf einer Änderung des Finanzausgleichsgesetzes, die im Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege (Kinderförderungsgesetz – KiföG) enthalten ist.

Der Entwurf zum Kinderförderungsgesetz beinhaltet daneben insbesondere auch den – durch die o.g. Finanzierung abgesicherten – Ausbau der Kindertagesbetreuung und Kindertagespflege. Wesentlicher Bestandteil des Gesetzentwurfes ist hierfür die Novellierung des

Achten Buches Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfe – (SGB VIII).

Der Gesetzentwurf beinhaltet insbesondere die Verpflichtung, spätestens zum 31. Juli 2013 für Kinder im Alter unter drei Jahren Plätze in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege nach erweiterten Kriterien bereit zu stellen. Für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr wird zum 1. August 2013 ein Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder in Kindertagespflege eingeführt. U. a. soll darüber hinaus die Kindertagespflege durch eine angemessene Entlohnung der Tagespflegepersonen gefördert und die Förderung privater gewerblicher Träger ermöglicht werden.

<sup>1</sup> Zum Ausbau der Kindertagesbetreuung vgl. auch Monatsbericht des BMF, Oktober 2007, S. 37 ff.

## 6 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Insbesondere zur Verringerung verschämter Altersarmut wurde zum 1. Januar 2003 die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung eingeführt und zum 1. Januar 2005 in das Sozialhilferecht des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII) integriert. Unterstützt werden sollen mit diesem Hilfesystem u. a. hilfebedürftige ältere Menschen, die zuvor die Hilfe zum Lebensunterhalt nicht in Anspruch genommen hatten, um einen möglichen Unterhaltsrückgriff der Sozialämter auf ihre Kinder zu vermeiden.

Mit Einführung dieser Grundsicherung sind jährliche Mehrkosten für die kommunalen Träger der Sozialhilfe verbunden. An diesen Mehrkosten beteiligt sich der Bund im Gegensatz zu allen anderen Sozialhilfeleistungen. Da es zum Zeitpunkt der Einführung noch keine verlässlichen Angaben über die Höhe der tatsächlichen anfallenden Mehrkosten bei den Kommunen gab, wurde mit den Ländern ein jährlicher Festbetrag von 409 Mio. € vereinbart, welcher im Rahmen der gemeinsamen Finanzierung des Wohngeldes den Ländern zur Weiterleitung an die einzelnen Kommunen zur Verfügung steht.

Die Höhe des Erstattungsbetrages war gemäß Wohngeldgesetz zum 31. Dezember 2004 zu prüfen. Sollte die Überprüfung eine Abweichung von mehr als 10 % des geltenden Erstattungsbetrages ergeben, ist dieser neu festzusetzen. Die Überprüfung durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales ergab für das Jahr 2004 grundsicherungsbedingte Mehrkosten von rd. 180 Mio. €, womit die Abweichung größer als 10 % war.

Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung den Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze vorgelegt. Dieser sieht insbesondere die Ersetzung des bisherigen Festbetrages durch eine prozentuale Beteiligung des Bundes an den Nettoaussgaben der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung vor. Für die Länder bzw. Kommunen würden sich zwar im Vergleich zur bisherigen Regelung zunächst Mindereinnahmen ergeben, diese wären jedoch – aufgrund ihrer bisherigen finan-

ziellen Überkompensation – sachgerecht. Mittel- bis langfristig erhöht sich jedoch die Bundesbeteiligung aufgrund der – insbesondere von den Ländern und Kommunen – erwarteten steigenden Grundsicherungsausgaben. Da die Länder demgegenüber mit einem über den Bundesrat eingebrachten eigenen Gesetzentwurf eine künftige Bundesbeteiligung auf Basis des bisherigen Festbetrags mit einer Quote von mindestens 20 % fordern, ruht das parlamentarische Verfahren. Bis eine angemessene Kostenbeteiligung neu geregelt wird, beabsichtigt der Bund, sich in der bisherigen Form zu beteiligen.

## 7 Investitionspakt als Beitrag zum Klimaschutz

Mit dem Integrierten Energie- und Klimaprogramm (IEKP) hat die Bundesregierung ein umfassendes Maßnahmenpaket zum Klimaschutz beschlossen. Bis zum Jahr 2020 sollen die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Deutschland gegenüber dem Jahr 1990 um 40 % reduziert werden. Um dieses Ziel zu erreichen, steht – neben einer verstärkten Nutzung der erneuerbaren Energien – die Verbesserung der Energieeffizienz im Mittelpunkt. Der Investitionspakt Bund-Länder-Gemeinden zur energetischen Erneuerung der sozialen Infrastruktur in den Kommunen trägt zur Erreichung dieses Zieles bei.

Dieser Investitionspakt hat insbesondere zum Ziel, kommunale Gebäude der sozialen Infrastruktur mit hohem Energieeinsparpotenzial energetisch zu modernisieren. Davon sollen z. B. Schulen, Kindergärten, Turnhallen und Jugendeinrichtungen in Kommunen mit besonders

schwieriger Haushaltslage profitieren. Eine Aufgabe des Programms ist es auch, Kindern und Jugendlichen Wissen über Energieeinsparung und Klimaschutz zu vermitteln.

Das Volumen des Paktes umfasst 600 Mio. €. Der Bund übernimmt in Form von Finanzhilfen davon 200 Mio. €, Länder und Kommunen je 200 Mio. €. Die Aufteilung der Finanzhilfen des Bundes auf die Bundesländer erfolgt entsprechend dem Anteil der Bevölkerung eines Landes an der Gesamtbevölkerung und dessen Anteil am gesamten Wohnungsbestand (siehe Tabelle 7).

Entsprechend einer Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern (VV Investitionspakt 2008) können Kommunen in besonders schwieriger Haushaltslage gefördert werden. Das heißt, es profitieren insbesondere Kommunen, die notwendige Investitionen aufgrund kommunalaufsichtlicher Beschränkungen nicht mit Hilfe von Darlehen finanzieren können. Es können Gebiete gefördert werden, die in die Städtebauförderung von Bund und Ländern aufgenommen sind. Ebenfalls unterstützt werden können

Tabelle 7: Investitionspakt: Verteilung der Finanzhilfen des Bundes

Gebietseinheit	Verteilungsschlüssel	
	in %	in Tsd. €
Baden-Württemberg	12,688	25 376
Bayern	14,968	29 936
Berlin	4,446	8 892
Brandenburg	3,157	6 314
Bremen	0,849	1 698
Hamburg	2,173	4 346
Hessen	7,259	14 518
Mecklenburg-Vorpommern	2,145	4 290
Niedersachsen	9,557	19 114
Nordrhein-Westfalen	21,593	43 186
Rheinland-Pfalz	4,863	9 726
Saarland	1,275	2 550
Sachsen	5,538	11 076
Sachsen-Anhalt	3,149	6 298
Schleswig-Holsten	3,455	6 910
Thüringen	2,885	5 770
<b>Deutschland insgesamt</b>	<b>100,000</b>	<b>200 000</b>

Untersuchungsgebiete, die die Länder in die Städtebauförderung aufnehmen, um zu untersuchen, ob und welche städtebaulichen Erneuerungsmaßnahmen durchgeführt werden sollen.

Der Bund übernimmt 33 1/3 % der förderfähigen Kosten. Die Länder können zulassen, dass Mittel, die ein geförderter Eigentümer (z. B. ein kirchlicher Träger) aufbringt, als kommunaler Eigenanteil gewertet werden, wenn konkrete Anhaltspunkte dafür bestehen, dass anderenfalls die Investition unterbleiben würde. Der von der Gemeinde selbst aufgebrauchte Eigenanteil muss dabei mindestens 10 % der förderfähigen Kosten betragen.

Im Rahmen eines Monitoring wird die Effizienz des Investitionspakts überwacht. Hierzu

muss die Energieersparnis sowie die Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes der sanierten Gebäude dargestellt werden.

Daneben stellt der Bund bereits seit Januar 2007 weitere finanzielle Mittel zur energetischen Sanierung von kommunalen Einrichtungen, wie Schulen, Schulsporthallen, Kindertagesstätten und Gebäuden der Kinder- und Jugendarbeit, im Rahmen des CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramms über die KfW-Förderbank zur Verfügung. Hierdurch erhalten die Kommunen und privaten Träger von gemeindlichen Einrichtungen die Möglichkeit, zinsverbilligte Darlehen zur energetischen Modernisierung der entsprechenden Gebäudekulisse in Anspruch zu nehmen.

# Die Bilanz des Zolls für das Jahr 2007 – Die Zolljahrespressekonferenz vom 11. März 2008

1	Einleitung .....	45
2	Einnahmen .....	46
3	Bekämpfung der Schwarzarbeit .....	47
4	Überwachung der Einhaltung der Mindestlöhne .....	48
5	Zigarettschmuggel .....	48
6	Rauschgiftschmuggel .....	48
7	Mobile Kontrollgruppen .....	49
8	Produktpiraterie .....	49
9	Strukturentwicklung Zoll .....	50

- Mit insgesamt 110 Mrd. € Einnahmen erzielte der Zoll knapp 50 % der Steuereinnahmen des Bundes.
- Ein Schwerpunkt der Arbeit des Zolls war die Bekämpfung der Schwarzarbeit.
- Im Rahmen der Bekämpfung illegaler Beschäftigung überwacht der Zoll auch die Einhaltung der Mindestlöhne.

## 1 Einleitung

Bundesfinanzminister Steinbrück stellte am 11. März 2008 im Bundesministerium der Finanzen in Berlin die Bilanz des Zolls für das Jahr 2007 vor.

Allein im Hamburger Hafen hat der Zoll im vergangenen Jahr einen Warenumsatz von über 140 Mio. Tonnen überwacht. Das entspricht einer Zahl von fast 10 Millionen Standardcontainern, die hintereinander aufgestellt 1 ½-mal um die Erde reichen würden.

Solche Größenordnungen sind eindrucksvoller Beleg der Leistungsfähigkeit der deutschen Zollverwaltung, die ihre Arbeit in einem anspruchsvollen Spannungsfeld erledigen muss.

Zum einen soll der Zoll einen möglichst ungehinderten Warenverkehr sichern und eine reibungslos laufende Lieferkette von Produkten und Dienstleistungen gewährleisten. Zum anderen soll der Zoll Kriminalität wirksam bekämpfen – zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger und für einen fairen Wettbewerb.

Beide Ziele lassen sich gleichzeitig nur mit innovativen Arbeitsmethoden, modernen technischen Hilfsmitteln sowie mit hoher Kompetenz und großem Engagement der Bediensteten erreichen.

Aus diesem Grunde bedankte sich Minister Steinbrück bei allen, die mit ihrem Einsatz zur erfolgreichen Arbeit des Zolls beigetragen haben. Sein besonderer Dank galt der international geleisteten Arbeit, bei der sich deutsche Zöllner im Ausland für humanitäre Hilfe und Wiederaufbau einsetzen:

- Im Libanon leisten zwei Beamte wichtige Aufbauhilfe für eine sichere Grenzabfertigung.
- Vier Zöllner unterstützen die EU-Mission in der Grenzregion zwischen der Ukraine und Moldau.
- Zwei weitere Beamte unterstützen derzeit die UNO-Friedensmission UNMIK im Kosovo.

Auch im Hinblick auf die deutsche EU-Ratspräsidentschaft und den G8-Vorsitz betonte der Minister, dass durch die geleistete Unterstützung der Zöllnerinnen und Zöllner wichtige Ergebnisse, wie zum Beispiel die Modernisierung des gemeinschaftsrechtlichen Zollkodexes erzielt wurden. Von der damit einhergehenden Vereinfachung und Reduzierung von Zollverfahren werden Wirtschaft und Verwaltung in Zukunft erheblich profitieren.

## 2 Einnahmen

Die Zollbilanz 2007 macht auf den ersten Blick vor allem eines deutlich: Der Zoll ist die Einnahmeverwaltung des Bundes. 110 Mrd. € hat er im vergangenen Jahr eingenommen. Das sind rund die Hälfte der gesamten Steuereinnahmen des Bundes.

Den größten Anteil an diesen Einnahmen machen mit rund 64 Mrd. € die besonderen Verbrauchsteuern aus – also etwa Energiesteuer, Tabaksteuer oder die Stromsteuer.

Dazu kommen gut 42 Mrd. € Umsatzsteuer bei der Einfuhr von Waren nach Deutschland (Einfuhrumsatzsteuer) und 4 Mrd. €, die als klassische Zölle an die Europäische Union nach Brüssel geflossen sind.

Diese Einnahmen geben Rückenwind für die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und machen wichtige Zukunftsinvestitionen in Bildung, Familie, Forschung oder Infrastruktur erst möglich (vgl. auch Tabelle 1 und 2).

**Tabelle 1: Erhobene Abgaben insgesamt**

	2005	2006	2007
	in Mrd. €		
<b>I. Einnahmen der EG</b>			
Zölle	3,4	3,9	4,0
<b>II. Nationale Einnahmen</b>			
Verbrauchssteuern	65,2	65,0	64,0
Einfuhrumsatzsteuer	31,3	35,4	42,1
<b>Insgesamt</b>	<b>99,9</b>	<b>104,3</b>	<b>110,1</b>

**Tabelle 2: Erhobene Verbrauchsteuern**

	2005	2006	2007
	in Mrd. €		
Energiesteuer	40,1	39,9	39,0
Stromsteuer	6,5	6,3	6,4
Tabaksteuer	14,3	14,4	14,3
Branntweinsteuer	2,1	2,2	2,0
Alkopopsteuer	0,01	0,006	0,003
Kaffeesteuer	1,0	1,0	1,1
Biersteuer <sup>1</sup>	0,8	0,8	0,8
Schaumweinsteuer	0,4	0,4	0,4
Zwischenerzeugnissteuer	0,03	0,03	0,03
<b>Insgesamt</b>	<b>65,2</b>	<b>65,0</b>	<b>64,0</b>

<sup>1</sup> Der Ertrag fließt den Ländern zu.

### 3 Bekämpfung der Schwarzarbeit

Nur ein finanziell handlungsfähiger Staat kann all die Leistungen erbringen, die die Bürgerinnen und Bürger von ihm erwarten. Der Staat benötigt Ressourcen, um seine Aufgaben erfüllen zu können.

Allerdings scheint die Gesellschaft zunehmend mit einer Einstellung konfrontiert, bei der das Anspruchsdenken an den Staat nicht an die Bereitschaft gekoppelt ist, auch persönlich einen finanziellen Beitrag für das Gemeinwesen zu leisten. Auch bei Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung geht es darum, einen persönlichen Vorteil zu erringen, der aber der ganzen Gesellschaft schadet. Deshalb kann nicht oft genug wiederholt werden: Schwarzarbeit ist kein Kavaliersdelikt, sondern handfeste Wirtschaftskriminalität!

Schwarzarbeit geht

- auf Kosten der ehrlichen Unternehmen, die pleite gehen;
- auf Kosten der Arbeitnehmer, die deshalb ihren Job verlieren;
- auf Kosten all jener, die bei illegaler Beschäftigung oft skandalösen Arbeitsbedingungen ausgesetzt sind und
- auf Kosten der ganzen Gemeinschaft, wenn Steuergelder für Zukunftsinvestitionen und Sozialversicherungsbeiträge fehlen.

Insgesamt wurden vom Zoll im vergangenen Jahr fast 118 000 Ermittlungsverfahren wegen Straftaten eingeleitet – gegenüber 2006 eine Steigerung um 13 %. Die Zahl der Ermittlungsverfahren wegen Ordnungswidrigkeiten stieg sogar deutlicher um rd. 19 % auf fast 75 000 an.

Angesichts der Schätzungen des Instituts für angewandte Wirtschaftsforschung (IAW), wonach die Schattenwirtschaft in Deutschland in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im vergangenen Jahr nochmals leicht zurückgegangen ist, sind diese Zahlen ein Beleg dafür, dass der Zoll bei der Bekämpfung von Schwarzarbeit noch schlagkräftiger geworden ist und insgesamt die so geleistete Arbeit nunmehr deutliche Wirkung zeigt.

Zu diesem Erfolg hat sicherlich auch beigetragen, dass die Zusammenarbeit aller bei der Bekämpfung von Schwarzarbeit beteiligten Behörden in den letzten Jahren intensiviert worden ist und ein verbesserter Informationsaustausch – sowohl zwischen Bund und Ländern als auch mit anderen EU-Mitgliedstaaten – erreicht worden ist.

Politisches Ziel muss es weiterhin sein, über die effektive Verfolgung von Schwarzarbeit und deren Auftraggebern hinaus zu erreichen, dass illegale Beschäftigungsverhältnisse erst gar nicht entstehen.

Mit der Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 % auf 3,3 % und der Verbesserung der steuerlichen Absetzbarkeit von haushaltsnahen Dienstleistungen ist es der Bundesregierung gelungen, die scheinbare Attraktivität illegaler Beschäftigungsverhältnisse weiter zu verringern. Damit die besseren Anreize für legale Beschäftigung und die intensive Prüfungs- und Ermittlungsarbeit des Zolls ihre präventive Wirkung voll entfalten können, ist ein breiter gesellschaftlicher Schulterschluss gegen Schwarzarbeit erforderlich. Es ist daher begrüßenswert, dass sich immer mehr Tarifvertragsparteien von Branchen, die besonders von illegaler Beschäftigung betroffen sind, dem gemeinsamen Einsatz gegen Schwarzarbeit anschließen.

Nach der Baubranche und der Speditions-, Transport- und Logistikbranche haben 2007 auch die Verbände der Fleischwirtschaft und die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) ein **Aktionsbündnis gegen Schwarzarbeit** mit dem Zoll beschlossen.

## 4 Überwachung der Einhaltung der Mindestlöhne

Bei der Bekämpfung illegaler Beschäftigung geht es nicht nur darum, den Betrug am Fiskus und an den Sozialversicherungen einzudämmen.

Der Zoll leistet mit seinen Kontrollen weit mehr. Denn er überprüft auch, ob die Regelungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes eingehalten werden und damit, ob sich das kontrollierte Unternehmen an die geltenden Mindestlohnbestimmungen der jeweiligen Branche hält.

Damit übernimmt der Zoll auch eine wichtige sozialpolitische Aufgabe. Denn nur mit einer wirksamen Überwachung ist sicherzustellen, dass das Instrument Mindestlöhne wirklich greift. Die Kontrollen des Zolls senden ein klares Signal: Die gesetzlichen Arbeits- und Sozialstandards sind keine zahnlosen Papiertiger – die Bundesregierung ist fest entschlossen, sie mit voller Konsequenz durchzusetzen.

Das mussten im vergangenen Jahr auch einige Unternehmen aus dem Baugewerbe und aus dem Gebäudereinigerhandwerk erfahren.

Bei mehr als 22 000 Kontrollen wurden hier bei knapp 12 % – also gut 2 600 – der insgesamt überprüften Unternehmen Ermittlungsverfahren wegen des Tatbestands des Mindestlohnverstößes eingeleitet. Eine Quote, die deutlich macht, wie unverzichtbar die Arbeit des Zolls für eine flächendeckende Einhaltung unserer Arbeitsmarktgesetze und Sozialstandards ist.

In diesem Zusammenhang ist die präventive Wirkung der Kontrollen des Zolls ebenfalls nicht zu unterschätzen. Dies wird umso wichtiger, je mehr Branchen den Mindestlohnregelungen unterliegen – wie zum Beispiel ab 1. Januar 2008 die Postdienstleistungen.

## 5 Zigarettenschmuggel

Im vergangenen Jahr hat der Zoll mit insgesamt 465 Mio. beschlagnahmten Schmuggelzigaretten seinen Fahndungserfolg im Vergleich zum Vorjahr nochmals steigern können – damals waren es 415 Mio. Schmuggelzigaretten. Da geschmuggelte Zigaretten häufig auch gefälscht sind und nach Expertenmeinung regelmäßig zusätzliche Gifte wie Blei, Cadmium oder sogar Arsen enthalten, leistet der Zoll insofern einen Beitrag zur Minimierung gesundheitlicher Risiken potenzieller Käufer (vgl. auch Tabelle 3).

**Tabelle 3: Bekämpfung des Zigarettenschmuggels**

	2005	2006	2007
	in Mio. Stück		
<b>Sichergestellte Zigaretten</b>	735	415	465

## 6 Rauschgiftschmuggel

Dem Zoll ist es auch zu verdanken, dass im vergangenen Jahr rund 18 Tonnen an verbotenen Rauschgiften auf dem Weg nach Deutschland oder ins benachbarte Ausland nicht in die Hände von Dealern geraten sind (vgl. auch Tabelle 4, S. 49).



Tabelle 4: Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität

	2005	2006	2007
		in kg	
Heroin	456	529	385
Opium	100	29	24
Kokain	896	1 488	1 809
Amphetamine	269	263	212
Haschisch	1 640	3 205	1 226
Marihuana	1 228	1 159	1 259
Sonstige Betäubungsmittel	9 828	12 809	12 680
		Stück	
Amphetaminderivate	889 268	537 206	549 412
LSD	7 558	3 473	638

## 7 Mobile Kontrollgruppen

Mit offenen Grenzen steigt auch die Gefahr, dass Drogenkuriere, Waffenhändler und Zigarettenschmuggler freie Fahrt haben. Damit dies nicht passiert, setzt der Zoll – neben den Zöllnerinnen und Zöllnern an der Grenze zur Schweiz sowie an den Flug- und Seehäfen – im gesamten Bundesgebiet mobile Kontrolleinheiten ein. Diese rund 1600 Bediensteten haben 2007 bei über einer Million mobiler Kontrollen allein

- 606 kg Marihuana und 445 kg Haschisch beschlagnahmt,
- über 13 000 Waffen und verbotene Gegenstände sichergestellt und
- über 14 Mio. € Abgaben und Verwarnungsgelder eingenommen.

## 8 Produktpiraterie

Ideenklau und Produktpiraterie sind gerade für den Standort Deutschland eine reale Bedrohung – schließlich sichern wir unsere Wettbewerbsvorteile auf den globalen Märkten nicht zuletzt durch Produktinnovationen und Spitzentechnologie. Nach Schätzungen des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) kostet Produktpiraterie den Standort Deutschland jährlich rund 70 000 Arbeitsplätze. Danach verlieren deutsche Unternehmen Aufträge im Wert von rund 20 Mrd. € bis 30 Mrd. € jährlich.

Der Zoll hat im vergangenen Jahr gefälschte Waren im Wert von 425 Mio. € beschlagnahmt (vgl. auch Tabelle 5, S. 50). Eine Entwicklung war dabei besonders beunruhigend:

Während der Warenwert an gefälschten Medikamenten 2005 noch 2,5 Mio. € ausmachte, hat sich dieser Wert im vergangenen Jahr mehr als verdreifacht.

Im besten Fall sind derartige gefälschte Medikamente, die eben keiner Qualitätskontrolle unterliegen, wirkungslos. Häufig haben die Mittel aber gefährliche Nebenwirkungen, auf die kein Beipackzettel, kein Arzt oder Apotheker hinweisen.

Tabelle 5: Wert beschlagnahmter Waren

	2005	2006	2007
	in Mio. €		
Sportbekleidung	10,8	218,2	73,4
Accessoires (z. B. Taschen)	18,3	391,6	108,7
Freizeitbekleidung	12,8	109,4	56,1
Uhren & Schmuck	31,0	287,9	34,8
Sonstiges (z. B. Ersatzteile, Etiketten)	4,7	9,6	5,4
Elektrische Geräte	54,5	110,5	42,3
Datenträger und Software	3,2	6,5	4,7
Spielzeug	1,2	1,8	2,5
Zigaretten	49,2	31,5	15,4
Parfüm & Kosmetik	0,5	1,5	2,8
Computer	26,7	3,8	4,0
Lebensmittel	0,6	0,3	0,2
Medikamente	–	2,5	8,3
Schuhe	–	–	67,1
<b>Gesamt</b>	<b>213,5</b>	<b>1175,1</b>	<b>425,7</b>

## 9 Strukturentwicklung Zoll

Der Blick in die Vergangenheit der Zollverwaltung zeigt, wie sich gerade in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten die Rahmenbedingungen für die Arbeit des Zolls verändert haben.

So haben die Gründung des EG-Binnenmarkts, die Übernahme des relativ jungen Arbeitsfeldes der Bekämpfung der Schwarzarbeit bis hin zur EU-Osterweiterung die Aufgabenbreite und das Arbeitsumfeld des Zolls massiv gewandelt.

Darauf hat das Bundesfinanzministerium durch Modernisierung des Aufbaus und der Arbeitsabläufe der Zollverwaltung reagiert.

Zum 1. Januar 2008 wurden fünf neue Bundesfinanzdirektionen als Mittelbehörden der Bundesfinanzverwaltung in Potsdam, Köln, Neustadt an der Weinstraße, Nürnberg und Hamburg errichtet.

Aus den Oberfinanzdirektionen, die in einigen Bundesländern noch als gemeinsame Mittelbehörden der Bundesfinanzverwaltung und der

Finanzverwaltungen der jeweiligen Länder bestanden, hat sich der Bund damit zurückgezogen.

Mit dieser Strukturreform sollen die Ortschaften gestärkt, die Arbeitsabläufe beschleunigt und die Eigenverantwortung der Beschäftigten gestärkt werden.

Die aktuelle Strukturreform ist ein wichtiger Baustein, damit der Zoll auch für zukünftige Aufgaben gut gerüstet ist und – gerade in einem Europa ohne Grenzen – seine Schlagkraft weiter ausbaut.

# Überblick über die aktualisierten Stabilitäts- und Konvergenzprogramme 2007 der EU-Mitgliedstaaten

1	Einleitung .....	51
2	Überblick über die Stabilitätsprogramme .....	52
3	Haushaltsplanungen der Euroländer und ihre Bewertungen durch den ECOFIN-Rat .....	55
4	Überblick über die Konvergenzprogramme .....	59
5	Haushaltsplanungen der Nicht-Euroländer und ihre Bewertungen durch den ECOFIN-Rat ....	62

- Die meisten EU-Länder erwarten für 2008 ein etwas weniger dynamisches Wachstum.
- Die erfolgreiche Haushaltskonsolidierung im Jahr 2007 schlägt sich positiv beim Abbau der jeweiligen Schuldenquoten nieder. Für 2008 rechnet die Hälfte der EU-Mitgliedstaaten mit einer weiteren Verbesserung ihres Haushaltssaldos.
- Deutschland hat im Jahr 2007 zum ersten Mal seit 1989 einen ausgeglichenen öffentlichen Gesamthaushalt erzielt.

## 1 Einleitung

Mit Beginn der 3. Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) am 1. Januar 1999 sind die Geld- und die Wechselkurspolitik von zunächst elf EU-Mitgliedstaaten aus der nationalen in die gemeinschaftliche Verantwortung übergegangen. Um realwirtschaftliche Verwerfungen innerhalb der WWU zu vermeiden und die Stabilität der gemeinsamen Währung zu sichern, sieht der EG-Vertrag eine verstärkte haushaltspolitische Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken der Mitgliedstaaten der EU vor. Dazu gehört die Vorlage jährlich aktualisierter Stabilitäts- und Konvergenzprogramme durch die Mitgliedstaaten der EU. Nach der Verordnung (EG) Nr. 1466/97 erstellen die – mittlerweile 15 – Mitgliedstaaten, die den Euro eingeführt haben, Stabilitätsprogramme, die anderen Mitgliedsta-

ten Konvergenzprogramme. In den Programmen legen die Mitgliedstaaten unter anderem Informationen zur Entwicklung des Haushaltssaldos und der Staatsverschuldung, zu den makroökonomischen Annahmen ihrer Haushaltsplanungen, zur langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und zu den wichtigsten finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen vor.

Die jährlichen Aktualisierungen der Programme müssen der Europäischen Kommission bis 1. Dezember eines jeden Jahres vorliegen. Grundlage der aktuellen Programme der einzelnen Mitgliedstaaten ist das makroökonomische Szenario vom Herbst 2007.<sup>1</sup> Der Berichtszeitraum der jüngsten Aktualisierungen umfasst zumindest die Jahre 2006 bis 2010, einzelne Staaten – darunter Deutschland – haben auch Projektionen bis zum Jahr 2011 geliefert, Frankreich und das Vereinigte Königreich sogar bis zum Jahr 2012.

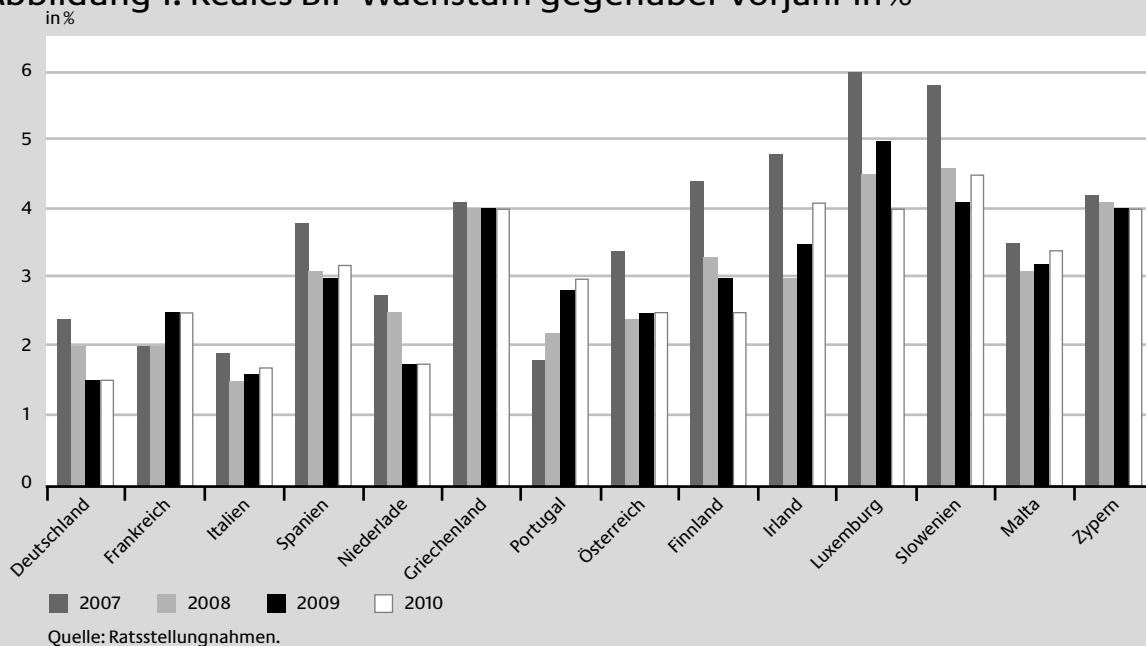
<sup>1</sup> Die makroökonomischen Voraussetzungen in der EU haben sich seither verschlechtert. Nach der Interimsprognose der Europäischen Kommission (Februar 2008) ist jetzt für 2008 in der EU mit einem Wirtschaftswachstum von 2,0 % des BIP und im Euroraum von 1,8 % zu rechnen. Damit wurden die diesjährigen Wachstumsprognosen sowohl für die EU als auch für den Euroraum gegenüber der Herbstprognose der Europäischen Kommission um 0,4 Prozentpunkte gesenkt. Im Vergleich zum Herbst wurden die Inflationsprognosen für die EU und den Euroraum jeweils um einen halben Prozentpunkt auf 2,9 % bzw. 2,6 % angehoben.

Die Kommission analysiert die Programme im Hinblick auf die inhaltlichen und formalen Vorgaben, leitet ihre Bewertungen dem Rat der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN-Rat) zu und veröffentlicht sie. Der ECOFIN-Rat hat am 12. Februar 2008 die Programme von elf Mitgliedstaaten und am 4. März 2008 die Programme von 14 weiteren Mitgliedstaaten erörtert und Stellungnahmen hierzu abgegeben.<sup>2</sup> Die Programme von Belgien und von Polen sollen noch vor der Sommerpause in den EU-Gremien erörtert werden.

## 2 Überblick über die Stabilitätsprogramme

Fast alle Euroländer erwarten nach einem robusten **Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP)** im Jahr 2007 eine Abschwächung in 2008, im Mittel des Euroraums um 0,3 Prozentpunkte. Die einzige Ausnahme ist Portugal, das nach einem Wirtschaftswachstum von 1,8 % in 2007 in diesem Jahr 2,2 % erwartet. Frankreich geht in seinem Stabilitätsprogramm von einem gleich bleibenden Wachstum aus. Die deutlichsten Verschlechterungen sind in Irland (von 4,8 % auf 3,0 % in 2008) und Luxemburg (von 6,0 % auf 4,5 %) zu erwarten. Die höchste Wachstumsrate für 2008 enthält das Programm von Slowenien (4,6 %), die niedrigste Prognose wurde von Italien (1,5 %) präsentiert. 2009 rechnet über die Hälfte der Eurostaaten mit einer Wachstumsbelebung. Die Zunahme der Wirtschaftsleistung im Euroraum soll 2009 bei 2,2 % liegen.

Abbildung 1: Reales BIP-Wachstum gegenüber Vorjahr in %



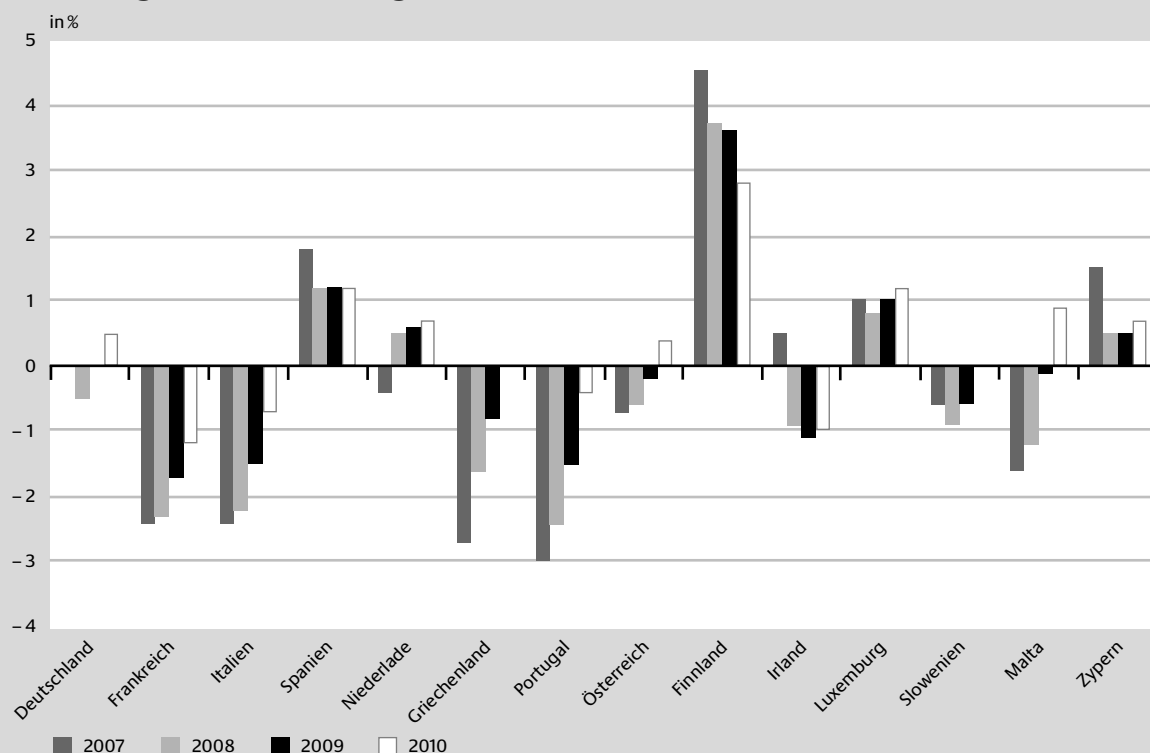
<sup>2</sup> Die Ratsstimmungen zu allen bisher behandelten Programmen sind in deutscher Sprache auf der Internetseite des Bundesministeriums der Finanzen zugänglich.

Die guten konjunkturellen Rahmenbedingungen in 2007 erlaubten den Eurostaaten Fortschritte bei der **Konsolidierung der nationalen Haushalte**. Frankreich, Deutschland, Griechenland und Malta (damals noch nicht Mitglied des Euroraums) wurden im Laufe des vergangenen Jahres aus dem Defizitverfahren entlassen. Derzeit sind solche Verfahren noch gegen Portugal und Italien anhängig. Für 2008 rechnet allerdings die Hälfte der Eurostaaten mit einer Verschlechterung ihres Haushaltssaldos, im Mittel wird diese Verschlechterung aber durch Verbesserungen der Haushaltsposition der anderen Euroländer ausgeglichen. Die deutlichste Verschlechterung im Haushaltssaldo erwartet 2008 Irland mit einem Rückgang von +0,5% des BIP auf -0,9% des BIP. Griechenland dagegen rechnet mit einer Verminderung seines Defizits um 1,1 Prozentpunkte auf dann noch -1,6% des BIP. Den höchsten angestrebten Überschuss im Jahr 2008 weist Finnland (+3,7% des BIP) aus, das höchste Defizit Portugal (-2,4% des BIP). Für das Ende des Programmzeitraums in 2010 weisen nur noch Frankreich (-1,2% des BIP), Irland (-1,0% des BIP), Italien (-0,7% des BIP) und Portugal (-0,4% des BIP) ein Haushaltsde-

fizit auf, Griechenland und Slowenien gehen von einem ausgeglichenen Haushalt aus.

Hinsichtlich der **Konsolidierung der strukturellen Finanzierungssalden** (konjunkturbereinigt und ohne einmalige und befristete Maßnahmen) rechnen zwei Drittel der Eurostaaten mit einer Verbesserung in 2008. Die größten Anstrengungen plant Griechenland mit +0,8 Prozentpunkten auf dann jedoch noch immer -2,0% des BIP. Dies entspricht – neben Italien – immer noch dem höchsten strukturellen Defizit. Die deutlichsten Verschlechterungen haben mit jeweils -0,9 Prozentpunkten Finnland und Irland zu verzeichnen, wobei Irland ab 2008 ein strukturelles Defizit erwartet. Insgesamt stagniert die strukturelle Konsolidierung im Euroraum zwischen 2007 und 2008. In 2008 weist Finnland mit +3,3% des BIP den höchsten strukturellen Finanzierungsüberschuss aus. Für 2009 erwarten nur noch die Niederlande und Irland eine marginale Verschlechterung ihres strukturellen Finanzierungssaldos um 0,1 Prozentpunkte im Vergleich zu 2008, Zypern und Finnland gehen von einem unveränderten strukturellen Finanzierungssaldo aus.

Abbildung 2: Finanzierungssaldo in Relation zum BIP in %

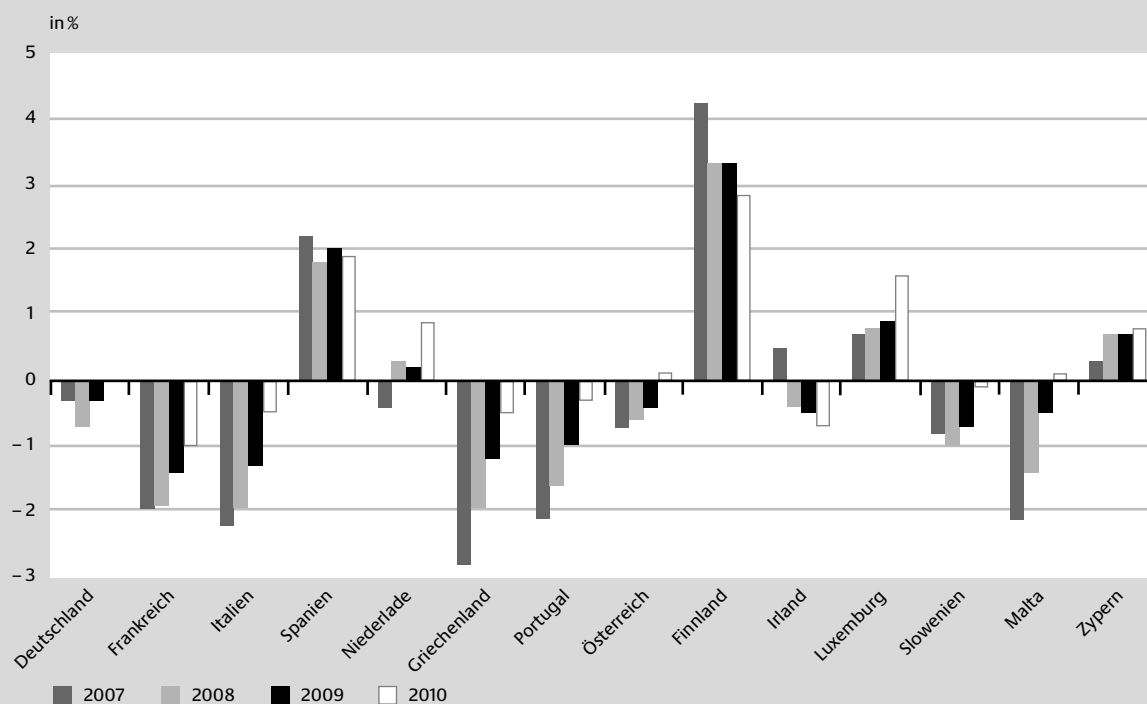


Quelle: Ratsstimmungen.

Acht Eurostaaten haben ihr jeweiliges mittelfristiges Haushaltsziel<sup>3</sup> bereits 2007 erreicht. Neben Deutschland handelt es sich um Spanien, die Niederlande, Finnland, Irland, Luxemburg, Slowenien und Zypern. Nach Einschätzung der Europäischen Kommission werden im Jahr 2010 ebenfalls acht Eurostaaten ihr mittelfristiges Haushaltsziel erreicht haben (dabei wird Irland 2010 von seinem Mittelfristziel abweichen, Portugal wird es dann erstmals erreichen) und damit die Vereinbarung der Eurogruppe vom April 2007 erfüllen.<sup>4</sup> Österreich und Malta streben ebenfalls ein Erreichen ihres Mittelfristziels in 2010 an, dies ist jedoch laut Europäischer Kommission mit Risiken behaftet. Italien, Griechenland und Irland werden 2010 ihr Mittelfristziel noch nicht erreicht haben, Frankreich plant ein Erreichen seines mittelfristigen Haushaltsziels spätestens 2012.

Die erfolgreiche Haushaltskonsolidierung schlägt sich auch positiv beim **Abbau der jeweiligen Schuldenstände** in Relation zum BIP nieder. Unter den Eurostaaten plant nur Irland eine Erhöhung seiner Schuldenstandsquote während der Laufzeit des Programms. Im Vergleich zu 2007 unternimmt Zypern für 2008 die größten Anstrengungen, mit einem geplanten Schuldenabbau von 11,5 Prozentpunkten. Die höchste Schuldenstandsquote in 2008 weist Italien mit 103,5 % des BIP aus, die niedrigste Luxemburg mit 7,1 % des BIP. Im Jahr 2010 planen elf der Eurostaaten, die 60 %-Schuldenstandsgrenze einzuhalten. Nur Italien (98,5 % des BIP), Griechenland (82,9 % des BIP) und Frankreich (61,9 % des BIP) weisen am Ende der Programmlaufzeit noch einen Schuldenstand in Relation zum BIP oberhalb dieser Grenze auf.

Abbildung 3: Struktureller Finanzierungssaldo in Relation zum BIP in %

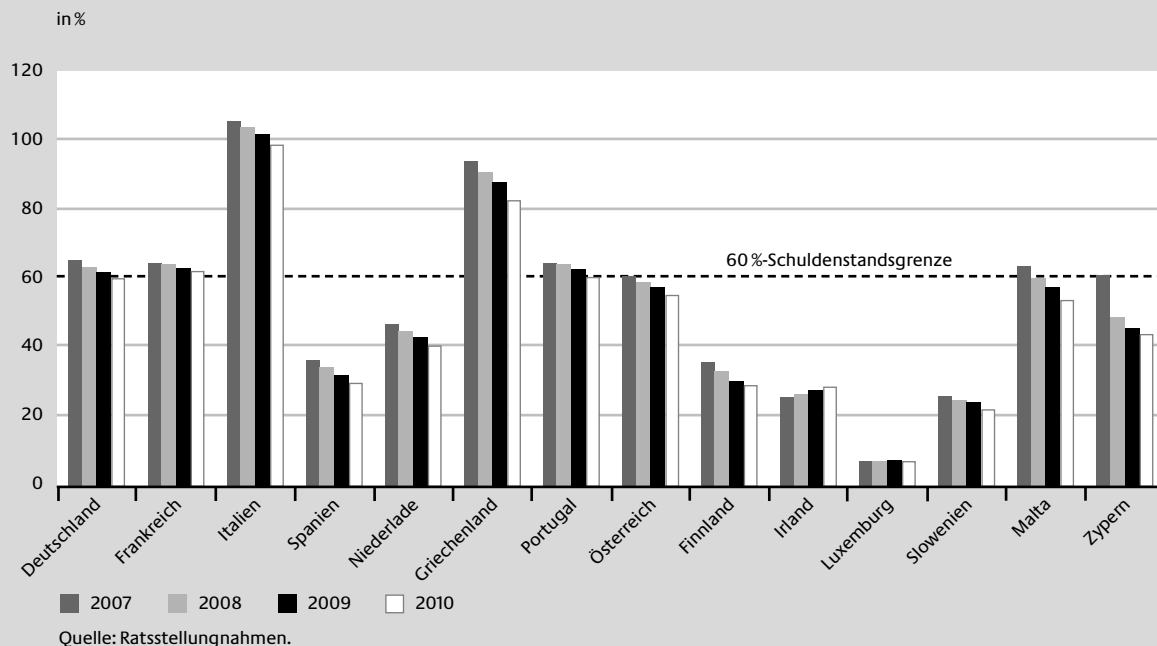


Quelle: Ratsstellungennahmen.

<sup>3</sup> Das mittelfristige Haushaltsziel oder Mittelfristziel bezieht sich auf den mittelfristigen strukturellen Finanzierungssaldo. Mittelfristziele werden länderspezifisch festgelegt und bewegen sich innerhalb einer Spanne von -1 % bis + 2 % des BIP. Das mittelfristige Haushaltsziel Deutschlands ist ein gesamtstaatlich strukturell ausgeglichener Haushalt.

<sup>4</sup> In dieser Vereinbarung haben die Finanzminister ihren Willen bekundet, bis zum Jahr 2010 ein Erreichen ihrer jeweiligen mittelfristigen Haushaltsziele anzustreben.

Abbildung 4: Schuldenstand in Relation zum BIP in %



### 3 Haushaltsplanungen der Euroländer und ihre Bewertungen durch den ECOFIN-Rat

#### Deutschland

Im Mai 2007 wurde Deutschland aus dem Defizitverfahren entlassen und erreichte bereits im selben Jahr einen ausgeglichenen Haushalt. Für 2008 wird im Stabilitätsprogramm ein leichtes Defizit von  $\frac{1}{2}\%$  des BIP erwartet, um nach einem wiederum ausgeglichenen Haushalt in 2009 leichte Überschüsse ( $\frac{1}{2}\%$  des BIP) zu erreichen. Die öffentliche Schuldenstandsquote soll nach 65 % des BIP in 2007 im Jahr 2010 die 60 %-Grenze des Maastricht-Kriteriums unterschreiten und bis auf  $57\frac{1}{2}\%$  in 2011 sinken.

Der Rat lobt den deutschen Defizitabbau und die Tatsache, dass Deutschland sein mittelfristiges Haushaltsziel bereits 2007, also erheblich früher als im Vorgängerprogramm geplant, erreicht hat. Deutschland wird vom Rat in seiner Stellungnahme aufgefordert, die 2007 erzielten positiven Ergebnisse zu halten, indem die Ausgaben entsprechend den Programmzielen weiterhin rigoros eingedämmt und unerwartete Mehr-

einnahmen für den Schuldenabbau verwendet werden. Des Weiteren soll Deutschland die langfristige Tragfähigkeit seiner öffentlichen Finanzen verbessern, indem die beschlossenen wachstums- und beschäftigungsfördernden Wirtschaftsreformen weiter umgesetzt und die erreichte Haushaltskonsolidierung durch eine Stärkung der haushaltspolitischen Institutionen untermauert wird, insbesondere durch die laufende Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen.

#### Frankreich

Frankreich wurde im Januar 2007 aus dem Defizitverfahren entlassen. Das Stabilitätsprogramm sieht vor, dass das Haushaltsdefizit zunächst 2008 marginal von 2,4 % auf 2,3 % des BIP sinkt, um erst 2012 in einem ausgeglichenen Haushalt aufzugehen. Ebenfalls erst 2012 soll die 60 %-Grenze des öffentlichen Schuldenstandes in Relation zum BIP wieder unterschritten werden, mit dann 57,9 % des BIP.

Der Rat stellt fest, dass die französischen Planungen für Haushaltskonsolidierung und Schuldenabbau erheblich weniger ehrgeizig sind als in der letzten Aktualisierung des Stabilitätsprogramms, insbesondere für 2008. Maßnahmen zur Verwirklichung der geplanten ehrgeizigen

Rückführung der Ausgabenquote im Programmzeitraum müssen noch genauer definiert und dann auch umgesetzt werden. Der Rat fordert Frankreich daher dazu auf, die Haushaltskonsolidierung und den Schuldenabbau zu beschleunigen, auch durch eine strikte Umsetzung des Haushalts 2008, um – soweit es die konjunkturellen Bedingungen zulassen – das Erreichen des mittelfristigen Haushaltsziels bis zum Jahr 2010 anzustreben und damit entscheidend zur Verbesserung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen beizutragen. Darüber hinaus sollen die vorhandenen Ausgabenvorschriften wirksam durchgesetzt und weitere Schritte unternommen werden, um eine Verringerung der Ausgabenquote in Relation zum BIP zu erreichen. Schließlich wird Frankreich aufgefordert, die Strukturreformen fortzuführen und zu beschleunigen, um das Potenzialwachstum zu steigern und die öffentlichen Ausgaben einzudämmen.

### Italien

Nach einem Haushaltsdefizit von 2,4 % des BIP in 2007 wird für 2011 ein nominal ausgeglichener Haushalt erwartet. Der Rat stellt fest, dass der Haushaltsvollzug 2007 den Ratsempfehlungen zur Korrektur des übermäßigen Haushaltsdefizits entspricht. Die öffentliche Schuldenstandsquote soll zwischen 2007 und 2011 zwar um insgesamt zehn Prozentpunkte auf dann 95,1 % des BIP sinken, sie erreicht damit aber immer noch einen Spitzenwert innerhalb des Euroraums.

Der Rat fordert Italien auf, sich aufbauend auf den positiven Ergebnissen von 2007 für 2008 ein noch ambitionierteres Haushaltsziel zu setzen und in den Folgejahren die geplante Haushaltskonsolidierung mit Hilfe ausreichender Maßnahmen umzusetzen. Dadurch sollen das mittelfristige Haushaltsziel innerhalb des Programmzeitraums erreicht und das Tempo des Schuldenabbaus erhöht werden. Angesichts des außerordentlich hohen öffentlichen Schuldenstands in Relation zum BIP sollen die Rentenreformen vollständig umgesetzt werden, um einen signifikanten Anstieg der alterungsbedingten Ausgaben zu vermeiden. Des Weiteren wird Italien aufgefordert, die Bemühungen um eine qualitative Verbesserung der öffentlichen Finan-

zen fortzusetzen, die Transparenz des Haushaltsverfahrens zu erhöhen und die Mechanismen für die Ausgabenkontrolle und -begrenzung wirksam umzusetzen.

### Spanien

Der Haushaltsüberschuss von 1,8 % des BIP in 2007 soll laut Stabilitätsprogramm im Folgejahr auf 1,2 % des BIP sinken und bis zum Ende der Programmlaufzeit auf diesem Niveau verharren. Die öffentliche Schuldenstandsquote sinkt kontinuierlich: von 36,2 % des BIP in 2007 auf 30,0 % des BIP in 2010.

Der Rat hält die mittelfristige Haushaltslage Spaniens für gesund, sieht aber gleichzeitig bestehende externe Ungleichgewichte, Inflationsunterschiede gegenüber dem Euroraum und Risiken im Bereich des Immobiliensektors. Spanien wird aufgefordert, seine stabile Haushaltsposition beizubehalten und seine Produktivität zu steigern. Die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen soll durch zusätzliche Maßnahmen verbessert werden, um künftig die alterungsbedingten Kosten einzudämmen.



### Niederlande

Im Stabilitätsprogramm werden ab 2008 leicht steigende Überschüsse angestrebt (von 0,5 % des BIP in 2008 auf 0,7 % am Ende der Programmlaufzeit in 2010). Der öffentliche Schuldenstand in Relation zum BIP soll weiter von 46,8 % in 2007 auf 41,2 % in 2010 sinken.

Der Rat stellt fest, dass das Stabilitätsprogramm über den gesamten Programmzeitraum eine solide Haushaltspolitik gewährleistet, da darauf abgezielt wird, einen weitgehend stabilen Überschuss zu erreichen und zu halten. Der Rat fordert die Niederlande in seiner Stellungnahme dazu auf, die Haushaltskonsolidierung wie im Programm geplant durchzuführen, um



die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu verbessern.

## Griechenland

Griechenland wurde im Mai 2007 aus dem Defizitverfahren entlassen und plant eine weitere deutliche Reduzierung des Haushaltsdefizits, von 2,7 % des BIP in 2007 auf 1,6 % des BIP in 2008 und 0,8 % des BIP in 2009. Ein ausgeglichener Haushalt wird für 2010 angestrebt. Die öffentliche Schuldenstandsquote soll zwischen 2007 und 2010 um insgesamt zehn Prozentpunkte auf dann 82,9 % des BIP sinken.

Der Rat stellt fest, dass die finanzpolitischen Konsolidierungsziele des griechischen Stabilitätsprogramms risikobehaftet sind, da das zugrunde liegende makroökonomische Szenario „günstig“ ist und vorgesehene Maßnahmen zum Teil nicht ausreichend erläutert werden. Der Rat fordert Griechenland auf, das Erreichen seines mittelfristigen Haushaltsziels bis spätestens 2010 anzustreben, unerwartete Mehreinnahmen für die Haushaltskonsolidierung zu verwenden und den Schuldenstand in Relation zum BIP zu reduzieren. Darüber hinaus soll Griechenland weitere Reformen in den Bereichen Steuerverwaltung, Haushaltsverfahren, Gesundheitswesen und Rente durchführen.

## Portugal

Portugal befindet sich derzeit im Defizitverfahren und muss sein übermäßiges Defizit bis 2008 korrigieren. Das Programm stimmt mit den Ratsempfehlungen zum fristgemäßen Defizitabbau überein: Das Defizit soll von 3,0 % des BIP in 2007 auf 2,4 % in 2008 sinken. Dies entspräche allerdings immer noch dem höchsten Defizit im Euroraum. Für 2011 wird mit einem fast ausgeglichenen Haushalt gerechnet, bei einem Defizit von dann noch 0,2 % des BIP. Der öffentliche Schuldenstand in Relation zum BIP soll ab 2010 die 60 %-Grenze wieder unterschreiten.

Der Rat fordert Portugal dazu auf, die Korrektur des übermäßigen Defizits in 2008 sicherzustellen, unerwartete Mehreinnahmen zum Defizitabbau zu verwenden, den Schuldenstand in Relation zum BIP zu reduzieren und die geplanten Anpassungen zum Erreichen des mittelfris-

tigen Haushaltsziels durchzuführen, gegebenenfalls unter Rückgriff auf zusätzliche Maßnahmen. Darüber hinaus soll Portugal an seiner Ausgabendisziplin festhalten und die begonnenen Reformen der öffentlichen Verwaltung weiterführen.

## Österreich

Das österreichische Haushaltsdefizit soll langsam abgebaut werden. Laut Stabilitätsprogramm wird nach – 0,7 % des BIP in 2007 für 2008 nur eine marginale Verbesserung auf – 0,6 % erwartet. Ein leichter Haushaltsüberschuss von 0,4 % des BIP wird für 2010 prognostiziert. Im Jahr 2007 hat der öffentliche Schuldenstand in Relation zum BIP die 60 %-Grenze wieder unterschritten, bis 2010 soll die Staatsschuld auf 55,4 % abgebaut werden.

Der Rat stellt fest, dass bei einer Wirtschaftsleistung nahe des Potenzials die Haushaltskonsolidierung in der geplanten Form wenig ambitioniert ist. Der Rat fordert Österreich auf, das etwas geringer als erwartet ausgefallene Defizit in 2007 zu nutzen, um die Anpassungsanstrengungen in 2008 zu verstärken und die Anpassungen in den letzten beiden Programmjahren mit konkreten und ausreichenden Maßnahmen zu untermauern. Durch rigorose Umsetzung von Ausgabenbeschränkungen und durch Verwendung jedweder unerwarteter Steuereinnahmen zur Haushaltskonsolidierung sollte das mittelfristige Haushaltsziel früher als im Programm geplant erreicht werden.

## Finnland

Die im Stabilitätsprogramm geplanten Haushaltsüberschüsse sollen sich über die Programmlaufzeit etwas abschwächen: Nach 4,5 % des BIP in 2007 wird für 2008 ein Überschuss von 3,7 % angestrebt, das beste Ergebnis im Euroraum. Für 2011 wird noch ein Überschuss von 2,4 % erwartet. Die öffentliche Schuldenstandsquote sinkt kontinuierlich weiter, von 35,3 % des BIP in 2007 auf 27,9 % in 2011.

Der Rat spricht keine formale Empfehlung aus, betont jedoch, dass die Fortsetzung der Ausgabenbeschränkung weiterhin von entscheidender Bedeutung sei.

## Irland

Hinsichtlich der Entwicklung des Haushaltssaldos geht das Stabilitätsprogramm von einer deutlichen Verschlechterung aus. Ein Überschuss von 0,5 % des BIP in 2007 soll sich bereits in diesem Jahr in ein Defizit von 0,9 % des BIP wandeln und ungefähr auf diesem Niveau verharren. Irland ist der einzige Eurostaat, in dem der öffentliche Schuldenstand in Relation zum BIP ansteigen soll: von 25,1 % in 2007 auf 28,7 % in 2010.

Der Rat sieht den Übergang der irischen Wirtschaft zu einer Periode niedrigeren Wachstums angesichts der damit im Zusammenhang stehenden möglichen makroökonomischen Probleme als wesentliche Herausforderung für die kommenden Jahre. Vor diesem Hintergrund fordert der Rat Irland auf, an seinem mittelfristigen Haushaltsziel in 2008 und den Folgejahren durch eine rigorose Ausgabenkontrolle festzuhalten und die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen durch weitere Rentenreformen zu verbessern.

## Luxemburg

Über die ganze Programmlaufzeit wird ein leicht steigender Haushaltsüberschuss von um die 1 % des BIP erwartet. Die öffentliche Schuldenstandsquote beläuft sich auf etwa 7 % des BIP. Dies ist der niedrigste Wert im Euroraum.

Der Rat empfiehlt in seiner Stellungnahme die Verbesserung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen vor allem durch Strukturreformen im Rentenbereich.

## Slowenien

Der Haushaltssaldo soll sich nach – 0,6 % des BIP in 2007 auf – 0,9 % des BIP in diesem Jahr verschlechtern, um danach bis 2010 zu einem ausgeglichenen Niveau zu gelangen. Der öffentliche Schuldenstand in Relation zum BIP nimmt langsam ab: Von 25,6 % in 2007 soll er auf 22,5 % am Ende der Programmperiode sinken.

Der Rat fordert von Slowenien für 2008 und später die Vermeidung einer prozyklischen Finanzpolitik durch verbesserte Haushaltspositionen. Des Weiteren werden zusätzliche inflati-

onsbekämpfende Maßnahmen sowie die Ergänzung des geforderten finanzpolitischen Kurses durch eine angemessene Lohn-, Arbeitsmarkt- und Wettbewerbspolitik gefordert. Die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen soll durch weitere Reformen im Rentensystem verbessert werden.

## Malta

Malta hat zum 1. Januar 2008 den Euro eingeführt und daher sein erstes Stabilitätsprogramm vorgelegt. Nach der Entlassung aus dem Defizitverfahren im Mai 2007 befand sich der Haushalt in jenem Jahr mit – 1,6 % des BIP im Defizit. Nach einem Rückgang auf – 1,2 % des BIP in 2008 soll er im Jahr 2010 einen Überschuss von 0,9 % ausweisen. Die öffentliche Schuldenstandsquote, für 2007 mit 62,9 % des BIP erwartet, soll dieses Jahr die 60 %-Grenze erreichen und bis 2010 auf 53,3 % sinken.

Der Rat fordert Malta dazu auf, die Haushaltskonsolidierung wie im Programm geplant fortzusetzen, um das mittelfristige Haushaltsziel 2010 tatsächlich erreichen und den Schuldenstand in Relation zum BIP entsprechend reduzieren zu können. Hierzu sei jedoch eine deutliche Identifikation von Maßnahmen vor allem auf der Ausgabenseite notwendig. Die Effizienz und Flexibilität öffentlicher Ausgaben soll erhöht werden, insbesondere durch die beschleunigte Planung und Umsetzung einer umfassenden Gesundheitsreform.

## Zypern

Auch Zypern hat zum 1. Januar 2008 den Euro eingeführt und nunmehr sein erstes Stabilitätsprogramm vorgelegt. Der Haushaltsüberschuss soll, nach 1,5 % des BIP im Jahr 2007, 2008 und 2009 bei jeweils 0,5 % des BIP liegen. Für die Folgejahre werden Überschüsse von 0,7 % des BIP anvisiert. Der öffentliche Schuldenstand in Relation zum BIP soll zwischen 2007 und 2011 um 20 Prozentpunkte abgebaut werden, auf dann noch 40,5 % des BIP.

Der Rat empfiehlt Zypern die Vermeidung von prozyklischer Finanzpolitik durch eine weitere Verbesserung der Ausgabenkontrolle und die Verwendung von unerwarteten Mehrein-

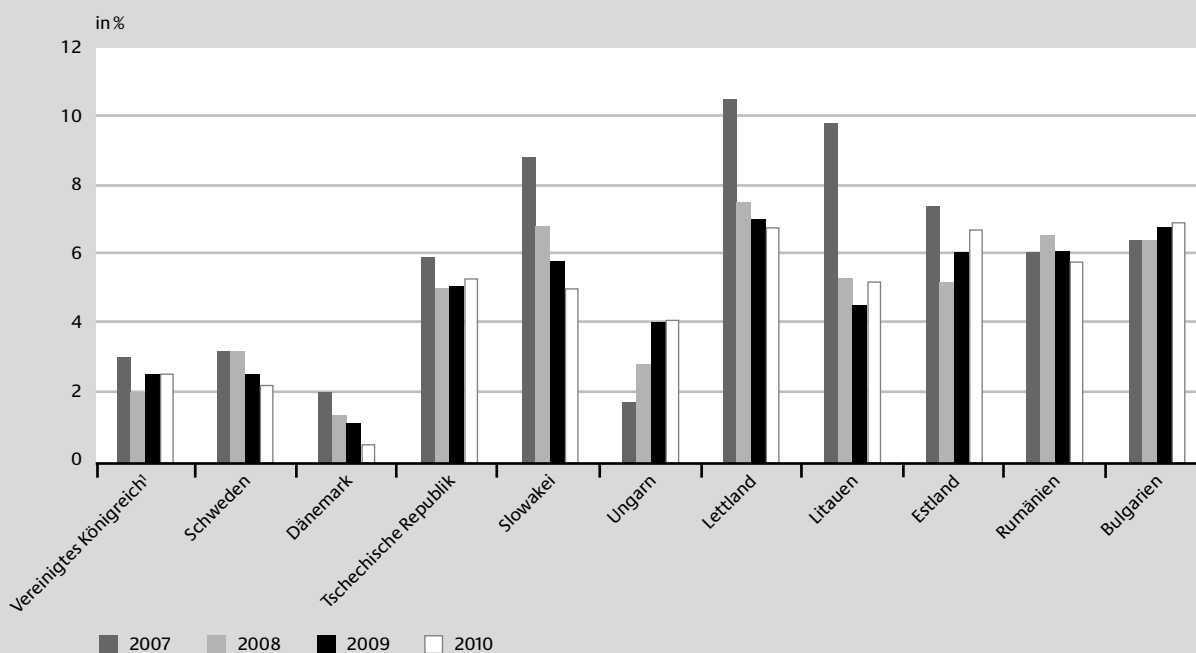
nahmen zum Schuldenabbau. Um die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu verbessern, sollten die öffentlichen Ausgaben durch eine Rentenreform und eine zeitnahe Umsetzung der verabschiedeten Gesundheitsreformen begrenzt werden.

## 4 Überblick über die Konvergenzprogramme

Auch die EU-Mitgliedstaaten, die den Euro bisher nicht eingeführt haben, rechnen in der Mehrzahl mit einem **Rückgang des realen Wirtschaftswachstums** in 2008 im Vergleich zum Vorjahr. Den höchsten prognostizierten Rückgang weist Litauen mit 4,5 Prozentpunkten aus. Nur Ungarn und Rumänien erwarten einen Anstieg der Wirtschaftsleistung, in Schweden und Bulgarien wird von einem gleich bleibenden Niveau ausgegangen. Die höchste Wachstumsrate für 2008 wird in Lettland (7,5 %) erwartet, die niedrigste in Dänemark (1,3 %). Für 2009 erwartet die Hälfte dieser Ländergruppe eine Erholung, im Gesamtbild stagniert der Anstieg der Wirtschaftsleistung.

Für 2008 geht die Hälfte der Nicht-Eurostaaten von einer **Verbesserung ihrer Haushaltssituation** im Vergleich zum Vorjahr aus. Die Slowakei, die Tschechische Republik und Ungarn befinden sich derzeit im Defizitverfahren,<sup>5</sup> im

Abbildung 5: Reales BIP-Wachstum gegenüber Vorjahr in %



<sup>5</sup> Polen befindet sich ebenfalls im Defizitverfahren, ist aber nicht Gegenstand dieses Dokuments.

vergangenen Jahr wurde das Vereinigte Königreich aus diesem Verfahren entlassen. Am stärksten verschlechtert sich die Haushaltslage von Estland: 2008 soll sich der Überschuss auf dann noch 1,3 % des BIP halbieren. Die größten Anstrengungen unternimmt Ungarn mit einer geplanten Verminderung des Defizits um 2,2 Prozentpunkte auf dann noch – 4,0 % des BIP. Dies entspricht dennoch der höchsten Defizitquote in der EU. Die höchste Überschussquote unter den Nicht-Euroländern weist 2008 Dänemark mit 3,0 % des BIP aus. Für 2010 gehen noch fünf Staaten dieser Ländergruppe von Defiziten aus: Ungarn (– 2,7 % des BIP), Rumänien (– 2,4 %), Tschechien (– 2,3 %), das Vereinigte Königreich (– 2,1 %) und die Slowakei (– 0,8 %).

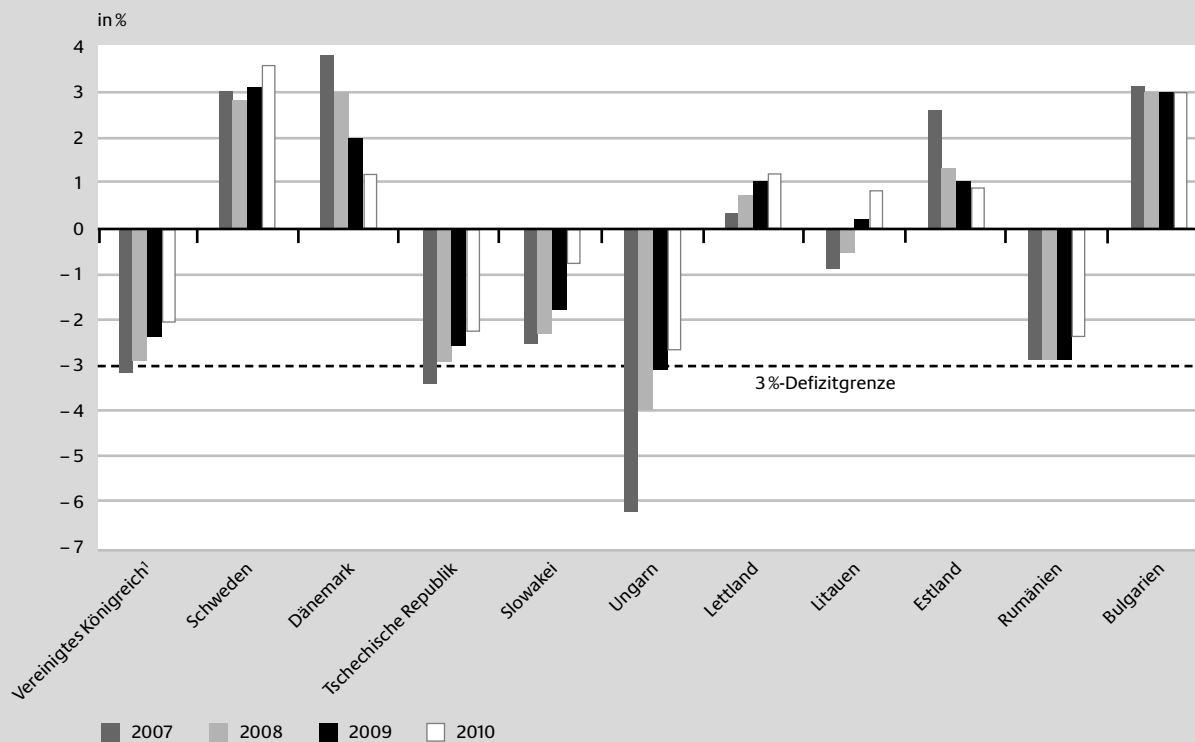
Was die **strukturellen Finanzierungssalden** angeht, gehen vier der EU-Mitgliedstaaten, die nicht dem Euroraum angehören, von einer Verschlechterung in 2008 aus. Den größten Rückgang verzeichnet Estland mit 0,4 Prozentpunkten auf dann noch + 0,8 % des BIP. Ungarn plant hingegen, sein strukturelles Finanzierungsdefizit um 1,3 Prozentpunkte auf dann jedoch immer

noch – 3,5 % des BIP zu verbessern, was trotz der größten Anstrengung in dieser Gruppe immer noch das höchste strukturelle Defizit in dieser Ländergruppe darstellt. 2008 weist Dänemark mit 3,4 % des BIP den größten strukturellen Überschuss aus. Für 2009 erwarten neun der elf Staaten zum Teil deutliche Verbesserungen im strukturellen Finanzierungssaldo. Zum Ende des Programmzeitraums befinden sich trotzdem noch fünf strukturelle Finanzierungssalden im Defizit (Vereinigtes Königreich, Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn und Rumänien).

2007 haben bereits fünf Staaten ihr mittelfristiges Haushaltsziel erreicht (Schweden, Dänemark, Lettland, Estland, Bulgarien), Litauen soll ab 2008 hinzukommen. Laut Einschätzung der Europäischen Kommission werden auch am Ende der Programmlaufzeit in 2010 diese sechs Staaten ihr mittelfristiges Haushaltsziel erfüllen. Das Vereinigte Königreich hat kein Mittelfristziel festgelegt.

Vier EU-Mitgliedstaaten, die nicht Mitglied des Euroraums sind, planen in diesem Jahr im Vergleich zu 2007 eine Erhöhung ihrer jeweiligen

Abbildung 6: Finanzierungssaldo in Relation zum BIP in %



<sup>1</sup> Haushaltsjahr jeweils von April bis März.

Quelle: Ratsstellungennahmen.

Abbildung 7: Struktureller Finanzierungssaldo in Relation zum BIP in %

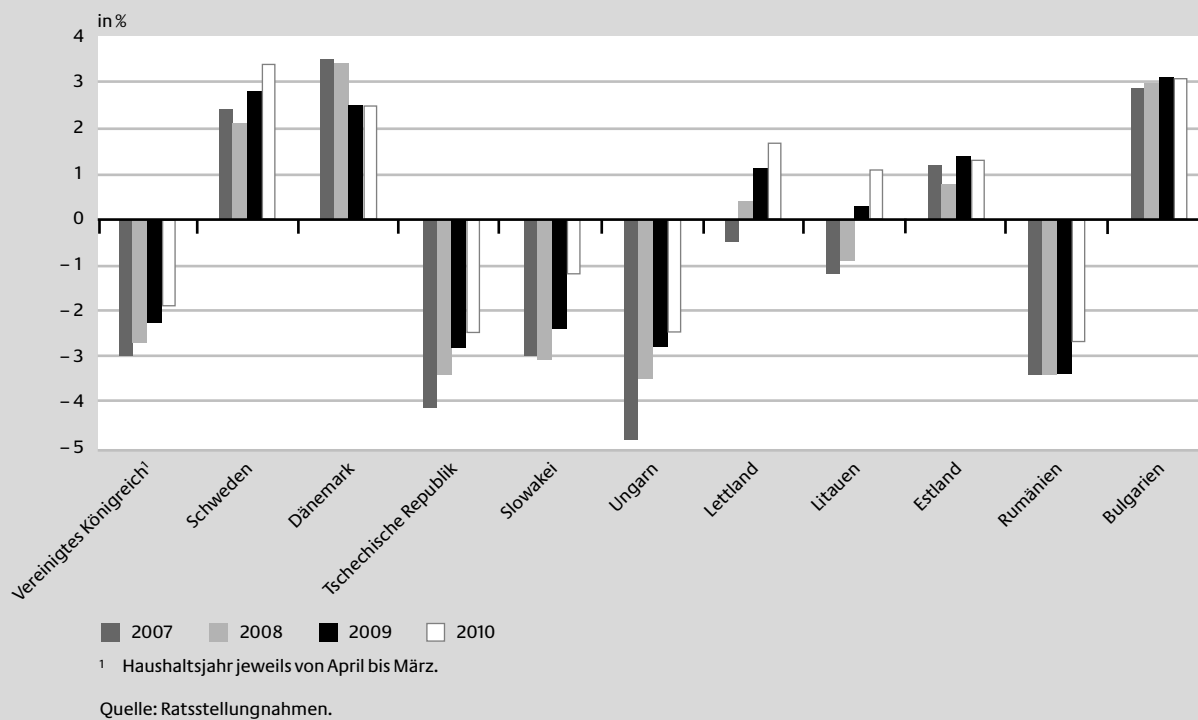
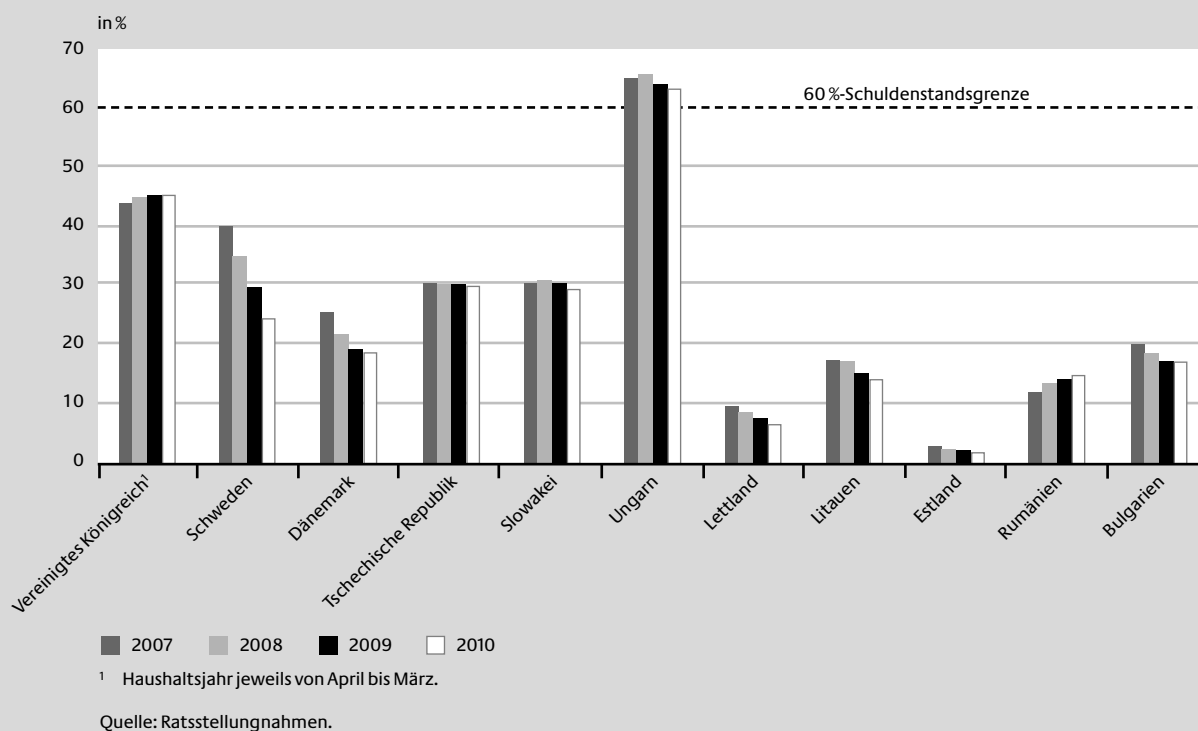


Abbildung 8: Schuldenstand in Relation zum BIP in %



**Schuldenstandsquote**, am stärksten Rumänien mit 1,7 Prozentpunkten auf den noch immer

niedrigen Wert von 13,6 % des BIP. Die größten Anstrengungen sieht Schweden für 2008 vor, mit

einem Abbau der Schuldenstandsquote von 4,9 Prozentpunkten auf dann noch 34,8 % des BIP. Den höchsten Schuldenstand in Relation zum BIP weist Ungarn mit 65,8 % aus, es ist das einzige Land, das derzeit über der 60 %-Grenze liegt und dies auch 2010 noch tun wird. Die niedrigste Schuldenstandsquote in der ganzen EU hat Estland mit 2,3 %.

## 5 Haushaltsplanungen der Nicht-Euroländer und ihre Bewertungen durch den ECOFIN-Rat

### Vereinigtes Königreich

Nach der Entlassung des Vereinigten Königreiches aus dem Defizitverfahren im September 2007 weist der öffentliche Haushalt für 2007/2008<sup>6</sup> wieder ein Defizit auf der Höhe des 3 %-Referenzwertes aus. Das Defizit soll sich jedoch bis 2012/2013 auf – 1,6 % des BIP halbieren. Die öffentliche Schuldenstandsquote bleibt, nach 43,9 % des BIP in 2007/2008, über die Programmperiode konstant bei 45 %.

Der Rat stellt fest, dass das Programm eine erhebliche Verschlechterung der Haushaltsposition des Vereinigten Königreiches bestätigt. Zusammen mit den sich verschlechternden gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen lässt dies das Risiko einer Überschreitung der 3 %-Defizitgrenze in naher Zukunft ansteigen. Der Rat fordert daher das Vereinigte Königreich auf, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, damit das Defizit den Referenzwert von 3 % des BIP nicht überschreitet. Die Haushaltskonsolidierung sollte über den gesamten Programmzeitraum beschleunigt werden, was unter anderem auch die Risiken für die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen eindämmen würde.

### Schweden

Nach einem leichten Rückgang des Haushaltsüberschusses von 3,0 % des BIP in 2007 auf 2,8 % in 2008 sollen die Haushaltsüberschüsse über den Programmzeitraum wieder ansteigen: Zum Ende der Programmlaufzeit 2010 wird ein Überschuss von 3,6 % des BIP erwartet. Der öffentliche Schuldenstand in Relation zum BIP soll pro Jahr um fünf Prozentpunkte sinken: von 39,7 % des BIP in 2007 auf 24,5 % in 2010.

Angesichts der gesunden makroökonomischen Situation bescheinigt der Rat Schweden eine solide mittelfristige Haushaltslage und geringe Risiken für die langfristige Tragfähigkeit

<sup>6</sup> Haushaltsjahr jeweils von April bis März.

der öffentlichen Finanzen. Der Rat sieht davon ab, formale Empfehlungen auszusprechen.

## Dänemark

Dänemark geht von einer Abnahme der Haushaltsüberschüsse über die Programmlaufzeit aus. Nach 3,8 % des BIP in 2007 werden für 2008 noch 3,0 % des BIP erwartet. 2010 soll der Überschuss noch 1,2 % des BIP betragen. Der öffentliche Schuldenstand in Relation zum BIP sinkt weiter, von 25,6 % in 2007 auf 18,6 % in 2010.

Der Rat bescheinigt Dänemark eine stabile Haushaltslage über den Programmzeitraum. Der Rat spricht keine formale Empfehlung aus, stellt jedoch die Bedeutung der Bekämpfung von Arbeitskräfteknappheit und drohendem Kostendruck heraus. Das Arbeitsangebot sollte durch zusätzliche Maßnahmen stimuliert und eine prozyklische Finanzpolitik vermieden werden. In diesem Zusammenhang kommt der Eindämmung des Ausgabenwachstums im öffentlichen Sektor, wie im Programm vorgesehen, große Bedeutung zu.



## Tschechische Republik

Tschechien befindet sich derzeit im Defizitverfahren und soll bis 2008 sein übermäßiges Haushaltsdefizit korrigieren. Diese Vorgabe würde laut Konvergenzprogramm knapp erfüllt, nach –3,4 % des BIP in 2007 werden für 2008 –2,9 % prognostiziert. Bis 2010 soll der Haushaltssaldo auf dann –2,3 % des BIP abgebaut werden. Die öffentliche Schuldenstandsquote bleibt über den Programmhorizont quasi konstant, zwischen 2007 und 2010 ist ein Abbau um insgesamt 0,4 Prozentpunkte auf dann 30,0 % des BIP vorgesehen.

Der Rat empfiehlt der Tschechischen Republik die Nutzung des unerwartet guten Haushaltsergebnisses in 2007 und die Fortsetzung der Ausgabenbeschränkungen, um 2008 das Defizit tatsächlich unter die 3 %-Grenze zu senken. Des Weiteren soll Tschechien die gute Wirtschafts-

entwicklung zu einer schnelleren Erreichung des mittelfristigen Haushaltsziels nutzen und die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen durch entsprechende Renten- und Gesundheitsreformen verbessern.

## Slowakei

Die Slowakei befindet sich derzeit im Defizitverfahren und sollte ihr übermäßiges Defizit bis Ende 2007 korrigieren. Für 2007 wurde in der Tat ein Defizit von 2,5 % des BIP angestrebt, das bis 2010 auf 0,8 % abgebaut werden soll. Der öffentliche Schuldenstand in Relation zum BIP bleibt über die Programmlaufzeit relativ konstant bei um die 30 % des BIP.

Der Rat fordert die Slowakei auf, das kräftige Wachstum zu nutzen, um 2008 die strukturelle Anpassung in Richtung Erfüllung des mittelfristigen Haushaltsziels zu steigern und danach die geplante strukturelle Haushaltskonsolidierung rigoros durchzuführen, gegebenenfalls mit Hilfe zusätzlicher Maßnahmen und verbindlicherer mittelfristiger Ausgabenplafonds. Weitere Strukturreformen sollen eingeleitet werden, um die Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes zu verbessern. Bei Bedarf soll ein restriktiverer finanzpolitischer Kurs eingeschlagen werden, insbesondere um den Inflationsdruck zu dämpfen.

## Ungarn

Ungarn befindet sich im Defizitverfahren und hat bis 2009 Zeit, sein übermäßiges Haushaltsdefizit zu korrigieren. Das Haushaltsdefizit soll von 6,2 % des BIP in 2007 auf 3,2 % in 2009 absinken. Bei Berücksichtigung von Pensionslasten in Höhe von 0,3 % des BIP gemäß des reformierten Stabilitäts- und Wachstumspaktes soll die 3 %-Grenze in 2009 unterschritten werden. Für 2011 wird noch ein Defizit von 2,2 % des BIP prognostiziert. Der öffentliche Schuldenstand in Relation zum BIP wird bis zum Ende der Programmlaufzeit die 60 %-Grenze nicht einhalten, soll aber von 65,4 % in 2007 bis 2011 auf 61,8 % sinken.

Der Rat fordert Ungarn auf, den Haushalt 2008 rigoros umzusetzen und angemessene Maßnahmen zu treffen, um die Korrektur des übermäßigen Defizits wie geplant bis 2009 sicherzustellen, gegebenenfalls durch zusätzliche

Maßnahmen. Falls es zu unerwartet hohen Steuereinnahmen kommt, sollen diese zur Senkung des Defizits verwandt werden. Die Steuervorschriften sollen weiter verbessert und die für ihre Umsetzung zuständigen Stellen weiter ausgebaut werden. Des Weiteren soll die Annahme und rasche Umsetzung der verbleibenden angekündigten Rationalisierungsmaßnahmen in den Bereichen öffentliche Verwaltung und Gesundheits- sowie Erziehungswesen gewährleistet werden. Darüber hinaus fordert der Rat auch nach den bereits in der jüngeren Vergangenheit ergriffenen Maßnahmen die Umsetzung der bereits angekündigten weiteren Reformen des Altersversorgungssystems, um die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu verbessern.



## Litauen

Der Haushaltssaldo, 2007 mit  $-0,9\%$  des BIP und 2008 mit  $-0,5\%$  noch im Negativbereich, soll ab 2009 Überschüsse ausweisen. Für 2010 werden  $0,8\%$  des BIP prognostiziert. Der öffentliche Schuldenstand in Relation zum BIP sinkt kontinuierlich weiter. 2007 noch bei  $17,6\%$  des BIP, soll er 2010 bei  $14,0\%$  liegen.

Der Rat bescheinigt Litauen, dass sein Programm durch eine restriktivere Finanzpolitik versucht, die makroökonomischen Ungleichgewichte in den Griff zu bekommen. Die Haushaltsziele scheinen jedoch angesichts des weiterhin hohen Wirtschaftswachstums bescheiden. Der Rat erwartet daher von Litauen, für 2008 und die Folgejahre deutlich bessere Haushaltsergebnisse als im Programm dargestellt anzustreben. Der Inflationsdruck sollte durch den Aufruf, die Lohnfestlegung im Einklang mit den allgemeinen Produktivitätszuwächsen zu gestalten, und durch Strukturmaßnahmen, um Engpässe auf dem Arbeitsmarkt zu beseitigen, bekämpft werden.

## Lettland

Die Haushaltsüberschüsse sollen beständig zunehmen: Nach  $0,3\%$  des BIP in 2007 werden in 2010  $1,2\%$  des BIP erwartet. Die öffentliche Schuldenstandsquote, die sich bereits jetzt im einstelligen Bereich befindet, soll weiter sinken und sich 2010 noch auf  $6,4\%$  des BIP belaufen.

Der Rat bescheinigt Lettland, dass sein Programm auf eine Verminderung der makroökonomischen Ungleichgewichte und des übermäßigen Nachfragedrucks hinwirkt. Der Rat fordert von Lettland deutlich ehrgeizigere Haushaltsziele in 2008 und den Folgejahren als im Konvergenzprogramm vorgesehen. Außerdem soll Lettland Prioritäten für die öffentlichen Ausgaben setzen, um Nachfragesteigerungen in Bereichen zu vermeiden, die nicht unmittelbar zur Stärkung des Potenzials der Wirtschaft beitragen. Zusätzlich soll Lettland weitere Maßnahmen gegen den Inflationsdruck annehmen, auch durch eine verantwortungsvolle Lohnpolitik im öffentlichen Sektor, um die Lohn-Preis-Spirale und die rasche Verschlechterung der Kosten-Wettbewerbsfähigkeit anzuhalten.

## Estland

Der Haushaltsüberschuss soll sich in 2008 auf  $1,3\%$  des BIP im Vergleich zum Vorjahr halbieren. Bis 2011 wird ein Absinken auf  $0,8\%$  des BIP erwartet. Der öffentliche Schuldenstand in Relation zum BIP hat das EU-weit niedrigste Niveau mit  $2,7\%$  in 2007, der bis 2011 auf dann noch  $1,6\%$  sinken soll.

Der Rat stellt fest, dass die makroökonomischen Ungleichgewichte nur nach und nach abgebaut werden sollen und die vorgesehene Abschwächung der Wirtschaftsleistung von Abwärtsrisiken umgeben ist. Der Rat empfiehlt Estland, die Risiken für die makroökonomische Stabilität zu verringern, und zwar durch eine neutrale Finanzpolitik in 2008 und den Folgejahren und dies durch eine angemessene Lohnpolitik im öffentlichen Sektor, weitere Arbeitsmarktreformen und die Aufrechterhaltung des raschen Produktivitätswachstums zu ergänzen, um den Inflationsdruck zu mindern.



## Rumänien

Das Haushaltsdefizit soll für die Jahre von 2007 bis 2009 bei 2,9 % des BIP liegen und damit nur äußerst knapp unterhalb der 3 %-Defizitgrenze. Erst 2010 soll das Defizit auf 2,4 % sinken. Gleichzeitig steigt der öffentliche Schuldenstand in Relation zum BIP, bleibt aber auf relativ niedrigem Niveau. Der Anstieg erfolgt von 11,9 % in 2007 auf 14,9 % in 2010.

Der Rat stellt fest, dass die im Programm dargestellte Haushaltsstrategie nicht mit einer vorsichtigen Haushaltspolitik in Einklang steht und nicht auf eine Rückführung des Defizits hinzielt. Darüber hinaus sind auch die Fortschritte hin zur Erreichung eines mittelfristig strukturell ausgeglichenen Haushalts unzureichend. Aus diesen Gründen fordert der Rat von Rumänien ab 2008 wesentlich ehrgeizigere Haushaltsziele, um das Risiko eines übermäßigen Defizits einzudämmen, die makroökonomische Stabilität zu fördern, die ausufernden Zahlungsbilanzungleichgewichte in den Griff zu bekommen und den Risiken für die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu begegnen. Des Weiteren sollte Rumänien die geplante deutliche Erhöhung der öffentlichen Ausgaben einschränken und die Struktur der Ausgaben sowie deren mittelfristige Planung und

Umsetzung verbessern. Schließlich fordert der Rat, eine Politik zu verfolgen, die den Inflationsdruck eindämmt. Die empfohlene restriktivere Finanzpolitik sollte durch eine angemessene Lohnpolitik im öffentlichen Sektor und durch weitere Strukturreformen ergänzt werden.

## Bulgarien

Die jährlichen Haushaltsüberschüsse sollen nach 3,1 % des BIP in 2007 fortan konstant bei 3,0 % bleiben. Die öffentliche Schuldenstandsquote sinkt kontinuierlich, von 19,8 % des BIP in 2007 auf 16,9 % in 2011.

Der Rat bescheinigt Bulgarien, über die gesamte Laufzeit des Programms eine gesunde Haushaltsposition mit hohen Überschüssen anzustreben. Der Rat empfiehlt Bulgarien, eine prozyklische Ausrichtung der Finanzpolitik zu vermeiden, um makroökonomische Ungleichgewichte zu verringern. Maßnahmen sollten ergriffen werden, um den Inflationsdruck einzudämmen, unter anderem durch eine verantwortungsvolle Lohnpolitik im öffentlichen Sektor. Des Weiteren sollte die Effizienz der öffentlichen Ausgaben erhöht werden, unter anderem durch Reformen auf dem Arbeitsmarkt, im Bildungs- und im Gesundheitswesen.



# Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich

1	Einleitung .....	67
2	Gesamtwirtschaftliche Kennzahlen .....	68
3	Tarifliche Belastung des Gewinns von Kapitalgesellschaften .....	69
4	Nominale Ertragsteuerbelastung natürlicher Personen .....	77
5	Fazit .....	83

- Internationale Vergleiche steuerlicher Regelungen sind schwierig und oft nur begrenzt aussagefähig.
- Grundsätzlich ist in Deutschland die Steuerbelastung kein generelles Problem, allerdings ist die Belastung durch Sozialabgaben vergleichsweise hoch.
- Die im Rahmen der Unternehmensteuerreform 2008 beschlossenen Maßnahmen werden die Standortattraktivität Deutschlands deutlich steigern.

## 1 Einleitung

Der folgende Beitrag basiert auf der Publikation „Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2007“<sup>1</sup> und hebt einige Aspekte der internationalen Besteuerung hervor. Die vorgenommene Eingrenzung soll verhindern, dass durch eine breit gefächerte, aber zu wenig ins Detail gehende Darstellung falsche Schlüsse gezogen werden. Schließlich werden internationale Steuerbelastungsvergleiche von vielen Seiten nachgefragt und auch publiziert. Dabei ist für die Nutzer häufig nicht zu erkennen, dass die jeweiligen Ergebnisse unter bestimmten Prämissen zustande gekommen und vor diesem Hintergrund zu interpretieren sind. Die hier erarbeiteten Vergleiche erstrecken sich auf alle EU-Staaten und einige andere ausgewählte Industriestaaten (die USA, Kanada, Japan, die Schweiz und Norwegen).

Grundsätzlich beschreibt der Beitrag den Rechtsstand zum Ende des Jahres 2007. Da jedoch in Deutschland umfangreiche steuerpolitische Entscheidungen getroffen wurden, die sich künftig stark bemerkbar machen werden,

wurde bzgl. Deutschland vom starren Stichtagsprinzip abgewichen und stattdessen wurden zur Ergänzung der Abbildungen und Tabellen wichtige Einzelaspekte (d. h. Maßnahmen im Kontext der Unternehmensteuerreform 2008 und der Abgeltungsteuer) zusätzlich aufgenommen.

Durch die Unternehmensteuerreform 2008 wird die deutsche Position im internationalen Vergleich und somit die Standortattraktivität Deutschlands deutlich verbessert. Die beschlossenen Maßnahmen führen vor allem zu einer merklichen Senkung der nominalen Steuerbelastung der Unternehmen, einer weitgehenden Gleichbelastung verschiedener Rechtsformen und einer Entflechtung der Finanzströme der Gebietskörperschaften. So wurde der Körperschaftsteuersatz zum 1. Januar 2008 von 25 % auf 15 % gesenkt. Auch wurde die Steuermesszahl der Gewerbesteuer von max. 5 % auf 3,5 % gemindert, sodass sich bei einem Hebesatz von 400 % eine nominale Belastung durch die Gewerbesteuer in Höhe von 14 % ergibt. Inklusive Solidaritätszuschlag von 5,5 % beträgt die nominale Steuerbelastung für Kapitalgesellschaften somit insge-

<sup>1</sup> [www.bundesfinanzministerium.de](http://www.bundesfinanzministerium.de)

samt 29,83 % und wurde gegenüber 2007 um fast neun Prozentpunkte gesenkt.

Hingegen unterliegen Personenunternehmen, die in Deutschland etwa 83 % der Unternehmen ausmachen, der Einkommensteuer, weshalb sie in der Regel steuerlich geringer belastet werden als Kapitalgesellschaften. So beträgt die steuerliche Belastung des Gewinns bei über 90 % der Personen- und Einzelunternehmen bereits heute weniger als 30 %. Um aber auch die Investitionsfähigkeit der Personenunternehmen zu stärken, eine weitgehende steuerliche Gleichbelastung verschiedener Rechtsformen zu erreichen und ertragsstarke, im internationalen Wettbewerb stehende Personenunternehmen zu entlasten, wurde im Rahmen der Unternehmensteuerreform 2008 eine Thesaurierungsbegünstigung eingeführt, wie es sie in ähnlicher Form auch in Dänemark und Österreich gibt. Zusätzlich wurde die Transparenz der Besteuerung erhöht, indem sich die nominale Steuerbelastung von Kapitalgesellschaften zukünftig einfach durch Addition der einzelnen Steuern ermittelt lässt. Bislang war dies nicht möglich, da die Gewerbesteuer sowohl die eigene Bemessungsgrundlage minderte als auch infolge des Betriebsausgabeabzugs diejenigen der Körperschaft- und Einkommensteuer (inkl. Solidaritätszuschlag) verringerte.

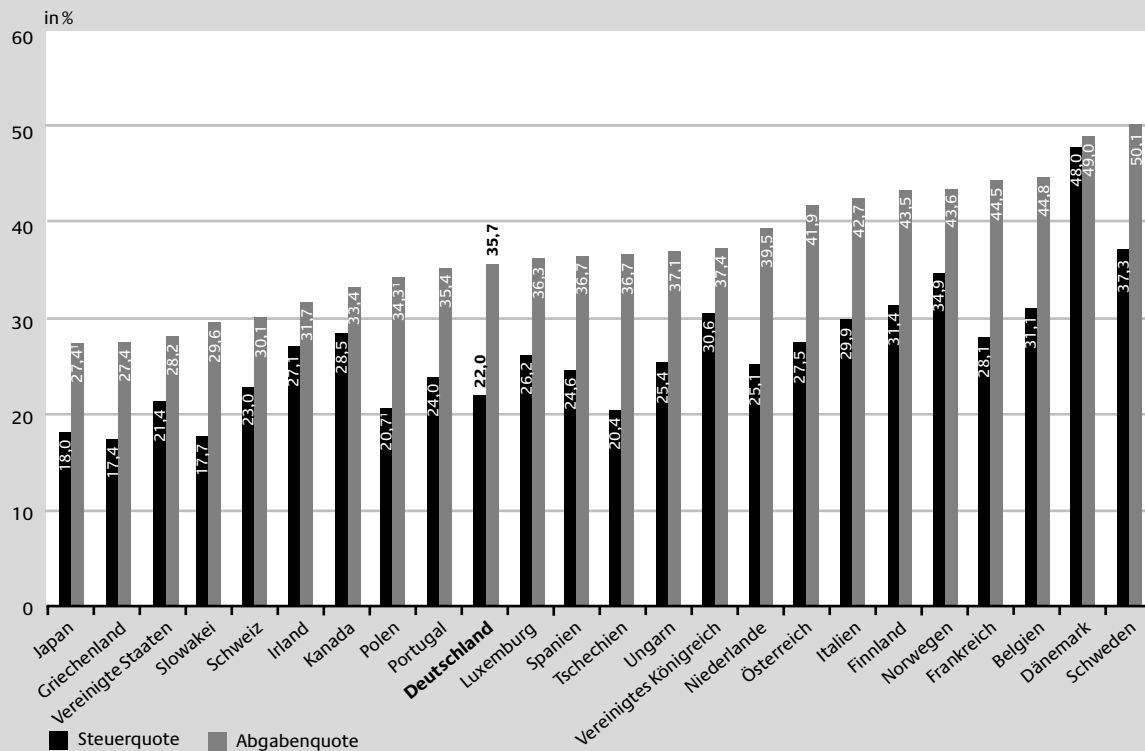
Für das Jahr 2009 ist darüber hinaus die Einführung einer einheitlichen Abgeltungsteuer auf Zinsen, Dividenden und private Veräußerungsgewinne in Höhe von 25 % zzgl. Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer beschlossen worden. Hierdurch wird der Standort Deutschland auch für Kapitalanleger attraktiver. Gleichzeitig wird die Steuererhebung einfacher. Insbesondere können künftig Steuerpflichtige vollständig auf eine Veranlagung verzichten, die derzeit ausschließlich wegen erhaltener Kapitaleinkommen veranlagt werden.

## 2 Gesamtwirtschaftliche Kennzahlen

Um die nationale Belastung durch (in einer Volkswirtschaft gezahlte) Steuern zu ermitteln, werden die sog. Steuerquoten berechnet. Deren Aussagekraft ist aber insbesondere aufgrund der Tatsache begrenzt, dass die in den Vergleich einbezogenen Länder ihre staatlichen Sozialversicherungssysteme im unterschiedlichen Ausmaß über eigenständige Beiträge (die nicht in der Steuerquote enthalten sind) oder aus allgemeinen Haushaltsmitteln und damit über entsprechend höhere Steuern finanzieren. Erst wenn im Rahmen der Abgabenquote die steuerähnlichen Abgaben für das staatliche Sozialversicherungssystem berücksichtigt werden, ist daher die Belastung mit Steuern und Abgaben international vergleichbar. Abbildung 1 (siehe S. 69) enthält beide Quoten.

Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass insbesondere in den nordischen Staaten, aber auch in Frankreich, Belgien, Italien und Österreich die Abgabenquoten vergleichsweise hoch sind, während Japan, aber auch die USA, Griechenland, die Slowakei, die Schweiz und Irland relativ niedrige Abgabenquoten aufweisen. Weiterhin ist ersichtlich, dass in einem solchen internationalen Vergleich die deutsche Steuerquote relativ niedrig ist, während bei Betrachtung der Abgabenquote, d.h. unter Einbeziehung der Sozialversicherungsbeiträge, Deutschland nur eine mittlere Position einnimmt. In diesem Kontext sei darauf hingewiesen, dass hohe Abgabenquoten meist gut ausgebaute Sozial- und Altersversicherungssysteme finanzieren, für die ansonsten private Mittel aufgewandt werden müssten. So ist etwa in den USA das staatliche System der sozialen Sicherung im Vergleich zu Kontinentaleuropa nur rudimentär ausgeprägt. Demzufolge müssen die privaten Haushalte in der Lage sein, eigenständig Vorsorge zu betreiben. Um dies zu ermöglichen, belässt der Staat den Bürgern einen größeren Anteil am Sozialprodukt und entsprechend gering sind daher beispielsweise in den USA Steuer- und Abgabenquote.

Abbildung 1: Steuer- und Abgabenquoten 2006



<sup>1</sup> Stand 2005.

Quelle: OECD (Hrsg.), Revenue Statistics 1965 – 2006, Paris 2007.

### 3 Tarifliche Belastung des Gewinns von Kapitalgesellschaften

Zur Darstellung der Steuerbelastung von Kapitalgesellschaften im internationalen Vergleich gibt es unterschiedliche Ansätze. Grundsätzlich können vorhandene empirische Daten aufbereitet werden, um Schlüsse über die Steuerbelastung der Unternehmen zu ziehen. Allerdings stehen Jahresabschlüsse von Einzelunternehmen aufgrund des Steuergeheimnisses kaum zur Verfügung oder sind bei verbundenen Unternehmen wenig informativ. Auch die vorhandenen Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind nur beschränkt aussagefähig. Am häufigsten werden daher die nominalen und die effektiven Steuersätze für Unternehmen als Belastungsindikatoren herangezogen. Die **nominale Steuerbelastung** lässt sich leicht feststellen; ihr kann eine Art Signalfunktion und eine nicht unerhebliche Bedeutung bei der Ver-

teilung von Buchgewinnen und -verlusten zugesprochen werden. Da sich aber die tatsächliche oder auch effektive Steuerbelastung aus dem Zusammenspiel von Steuerbemessungsgrundlage und Steuersatz ergibt, sind die nominalen Steuersätze eben nur ein erster Indikator.

Aussagekräftiger sind die sog. effektiven Durchschnittssteuersätze, bei denen etwa auch die nationalen Abschreibungsregeln berücksichtigt werden. Allerdings weisen auch die effektiven Steuersätze Probleme auf, die bei der Interpretation der Daten zu berücksichtigen sind. So lassen sich im Rahmen des vorgegebenen mikroökonomischen Modellrahmens nicht alle relevanten Aspekte der steuerlichen Gewinnermittlung erfassen. Insbesondere finden (periodenübergreifende) Verlustausgleichsvorschriften oft keine Anwendung, da in der Regel rentable Investitionen ohne Periodenverluste unterstellt werden. Dies ist angesichts ganz unterschiedlicher nationaler Verlustverrechnungsmöglichkeiten (vgl. hierzu Tabelle 1, S. 70) problematisch.

**Tabelle 1: Periodenübergreifende Verlustberücksichtigung bei der Körperschaftsteuer 2007**

Land	Verlustrücktrag	Verlustvortrag
<b>EU-Staaten</b>		
Belgien	–	Unbegrenzt
Bulgarien	–	5 Jahre
Dänemark	–	Unbegrenzt
Deutschland	1 Jahr (Begrenzt auf 511 500 €)	Unbegrenzt (Bis zu 1 Mio. € p. a. voll abzugsfähig, darüber hinaus Verrechnung nur bis zu 60 % der jährlichen Einkünfte)
Estland	Keine Regelung erforderlich	Keine Regelung erforderlich
Finnland	–	10 Jahre
Frankreich	3 Jahre (Verlustrücktrag führt zu Steuergutschrift, die mit künftigen Steuerschulden verrechnet wird)	Unbegrenzt
Griechenland	–	5 Jahre
Irland	1 Jahr (Bei Betriebsaufgabe 3 Jahre)	Unbegrenzt (Für Verluste aus der gleichen Quelle)
Italien	–	5 Jahre (Für Anlaufverluste der ersten 3 Jahre keine zeitliche Begrenzung)
Lettland	–	5 Jahre
Litauen	–	5 Jahre
Luxemburg	–	Unbegrenzt
Malta	–	Unbegrenzt
Niederlande	1 Jahr	9 Jahre
Österreich	–	Unbegrenzt (Verrechnung von Verlustvorträgen nur bis zu 75 % der jährlichen Einkünfte; Rest wird weiter vorgetragen)
Polen	–	5 Jahre (Beschränkung des Vortrags auf max. 50 % des entstandenen Verlustes pro Berücksichtigungsjahr)
Portugal	–	6 Jahre
Rumänien	–	5 Jahre
Schweden	– (Indirekter Verlustrücktrag jedoch möglich durch Auflösung sogenannter „Periodisierungsrücklagen“ aus den Vorjahren)	Unbegrenzt
Slowakei	–	5 Jahre
Slowenien	–	Unbegrenzt
Spanien	–	15 Jahre
Tschechien	–	5 Jahre
Ungarn	–	Zeitlich unbegrenzt für Verluste aus den ersten drei Steuerjahren (anschließende Verluste nur unter restriktiven Bestimmungen nach Genehmigung durch die Steuerbehörde)
Vereinigtes Königreich	1 Jahr (Bei Betriebsaufgabe 3 Jahre)	Unbegrenzt
Zypern	–	Unbegrenzt

**Anmerkung:** Ohne Beschränkungen durch Gesellschafterwechsel sowie Verluste aus Veräußerung betrieblichen Anlagevermögens (capital losses), die in verschiedenen Staaten Sonderregeln unterliegen.

noch Tabelle 1: Periodenübergreifende Verlustberücksichtigung bei der Körperschaftsteuer 2007

Land	Verlustrücktrag	Verlustvortrag
<b>Andere Staaten</b>		
Japan	1 Jahr	7 Jahre
Kanada	3 Jahre	20 Jahre
Norwegen	– (Ausnahmsweise Rücktrag von 2 Jahren zulässig von Verlusten im Liquidationsjahr einer Gesellschaft)	Unbegrenzt
Schweiz	–	7 Jahre
USA	2 Jahre	20 Jahre

**Anmerkung:** Ohne Beschränkungen durch Gesellschafterwechsel sowie Verluste aus Veräußerung betrieblichen Anlagevermögens (capital losses), die in verschiedenen Staaten Sonderregeln unterliegen.

Konkret sind beispielsweise die überperiodischen Verlustausgleichsregeln in den neuen EU-Mitgliedstaaten, aber auch in Österreich im Vergleich zu Deutschland wesentlich restriktiver. So kennen diese Länder keinen Verlustrücktrag, wie es ihn in Deutschland, Frankreich, Irland, den Niederlanden, dem Vereinigten Königreich, Japan, Kanada und den USA gibt. Somit führt ein aktueller Verlust von 0,5 Mio. € zwar weder in Deutschland, den neuen EU-Mitgliedstaaten, noch in Österreich zu einer Besteuerung, aber nur für Unternehmen in Deutschland ergibt sich aufgrund des Verlustrücktrags eine Erstattung der in der Vorperiode gezahlten Körperschaftsteuer und damit eine in der Rezession nicht zu unterschätzende Liquiditätszufuhr.

Darüber hinaus ist der Verlustvortrag in den neuen EU-Staaten nicht wie in den meisten alten EU-Mitgliedstaaten und somit auch Deutschland zeitlich unbegrenzt möglich, sondern zumeist auf fünf bis sieben Jahre befristet. Letzteres hat zur Folge, dass in den neuen EU-Staaten die Verlustvorträge in langen ertragsschwachen Phasen für die steuerliche Berücksichtigung verloren gehen können. Längere zeitliche Befristungen von neun bis 15 Jahren weisen lediglich die Niederlande, Finnland und Spanien auf, aber auch Kanada und die USA mit jeweils 20 Jahren.

Darüber hinaus werden bei der Ermittlung effektiver Durchschnittssteuersätze meist nur die ertragsabhängigen und den Faktor Kapital

direkt belastende Steuern berücksichtigt. Andere Steuern, etwa Lohnsummensteuern, können den Faktor Kapital in Analogie zur Mehrwertsteuer im Falle einer fehlenden Überwälzung in die Preise aber indirekt belasten. Wenn diese Steuern unberücksichtigt bleiben, führt das zu Verzerrungen, da das Aufkommen dieser von allen Unternehmen zu entrichtenden Steuern oft prozentual höher ist als etwa die in der Darstellung berücksichtigte deutsche oder luxemburgische Gewerbesteuer. So betrug der Anteil der Steuern auf die Lohnsumme am gesamten Steueraufkommen (d.h. Steuereinnahmen und Sozialbeiträge) nach Angaben der OECD im Jahr 2005 in Österreich 6,1 % und in Schweden 4,7 %, der Anteil der Gewerbesteuer in Deutschland aber hingegen nur 4,1 %.

**In der Publikation „Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich“ wird ausschließlich die nominale Steuerbelastung im internationalen Vergleich dargestellt. Ihre Aussagefähigkeit ist allerdings – wie oben dargestellt – begrenzt. Effektive Steuerbelastungsvergleiche, die zumindest wesentliche Aspekte in dieser Hinsicht berücksichtigen, sind dagegen nur mit erheblichem Aufwand zu erstellen. Meist ist dies nur anhand von Modellberechnungen möglich, so dass die Ergebnisse von den gewählten Prämissen abhängen und dementsprechend angreifbar sind.**

Die Tabelle 2 „Körperschaftsteuersysteme und Anteilseignerbesteuerung 2007“ (siehe S. 72)

Tabelle 2: Körperschaftsteuersysteme und Anteilseignerbesteuerung 2007

Staaten	Körperschaftsteuer-Standardsätze (ohne Steuern nachgeordneter Gebietskörperschaften)		Arten und Umfang der Entlastungen beim Anteilseigner (natürliche, ansässige Person)
Klassische Systeme mit Tarifiermäßigung			
Belgien	33 %	Auf Einkommen über 322 500 €; ansonsten Eingangsteilmengentarif 24,25 %, 31% und 34,5 %; 33 % normaler Steuersatz, ohne „Krisenzuschlag“ von 3 % des Steuerbetrags	Abgeltungsteuer 25 % oder Option zur Steuerveranlagung
Bulgarien	10%	–	Abgeltungsteuer 7 %
Dänemark	25 %	–	Kapitalertragsteuer 28 % auf Dividenden; bei Ausschüttungen bis 45 500 DKK Abgeltungswirkung; bei höheren Dividendeneinkünften 43 %, unter Anrechnung der Kapitalertragsteuer
Deutschland 2007	25 %	Ohne Solidaritätszuschlag von 5,5 % des Steuerbetrags	50 % der Dividende steuerfrei
Deutschland 2008	15 %	Ohne Solidaritätszuschlag von 5,5 % des Steuerbetrags	50 % der Dividende steuerfrei
Deutschland 2009	15 %	Ohne Solidaritätszuschlag von 5,5 % des Steuerbetrags	Abgeltungsteuer 25 %
Finnland	26 %	–	Börsennotierte Kapitalgesellschaften: 30 % steuerfrei und 70 % mit 28 % anrechenbarer Kapitalertragsteuer; nicht börsennotierte Kapitalgesellschaften: 9 % des Gesellschaftsvermögens des Anteilseigners, max. 90 000 € steuerfrei; darüber 70 % mit 28 % anrechenbarer Kapitalertragsteuer
Frankreich	33,3 %	Ohne Zuschlag von 1,5 % des Steuerbetrags und Sozialzuschlag von 3,3 % der normalen Körperschaftsteuer für größere Unternehmen mit jährlich mehr als 7,63 Mio. € Umsatz (Steuersatz insgesamt 34,43 % für größere Unternehmen)	40 % der Dividende steuerfrei
Italien	33 %	Ohne 4,25 % lokale Steuer („IRAP“), deren Bemessungsgrundlage von der Staatssteuer aber abweicht (Wertschöpfung, nicht Gewinn!)	Abgeltungsteuer 12,5 % (bei qualifizierten Beteiligungen unterliegen 40 % der Dividende der progressiven Einkommensteuer)
Litauen	15 %	Ohne 3 % Sozialzuschlag; 13 % für Kleinunternehmen	Abgeltungsteuer 15 %
Luxemburg	22 %	Ohne Zuschlag von 4 % des Steuerbetrags für Arbeitslosenfonds; ermäßigter Satz 20 % für Einkommen bis 10 000 € und 26 % für Einkommen von 10 001 € bis 15 000 €	50 % der Dividende steuerfrei
Niederlande	25,5 %	Auf Einkommen über 60 000 €; 20 % für Einkommen bis 25 000 € und 23,5 % für Gewinne von 25 001 € bis 60 000 €	Einkommensteuersatz 25 % auf Dividenden aus wesentlichen Beteiligungen (ab 5 %); ansonsten pauschale Besteuerung eines fiktiven Kapitalertrags mit 30 %
Norwegen	28 %	–	Dividenden bis zu einem Bruchteil der Anschaffungskosten der Beteiligung bleiben steuerfrei
Österreich	25 %	–	Abgeltungsteuer 25 % oder halber Durchschnittssteuersatz bei Option zur Steuerveranlagung
Polen	19 %	–	Abgeltungsteuer 19 %
Portugal	25 %	Ohne Gemeindezuschlag von bis zu 1,5 % des Gewinns; ermäßigter Steuersatz von 20 % für bestimmte Gesellschaften mit einem jährlichen Gesamtumsatz unter 149 639,37 € und unter weiteren Voraussetzungen	Abgeltungsteuer 20 % oder Option zur Steuerveranlagung wobei 50 % der Dividende steuerfrei bleiben
Rumänien	16 %	–	Abgeltungsteuer 16 %
Schweden	28 %	–	Pauschaleinkommensteuersatz von 30 % auf Dividenden; keine Option für Steuerveranlagung möglich
Slowenien	23 %	–	20 % Abgeltungsteuer



## noch Tabelle 2: Körperschaftsteuersysteme und Anteilseignerbesteuerung 2007

Staaten	Körperschaftsteuer-Standardsätze (ohne Steuern nachgeordneter Gebietskörperschaften)		Arten und Umfang der Entlastungen beim Anteilseigner (natürliche, ansässige Person)
Klassische Systeme mit Tarifiermäßigung			
Spanien	32,5 %	Für Betriebe mit einem Jahresumsatz unter 8 Mio. € ermäßigt sich der Satz auf 25 % auf die ersten 120 202,41 € des Gewinns und auf 30 % für den übersteigenden Betrag. Mehrere Sondersätze.	Pauschaleinkommensteuersatz 18 %
Tschechien	24 %	–	15 % Abgeltungsteuer
Ungarn	16 %	Ohne den ab 1.9.2006 eingeführten Solidaritätszuschlag von 4 %	30 % der Dividenden werden mit 25 % und 70 % der Dividenden mit 35 % besteuert
USA	35 %	Corporation Income Tax des Bundes 35 % mit ermäßigten Eingangssätzen, die ab Einkommen von 100 000 \$ auslaufen	Einkommensteuersatz 15 % auf Dividenden von inländischen Kapitalgesellschaften oder vergleichbaren anderen Körperschaften
Klassische Systeme ohne Tarifiermäßigung			
Irland	12,5 %	Für gewerbliches Einkommen; für nichtgewerbliches Einkommen 25 %; 20 % für Veräußerungsgewinne; 10 % für Herstellerbetriebe (auslaufend bis 2010)	Besteuerung beim Anteilseigner nach dem allgemeinen Tarif
Schweiz	8,5 %	–	Besteuerung beim Anteilseigner nach dem allgemeinen Tarif
Vollanrechnungssysteme			
Malta	35 %	–	Vollanrechnung; mit Einbeziehung der Steuergutschrift in das Einkommen
Teilanrechnungssysteme			
Japan	30 %	–	Anrechnung von 5 % oder 10 % der Ausschüttung, abhängig vom Gesamteinkommen; ohne Einbeziehung der Steuergutschrift in das Einkommen
Kanada	22,12 %	–	Die Bemessungsgrundlage beim Anteilseigner bildet die ausgeschüttete Dividende zzgl. eines Aufstockungsbetrags von 45 %; 11/18 dieses Aufstockungsbetrags werden auf die Einkommensteuer des Anteilseigners angerechnet.
Vereinigtes Königreich	30 %	Auf Einkommen ab 1 500 000 £; ansonsten Eingangsteilmengentarif 20 % auf Einkommen bis 300 000 £ und 32,5 % auf Einkommen von 300 001 £ bis 1 500 000 £	Die Bemessungsgrundlage beim Anteilseigner bildet die ausgeschüttete Dividende zzgl. eines Aufstockungsbetrags von 1/9; dieser Aufstockungsbetrag wird auf die Einkommensteuer des Anteilseigners angerechnet.
Steuerbefreiungssysteme			
Estland	22 %	Gewinnausschüttungsteuer; 0 % bei Thesaurierung	Keine Besteuerung beim Anteilseigner
Griechenland	25 %	20 % für Personengesellschaften, die in Griechenland körperschaftsteuerpflichtig sind	Keine Besteuerung beim Anteilseigner
Lettland	15 %	–	Keine Besteuerung beim Anteilseigner
Slowakei	19 %	–	Keine Besteuerung beim Anteilseigner
Zypern	10 %	25 % für öffentliche Körperschaften	Keine Besteuerung beim Anteilseigner; jedoch Verteidigungsabgabe von 15 %

gibt Informationen zur derzeitigen Höhe der staatlichen Körperschaftsteuertarife sowie zu Art und Umfang der Entlastung der Dividenden beim Anteilseigner. Diese Entlastung dient dazu, Doppelbelastungen ausgeschütteter Gesell-

schaftsgewinne durch die Körperschaftsteuer der Gesellschaft und die Einkommensteuer des Anteilseigners zu verhindern oder zumindest abzumildern; fast alle Staaten haben inzwischen entsprechende Systeme eingeführt. Nur noch

Irland und die Schweiz sind Staaten ohne Entlastung ausgeschütteter Gewinne auf der Ebene des Anteilseigners („Klassische Systeme ohne Tarifiermäßigung“), haben aber als Ausgleich vergleichsweise niedrige allgemeine Körperschaftsteuertarife. Fünf Länder besteuern die Gewinne nur bei der Gesellschaft, so dass Dividenden beim Anteilseigner steuerfrei bleiben (Griechenland, Estland, Lettland, Slowakei und Zypern). Zum gleichen Ergebnis kommt aber auch Malta, indem die Körperschaftsteuer auf ausgeschüttete Gewinne dem Einkommensteuersatz auf die Dividenden entspricht und voll auf die Einkommensteuer angerechnet wird (Vollanrechnungsverfahren). Zu beachten ist noch, dass nur Estland einen gespaltenen Steuersatz auf Unternehmensebene aufweist. Thesaurierte Gewinne unterliegen einer Nullbelastung, ausgeschüttete Gewinne werden mit 22 % besteuert.

Im Vorjahresvergleich zeigt sich, dass der in den letzten beiden Jahrzehnten international zu beobachtende Trend zur Senkung der (nominalen) Körperschaftsteuersätze weiter anhält. So haben von 2006 zu 2007 folgende Staaten ihre Körperschaftsteuertarife herabgesetzt:

- Bulgarien von 15 % auf 10 %,
- Dänemark von 28 % auf 25 %,
- Estland den Ausschüttungssteuersatz von 23 % auf 22 %, der Thesaurierungssteuersatz beträgt weiterhin 0 %,
- Griechenland von 29 % auf 25 %,
- Litauen von 19 % auf 18 % durch Senkung des Sozialzuschlags von 4 % auf 3 %,
- die Niederlande von 29,6 % auf 25,5 %,
- Portugal von 27,5 % auf 26,5 % (inkl. Gemeindezuschlag),
- Slowenien von 25 % auf 23 % und
- Spanien von 35 % auf 32,5 %.

Lediglich in Ungarn kam es durch Einführung eines Solidaritätszuschlages ab 1. September 2006 zu einer Erhöhung der nominalen Steuerbelastung von 20,52 % auf 21,28 %.

Weitere Tarifsenkungen sind, z. T. im Rahmen von Steuerreformen, angekündigt oder sogar schon gesetzlich vorgesehen. Dies gilt v. a. für

- Deutschland von 38,65 % (2007) auf 29,83 % (2008),

- Estland von 22 % (2007) auf 21 % (2008) und 20 % (2009),
- Italien von 33 % (2007) auf 27,5 % (2008),
- Polen, mittelfristige Senkung von 19 % auf 10 %,
- Slowenien von 23 % (2007) auf 22 % (2008), 21 % (2009) und 20 % (2010),
- Spanien von 32,5 % (2007) auf 30 % (2008),
- Tschechien von 24 % schrittweise bis 2010 auf 19 % und
- Vereinigtes Königreich von 30 % (2007) auf 28 % (2008).

Während Tabelle 2 (siehe S. 72) die gesamtstaatlichen Körperschaftsteuern ohne Berücksichtigung von Zuschlägen und von Steuern der Unterverbände (Einzelstaaten, Provinzen, Regionen, Gemeinden usw.) enthält, wird in Tabelle 3 (siehe S. 75) berücksichtigt, dass in mehreren Ländern neben dem Zentralstaat noch von den Unterverbänden eigene Körperschaftsteuern bzw. ihnen ähnliche Steuern, wie z. B. in Deutschland und Luxemburg die Gewerbesteuer, erhoben werden. Gleiches gilt für zuvor nicht berücksichtigte Zuschläge und Ähnliches des Zentralstaates und/oder der Gebietskörperschaften. So hat Ungarn zum 1. September 2006 einen Solidaritätszuschlag von vier Prozentpunkten auf die Körperschaftsteuer eingeführt, weshalb die tatsächliche nominale Belastung durch den Zentralstaat nunmehr 20 % beträgt. Die Tarife aller dieser die Kapitalgesellschaften belastenden Unternehmensteuern sind in der Tabelle 3 „Unternehmensbesteuerung 2007 im internationalen Vergleich“ zusammengestellt (siehe S. 75). Zu beachten ist hierbei, dass häufig die von lokalen Gebietskörperschaften erhobenen Steuern von der Steuerbemessungsgrundlage der übergeordneten Gebietskörperschaften abzugsfähig sind (etwa in Ungarn, der Schweiz und den USA). Die Gesamtsteuerbelastung auf Unternehmensebene ergibt sich dann nicht als einfache Addition der nominalen Steuersätze der unterschiedlichen Steuern.

Um Aussagen über die Gesamtbelastung ausgeschütteter Gewinne treffen zu können, reicht es allerdings nicht aus, die Steuersätze – einschließlich sonstiger zusätzlich zu der Körperschaftsteuer erhobener Steuern und Zuschläge – auf die Unternehmensgewinne zu betrachten. Vielmehr ist neben den auf Unternehmensebene

**Tabelle 3: Unternehmensbesteuerung 2007 im internationalen Vergleich**  
**Tarifliche Belastung des Gewinns von Kapitalgesellschaften 2007 (nominal)**  
**in % (Körperschaftsteuern, Gewerbeertragsteuern und vergleichbare andere**  
**Steuern des Zentralstaats und der Gebietskörperschaften)**

Staaten	Zentralstaat	Gebietskörperschaften	Zusammen
<b>EU-Staaten</b>			
Belgien <sup>1</sup>	33,99	–	33,99
Bulgarien	10	–	10
Dänemark	25	–	25
Deutschland 2007	26,38 <sup>2</sup>	16,67 <sup>3</sup>	38,65
Deutschland 2008	15,83 <sup>2</sup>	14	29,83
Estland	22 <sup>4</sup>	–	22
Finnland	26	–	26
Frankreich <sup>1</sup>	34,43	–	34,43
Griechenland	25 <sup>5</sup>	–	25
Irland	12,5	–	12,5
Italien	33	4,25 <sup>6</sup>	37,25
Lettland	15	–	15
Litauen <sup>1</sup>	18 <sup>7</sup>	–	18
Luxemburg <sup>1</sup>	22,88	6,75	29,63
Malta	35	–	35
Niederlande <sup>1</sup>	25,5	–	25,5
Österreich	25	–	25
Polen	19	–	19
Portugal (Lissabon) <sup>1</sup>	25	1,5 <sup>8</sup>	26,5
Rumänien <sup>1</sup>	16	–	16
Schweden	28	–	28
Slowakei	19	–	19
Slowenien	23	–	23
Spanien <sup>1</sup>	32,5	–	32,5
Tschechien	24	–	24
Ungarn <sup>1</sup>	20 <sup>10</sup>	2 <sup>3</sup>	21,28
Vereinigtes Königreich <sup>1</sup>	30	–	30
Zypern	10	–	10
<b>Andere Staaten</b>			
Japan <sup>1</sup>	30	13,5 <sup>9</sup>	40,87
Kanada (Ontario)	22,12	14	36,12
Norwegen	28	–	28
Schweiz (Zürich)	8,5 <sup>11</sup>	18,6 <sup>11</sup>	21,3
USA (New York) <sup>1</sup>	35	7,5 <sup>12</sup>	39,88

### noch Tabelle 3: Unternehmensbesteuerung 2007 im internationalen Vergleich Tarifliche Belastung des Gewinns von Kapitalgesellschaften 2007 (nominal) in % (Körperschaftsteuern, Gewerbeertragsteuern und vergleichbare andere Steuern des Zentralstaats und der Gebiets- körperschaften)

<sup>1</sup> Diese Staaten wenden ermäßigte Tarifeingangssätze oder weitere andere Sondersätze an.

<sup>2</sup> Inklusive 5,5 % Solidaritätszuschlag.

<sup>3</sup> Gewerbesteuer (hier pauschaler Ansatz); mindert als Betriebsausgabe die Bemessungsgrundlage der Körperschaftsteuer.

<sup>4</sup> Gewinnausschüttungsteuer; 0 % bei Thesaurierung.

<sup>5</sup> 20 % für Personengesellschaften, die in Griechenland körperschaftsteuerpflichtig sind.

<sup>6</sup> Standardsatz IRAP; Bemessungsgrundlage ist – anders als bei Staatssteuer – die „Wertschöpfung“, nicht der „Gewinn“.

<sup>7</sup> Einschließlich 3 % Sozialsteuern.

<sup>8</sup> Gemeindeforschlag (maximal 1,5 % auf den Gewinn).

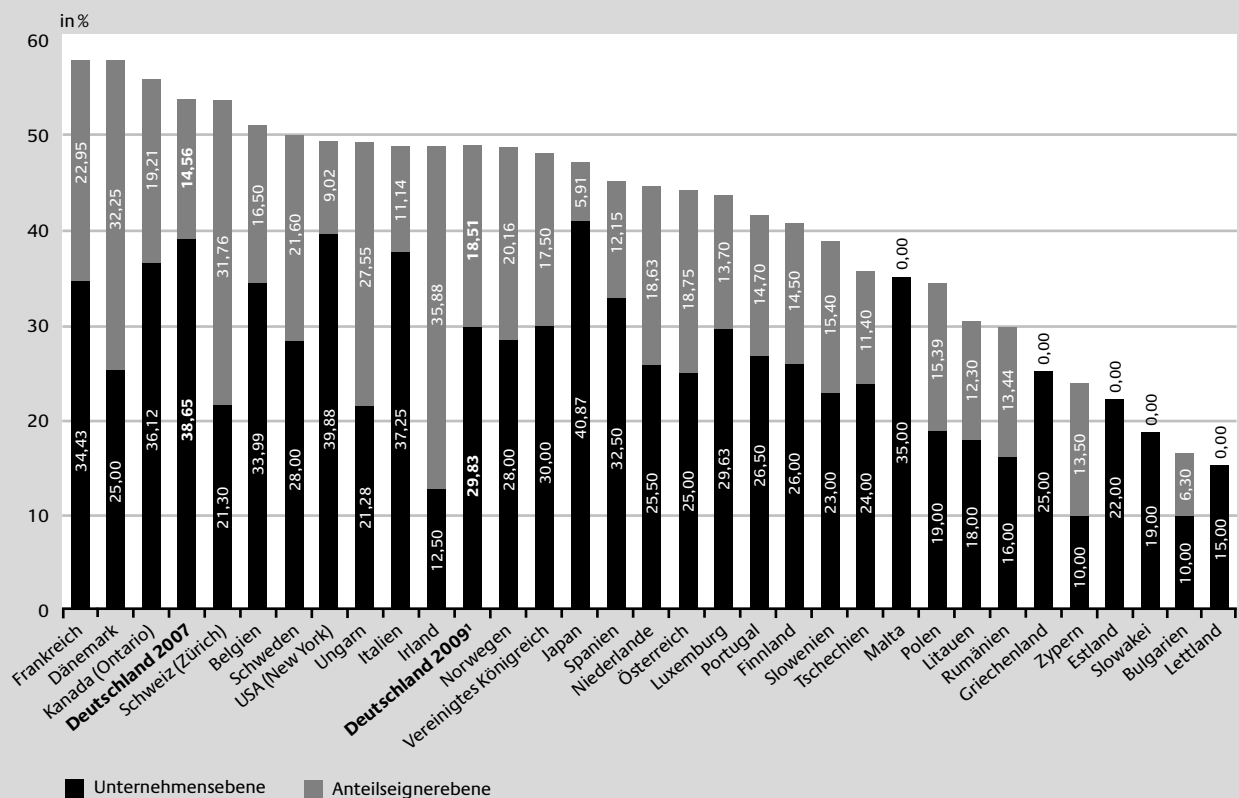
<sup>9</sup> Einschließlich – bei Steuer des Zentralstaats – abzugsfähiger Gewerbesteuer (Corporation Enterprise Tax, hier 9,6 %) und Zuschläge der Präfekturen und Gemeinden auf die Steuer des Zentralstaats (hier Durchschnittswert).

<sup>10</sup> Inklusive 4 % Solidaritätszuschlag ab 1. September 2006.

<sup>11</sup> Steuern mindern die eigene Bemessungsgrundlage.

<sup>12</sup> Ohne New York City General Corporation Tax i. H. v. 8,85 % der Stadt New York.

### Abbildung 2: Maximalbelastung (nominal) auf Unternehmens- und Anteilseignerebene bei Vollausschüttung 2007



<sup>1</sup> 2009 tritt die Abgeltungsteuer in Kraft.

zu entrichtenden Steuern auch noch die Besteuerung des Anteilseigners selbst zu berücksichtigen. Diese gestaltet sich sehr vielfältig, wie die Tabelle 2 bereits angedeutet hat: Teilweise werden ausgeschüttete Gewinne gar nicht mehr beim Anteilseigner besteuert, in einigen Ländern nur noch zu einem gewissen Teil und in anderen Ländern vollständig. Somit kommt sowohl den Steuersätzen als auch dem Umfang der Besteuerung der Dividenden großes Gewicht zu. In der Abbildung 2 (siehe S. 76) ist für den Fall der Ausschüttung die sich beim Anteilseigner ergebende maximale Belastung dargestellt. In Ländern mit einer Veranlagungsoption kann die Steuerbelastung geringer als abgebildet sein. Erhält etwa ein Aktionär in Deutschland, der sonst keine weiteren Einkünfte hat, Dividendenerträge in Höhe von 7 000 €, so ergibt sich allein aufgrund der Wirkung des steuerlichen Grundfreibetrags keine Steuerbelastung auf Anteilseignerebene. Hingegen ergibt sich in Ländern mit einer definitiven Abgeltungsteuer – etwa Schweden – immer eine Belastung auf Anteilseignerebene, unabhängig von der Einkommenshöhe.

## 4 Nominale Ertragsteuerbelastung natürlicher Personen

Die beiden nächsten Tabellen enthalten Informationen zu den nationalen Einkommensteuertarifen für Erwerbseinkommen eines Alleinstehenden. In der Tabelle 4 „Einkommensteuereingangssatz des Zentralstaats und der Gebietskörperschaften sowie sonstige Zuschläge 2007“ (siehe S. 78) sind die tariflichen Eingangssteuersätze, sonstige Zuschläge und die persönlichen Entlastungen durch auf die Person bezogene Steuerabsetzbeträge, Grundfreibeträge und sog. Nullzonen im Tarif dargestellt. Steuerabsetzbeträge werden von der Steuerschuld abgezogen, so dass im Gegensatz zu Grundfreibeträgen und sog. Nullzonen die Steuerprogression für die Entlastungswirkung keine Rolle spielt. Bei Grundfreibeträgen und Nullzonen ist hingegen die effektive Steuerentlastung abhängig vom Grenzsteuersatz und damit vom Steuertarif.

In einer Reihe von Ländern, d. h. in Belgien, Finnland, Griechenland, Lettland, Litauen, Malta, Schweden, Slowakei, Slowenien, Spanien, dem Vereinigten Königreich, aber auch in Kanada und den USA, wurde von 2006 auf 2007 der Grundfreibetrag erhöht. Hingegen erfolgte einzig in der Schweiz eine Absenkung. Vergleichsweise geringe Veränderungen ergaben sich beim Eingangssteuersatz; hier erfolgten lediglich in Dänemark, Estland und den Niederlanden leichte Steuersatzsenkungen. Am bemerkenswerten war die in Spanien zu verzeichnende deutliche Erhöhung von 15 % auf 24 %. Diese resultierte aus der Umstellung von dem bis dato fünfstufigen auf einen vierstufigen Einkommensteuertarif, wobei die maximale Tarifstufe zwar von 45 % auf 43 % gesenkt, jedoch die niedrigste Tarifstufe – allerdings unter deutlicher Erhöhung persönlicher Freibeträge – um neun Prozentpunkte angehoben wurde.

In mehreren Staaten mit vergleichsweise hohen Tarifeingangssätzen werden die gesetzlichen Sozialversicherungen überwiegend steuerfinanziert, so z. B. in den nordischen Staaten und den Niederlanden. Dies schränkt die Aussagekraft der nominalen Eingangssteuersätze ein.

**Tabelle 4: Einkommensteuereingangssatz des Zentralstaats und der Gebietskörperschaften sowie sonstige Zuschläge 2007<sup>1</sup>**

Staaten	Eingangssatz Staat <sup>2</sup> + Gebietskörperschaften + sonstige Zuschläge		Eingangssatz des Tarifs reicht bis zu		Persönliche Entlastungen			
					Steuerabsetzbetrag		Grundfreibetrag/ Nullzone im Tarif	
			in Landeswährung	in € <sup>3</sup>	in Landeswährung	in € <sup>3</sup>	in Landeswährung	in € <sup>3</sup>
<b>EU-Staaten</b>								
Belgien	Staat 25 % Gemeinde Brüssel 7,0 % <sup>4</sup> Zuschlag auf Staatssteuer insgesamt 1,75 % 26,75 %		7 420 €	7 420	–	–	6 040 €	6 040
Bulgarien	20 %		3 000 BGN	1 534	–	–	2 400 BGN	1 227
Dänemark	Staat 5,48 % Gemeinden <sup>4</sup> 32,577 % insgesamt 38,057 %		272 600 DKK	36 635	2 165 DKK	291	–	–
			–	–	–	–	–	–
Deutschland	15 %		7 665 €	7 665	–	–	7 664 €	7 664
Estland	22 %		–	–	–	–	24 000 EEK	1 534
Finnland	Staat 9,0 % <sup>5</sup> Gemeinden 18,6 % <sup>4,5</sup> insgesamt 27,4 %		20 400 €	20 400	–	–	12 399 € <sup>6</sup>	12 399
					–	–	–	–
Frankreich	Staat 5,50 % Zuschlag Sozialsteuern insgesamt 8,0 % 13,5 %		11 198 €	11 198	–	–	5 614 €	5 614
					–	–		
Griechenland	15 %		12 000 €	12 000	–	–	10 500 € <sup>7</sup>	10 500
Irland	20 %		34 000 €	34 000	1 760 €	1 760	–	–
Italien <sup>8</sup>	Staat 23 % Regionen 1,15 % <sup>9</sup> insgesamt 24,15 %		15 000 €	15 000	–	–	–	–
					–	–	–	–
Lettland	25 %		–	–	–	–	600 LVL	861
Litauen	27 % <sup>10</sup>		–	–	–	–	3 840 LTL	1 112
Luxemburg	Staat 8 % Zuschlag 2,5 % des Steuerbetrags für Arbeitslosenfonds insgesamt 0,2 % 8,2 %		11 400 €	11 400	–	–	9 750 €	9 750
Malta	15 %		5 500 MTL	12 812	–	–	3 250 MTL	7 570
Niederlande	33,65 % <sup>11</sup>		17 319 €	17 319	2 043 €	2 043	–	–
Österreich	38,33 %		25 000 €	25 000	–	–	10 000 €	10 000
Polen	19 %		43 405 PLN	11 519	572,54 PLN	151,94	–	–
Portugal	10,5 %		4 544 €	4 544	221,65 €	221,65	–	–
Rumänien	16 %		–	–	–	–	250 RON <sup>12</sup>	80
Schweden	Staat 20 % <sup>13</sup> Gemeinden 31,6 % <sup>4</sup> insgesamt 51,6 %		476 700 SEK	51 904	–	–	316 700 SEK <sup>14</sup> 11 900 SEK <sup>14</sup>	34 483 1 296
Slowakei	19 %		–	–	–	–	95 616 SKK <sup>15</sup>	2 869
Slowenien	16 %		6 800 €	6 800	–	–	2 800 €	2 800

## noch Tabelle 4: Einkommensteuereingangssatz des Zentralstaats und der Gebietskörperschaften sowie sonstige Zuschläge 2007<sup>1</sup>

Staaten	Eingangssatz Staat <sup>2</sup> + Gebietskörperschaften + sonstige Zuschläge		Eingangssatz des Tarifs reicht bis zu		Persönliche Entlastungen			
					Steuerabsetzbetrag		Grundfreibetrag/ Nullzone im Tarif	
			in Landeswährung	in € <sup>3</sup>	in Landeswährung	in € <sup>3</sup>	in Landeswährung	in € <sup>3</sup>
<b>EU-Staaten</b>								
Spanien	24	%	17 360 €	17 360	–	–	5 050 €	5 050
Tschechien	12	%	121 200 CZK	4 274	7 200 CZK	254		
Ungarn	18	%	1 700 000 HUF	6 885	108 000 HUF <sup>16</sup>	437	–	–
Vereinigtes Königreich	10	%	2 230 £	3 307	–	–	5 225 £	7 748
Zypern	20	%	15 000 CYP	25 680	–	–	10 000 CYP	17 120
<b>Andere Staaten</b>								
Japan	Staat	5	1,95 Mio. ¥	11 693	– <sup>15</sup>	–	380 000 ¥	2 279
	Präfekturen	4	–	–	– <sup>15</sup>	–	2 Mio. ¥	11 993
	Gemeinden	6	–	–	– <sup>15</sup>	–	2 Mio. ¥	11 993
Kanada	Bund	15,5	37 178 can\$	25 788	–	–	8 929 can\$	6 193
	Provinz Ontario	6,05	35 488 can\$	24 615	–	–	8 553 can\$	5 933
Norwegen	Staat	9	650 000 NOK	81 885			400 000 NOK	50 391
	Gemeindesteuer	28						
	Insgesamt	37					37 000 NOK	4 661
Schweiz	Bund	0,77	29 800 sfr	17 988	–	–	13 600 sfr	8 209
	Kanton Zürich und Gemeinde Zürich	4,44	10 500 sfr	6 338	–	–	6 200 sfr	3 742
USA	Bund	10	7 825 \$	5 705			3 400 \$ <sup>19,20</sup>	2 479
	Staat New York	4	8 000 \$	5 833				
	Stadt New York	2,907	12 000 \$	8 749				

<sup>1</sup> Grundtarif für Alleinstehende, sofern es verschiedene Tarife nach dem Familienstand gibt; auf Erwerbseinkommen des Jahres 2006 bzw. 2007.

<sup>2</sup> Tarifsyste: bei nachgeordneten Gebietskörperschaften z. T. Proportionalsätze, z. T. Zuschläge zur Steuerschuld, ansonsten progressive Teilmententartarife; Ausnahme: Deutschland (Formeltarif).

<sup>3</sup> Soweit erforderlich erfolgt die Umrechnung der Landeswährungen über Umsatzsteuer-Umrechnungskurse Juli 2007.

<sup>4</sup> Durchschnittssatz.

<sup>5</sup> Steuersatz für Erwerbseinkünfte; Kapitaleinkünfte unterliegen nur der Staats-, nicht der Gemeindesteuer, mit einem Steuersatz von 28%.

<sup>6</sup> Verschiedene persönliche Freibeträge und Grundfreibeträge laufen für höhere Einkommen aus.

<sup>7</sup> Freibetrag von 12 000 € für Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit.

<sup>8</sup> Ohne lokale Steuer auf produktive Tätigkeiten von 4,25 %, deren Bemessungsgrundlage von der Staatssteuer aber abweicht (Wertschöpfung, nicht Gewinn!).

<sup>9</sup> Unterschiedliche Zuschläge zwischen 0,9 % und 1,4 %, hier Durchschnitt. Zusätzlich Gemeindezuschlag bis zu 0,5 % möglich, hier nicht berücksichtigt, da selten.

<sup>10</sup> Allg. Steuersatz; 15 % für andere Einkünfte (z. B. Kapitalvermögen, Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung).

<sup>11</sup> Davon entfallen 31,15 % auf die allgemeine gesetzliche Sozialversicherung; hier nur Tarif auf Arbeitseinkommen und den Nutzungswert selbstgenutzten Wohnraums.

<sup>12</sup> Neu: Maximum; entfällt ab einem Einkommen von 3 000 RON (= 957 €).

<sup>13</sup> Steuersatz für Erwerbseinkünfte; Kapitaleinkünfte unterliegen nur der Staats-, nicht der Gemeindesteuer, mit einem Steuersatz von 30 %.

<sup>14</sup> Freibetrag von 316 700 SEK (= 34 483 €) nur bei staatlicher Steuer; Freibetrag von 11 900 SEK (= 1 296 €) bei gemeindlicher Steuer, erhöht sich für niedrigere Einkommen.

<sup>15</sup> Neu: gilt bis zu einem Einkommen von 498 000 SKK (= 14 943 €); bei Einkommen von mehr als 880 464 SKK (= 26 420 €) entfällt der Freibetrag.

<sup>16</sup> Höchstbetrag bei Einkünften aus nichtselbstständiger Arbeit; läuft für hohe Einkünfte schrittweise aus.

<sup>17</sup> Neu: staatliche Zusatzsteuer.

<sup>18</sup> Neu: 28 % Flat Tax (Steuer der Gemeinden 21 % zzgl. Finanzausgleichsteuer 7 %).

<sup>19</sup> Zuzüglich „standard deduction“ (allgemeiner Pauschbetrag für Werbungskosten/Sonderausgaben) von 5 350 \$ (= 3 901 €).

<sup>20</sup> Maximum; läuft mit steigendem Einkommen aus.

<sup>21</sup> Aber: „standard deduction“ 7 500 \$ (= 5 468 €).

**Tabelle 5: Einkommensteuerspitzensatz des Zentralstaats und der Gebietskörperschaften sowie sonstige Zuschläge 2007<sup>1</sup>**

Staaten	Spitzensteuersatz Staat + Gebietskörperschaften + sonstige Zuschläge			Spitzensteuersatz beginnt oberhalb eines zu versteuernden Einkommens von	
				in Landeswährung	in € <sup>2</sup>
EU-Staaten					
Belgien	Staat	50	%	32 270 €	32 270
	Gemeinde und Verbände (Brüssel) 7,0 % Zuschlag auf Staatssteuer (Durchschnitt)	3,5	%		
	insgesamt	53,5	%		
Bulgarien		24	%	7 200 BGN	3 681
Dänemark	Plafond (höchstens)	59	%	<sup>3</sup>	
Deutschland		45,0	% <sup>4</sup>	250 000 €	250 000
	5,5 % Solidaritätszuschlag	2,48	%		
	insgesamt	47,48	%		
Estland		22	%	Flat Tax	
Finnland	Staat	32,0	%	60 800 €	60 800
	Gemeinden (Durchschnitt)	18,6	%		
	insgesamt	50,4	%		
Frankreich	Staat	40	%	66 679 €	66 679
	Zuschlag Sozialsteuern	8,00	%		
	insgesamt	48	%		
Griechenland		40	%	75 000 €	75 000
Irland		41	%	34 000 €	34 000
Italien	Staat <sup>5</sup>	43	%	75 000 €	75 000
	Regionen <sup>6</sup>	1,15	%		
	insgesamt	44,15	%		
Lettland		25	%	Flat Tax	
Litauen		27	%	Flat Tax	
Luxemburg	Staat	38	%	34 500 €	34 500
	Zuschlag 2,5 % des Steuerbetrags für Arbeitslosenfonds	0,95	%		
	insgesamt	38,95	%		
Malta		35	%	6 750 MTL	15 723
Niederlande		52	%	53 064 €	53 064
Österreich		50	%	51 000 €	51 000
Polen		40	%	85 528 PLN	22 697
Portugal		42	%	61 260 €	61 260
Rumänien		16	%	Flat Tax	



## noch Tabelle 5: Einkommensteuerspitzensatz des Zentralstaats und der Gebietskörperschaften sowie sonstige Zuschläge 2007<sup>1</sup>

Staaten	Spitzensteuersatz Staat + Gebietskörperschaften + sonstige Zuschläge		Spitzensteuersatz beginnt oberhalb eines zu versteuernden Einkommens von	
			in Landeswährung	in €²
EU-Staaten				
Schweden	Staat Gemeinden (Durchschnitt)  insgesamt	25 % 31,6 % <hr/> 56,6 %	476 700 SEK <sup>7</sup>	51 904
Slowakei		19 %	Flat Tax	
Slowenien		41 %	13 600 €	13 600
Spanien		43 %	52 360 €	52 360
Tschechien		32 %	331 200 CZK	11 679
Ungarn	Staat Solidaritätssteuer  insgesamt	36 % 4 % <hr/> 40 %	1 700 000 HUF 6 748 850 HUF	6 885 27 334
Vereinigtes Königreich		40 %	34 600 £	51 305
Zypern		30 %	20 000 CYP	34 240
Andere Staaten				
Japan	Staat Präfekturen Gemeinden  insgesamt	40 % 4 % 6 % <hr/> 50 %	18 Mio. ¥ Flat Tax Flat Tax  –	107 940   –
Kanada (nach Provinzen und Territorien unter- schiedlich)	Bund Provinz Ontario  insgesamt	29 % 17,41 % <hr/> 46,41 %	120 887 can \$ 70 976 can \$	83 850 49 231
Norwegen	Staat Gemeindesteuer  insgesamt	12 % 28 % <hr/> 40 %	650 000 NOK Flat Tax	81 885
Schweiz (nach Kantonen und Gemeinden unter- schiedlich)	Bund Kanton Zürich und Gemeinde Zürich  insgesamt	11,5 % 28,86 % <hr/> 40,36 %	712 500 sfr 234 900 sfr	430 072 141 788
USA (nach Einzel- staaten, Gemeinden und Bezirken unter- schiedlich)	Bund Staat New York Stadt New York  insgesamt	35 % 6,85 % <sup>8</sup> 3,648 % <sup>8</sup> <hr/> 41,82 %	349 700 \$ 20 000 \$ 50 000 \$	254 958 14 582 36 454

<sup>1</sup> Grundtarif für Alleinstehende, sofern es verschiedene Tarife nach dem Familienstand gibt; auf Erwerbseinkommen des Jahres 2006 bzw. 2007.

<sup>2</sup> Soweit erforderlich erfolgt die Umrechnung der Landeswährungen über Umsatzsteuer-Umrechnungskurse Juli 2007.

<sup>3</sup> Wenn die Summe aus dem nationalen und den lokalen Steuersätzen insgesamt 59 % übersteigt, wird der nationale Steuersatz um den übersteigenden Prozentsatz gekürzt; Grenzbelastung beginnt abhängig von der Zusammensetzung der Einkünfte bei unterschiedlichen Beträgen.

<sup>4</sup> Neu: Tarifbegrenzung bei Gewinneinkünften auf 42 %.

<sup>5</sup> Zuzüglich lokale Steuer auf produktive Tätigkeiten von 4,25 % der Wertschöpfung (nicht Gewinn!).

<sup>6</sup> Unterschiedliche Zuschläge zwischen 0,9 % und 1,4 %, hier Durchschnitt. Zusätzlich Gemeindezuschlag bis zu 0,5 % möglich; hier nicht berücksichtigt, da selten.

<sup>7</sup> Gilt nur für Staatssteuer; der Gemeindesteuersatz ist gleich bleibend.

<sup>8</sup> Abzugsfähig bei Bundessteuer.

Auch ist die Ehegattenbesteuerung in den Ländern ganz unterschiedlich geregelt. In einigen Ländern wird die Einzelveranlagung vorgenommen (etwa Österreich), in anderen die Zusammenveranlagung, wobei diese mit Splitting (etwa Deutschland) oder ohne (etwa USA) durchgeführt werden kann. Grundsätzlich stellen sich Ehepaare, bei denen die Partner stark voneinander abweichende Einkommenshöhen aufweisen, mit dem Splittingverfahren am besten.

Die Tabelle 5 „Einkommensteuerspitzensatz des Zentralstaats und der Gebietskörperschaften sowie sonstige Zuschläge 2007“ (siehe S. 80) zeigt die höchstmöglichen Steuersätze im Rahmen der Besteuerung des Erwerbseinkommens alleinstehender natürlicher Personen und die Einkommenshöhe, ab der diese gelten.

Auch bei der Spitzensteuerbelastung wurden verschiedene Änderungen vorgenommen. So haben Estland, Irland, Slowenien und Spanien Tarifsenkungen durchgeführt, während in Deutschland durch Einführung des Zuschlags für Besserverdienende ab einem Einkommen von 250 000 € für Alleinstehende bzw. 500 000 € für Verheiratete (sog. Reichensteuer) eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes erfolgte. Ebenso erhöhten Kanada und Ungarn (Einführung eines Solidaritätszuschlags) den Spitzensteuersatz. Außerdem wurden in einigen Ländern die Einkommensgrenzen verändert, ab denen der Spitzensteuersatz greift. Merkliche Erhöhungen ergaben sich insbesondere in Finnland, Griechenland, Irland, Spanien und dem Vereinigten Königreich. Hingegen sank in Malta, Slowenien und der Schweiz die Einkommensgrenze, ab der der Spitzensteuersatz greift. In Italien wurde der zunächst als Reichensteuer (Einkommen über 100 000 €) eingeführte 4-prozentige Solidaritätszuschlag in den allgemeinen Tarif integriert. Der unveränderte Spitzensteuersatz wird nun auf Einkommen über 75 000 € angewandt.

In den meisten Staaten sind die hier dargestellten Einkommensteuertarife im Sinne der sog. progressiven Teilmengenstaffelung aufgebaut, bei der der Steuersatz auf die einzelne Teilmenge des gesamten zu versteuernden Einkommens mit wachsendem Einkommen steigt (vielfach auch „Stufentarife“ genannt). Oft gibt es neben diesen hier dargestellten Sätzen noch weitere Steuertarife, so z. B. Quellensteuern mit

Abgeltungscharakter auf Kapitaleinkünfte. Schweden, Norwegen und Finnland haben daraus ein besonders Konzept entwickelt. Diese Staaten teilen den Gewinn des Einzelunternehmers und des Gesellschafters einer Personengesellschaft auf: der Teil des Gewinns, welcher der Verzinsung des eingesetzten Kapitals entspricht (Zinsanteil), gilt als Kapitaleinkommen und wird mit einem niedrigen proportionalen Tarif besteuert, der andere Teil gilt als Arbeitseinkommen, welches einem höheren progressiven Tarif unterliegt (sog. Duale Einkommensteuer). Die allgemeinen Einkommensteuertarife (also insbesondere die Tarife auf Arbeitseinkünfte) bestehen ansonsten vielfach aus wenigen, im Extremfall aus nur zwei Stufen (z. B. in Irland und Schweden). Mehrere EU-Staaten haben Einkommensteuertarife in Form eines einzigen Proportionalatzes (sog. Flat Tax), so Estland, Lettland, Rumänien und die Slowakei.



## 5 Fazit

Internationale Vergleiche steuerlicher Regelungen sind entweder schwierig oder begrenzt aussagefähig. Dies sollte bei der Betrachtung der Tabellen und Abbildungen berücksichtigt werden. Der Text konnte die Problematik nur anreißen.

Für die Einordnung der Position Deutschlands im internationalen Steuerwettbewerb können die Tabellen trotzdem Hinweise liefern, auch wenn der Einzelfall ganz anders aussehen kann. So ist der deutsche Einkommensteuertarif im internationalen Vergleich durchaus attraktiv; dies gilt auch noch nach Einführung der zweiten Proportionalzone. Die Steuerbelastung insgesamt ist in Deutschland kein generelles Problem, allerdings ist die Belastung durch Sozialabgaben vergleichsweise hoch. Als Produktions-

standort wird Deutschland seine Position durch die Unternehmensteuerreform verbessern. Die nominale Steuerbelastung von Kapitalgesellschaften für in Deutschland versteuerte Gewinne wird dann im oberen Mittelfeld der EU-27 liegen.

Der nach Standorten suchende Unternehmer wird bei der Auswahl aber natürlich nicht nur die Abgabenbelastungen analysieren, sondern ebenso die „Leistungsseite“ des Standortes (Infrastruktur, Qualifikationsniveau der Arbeitnehmer usw.) berücksichtigen. Hier kann ein Staat nur dann ein attraktives Angebot unterbreiten, wenn er die Mittel zur Finanzierung der Leistungen hat. Dieser Ausgleich zwischen Steuerbelastung und Staatsleistung muss von allen Staaten regelmäßig überprüft und ggf. angepasst werden.





## Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung .....	88
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte .....	112
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung .....	118



## Statistiken und Dokumentationen

<b>Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung .....</b>	<b>88</b>
1 Kreditmarktmittel .....	88
2 Gewährleistungen .....	89
3 Bundeshaushalt 2006 bis 2011 .....	89
4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2006 bis 2011 .....	90
5 Haushaltsquerschnitt: Gliederungen der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2007 .....	92
6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2008 .....	96
7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2000 bis 2006 .....	98
8 Steueraufkommen nach Steuergruppen .....	100
9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten .....	101
10 Entwicklung der Staatsquote .....	102
11 Schulden der öffentlichen Haushalte .....	103
12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte .....	104
13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden .....	105
14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich .....	106
15 Steuerquoten im internationalen Vergleich .....	107
16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich .....	108
17 Staatsquoten im internationalen Vergleich .....	109
18 Entwicklung der EU-Haushalte 2007 und 2008 .....	110
<b>Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte .....</b>	<b>112</b>
1 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder im Januar 2008 .....	112
2 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Februar 2008 .....	113
3 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder im Januar 2008 .....	114
4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Februar 2008 .....	116
<b>Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung .....</b>	<b>118</b>
1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung .....	118
2 Preisentwicklung .....	118
3 Außenwirtschaft .....	119
4 Einkommensverteilung .....	119
5 Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich .....	120
6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich .....	121
7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich .....	122
8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanzsaldo in ausgewählten Schwellenländern .....	123
9 Entwicklung von DAX und Dow Jones .....	124
10 Übersicht Weltfinanzmärkte .....	125
11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF (BIP, Verbraucherpreise, Arbeitslosenquote) .....	126
12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF (Haushaltssaldo, Staatsschuldenquote, Leistungsbilanzsaldo) .....	129

# Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

## 1 Kreditmarktmittel

### I. Schuldenart

	Stand: 31. Januar 2008	Zunahme	Abnahme	Stand: 29. Februar 2008
	Mio. €			
Anleihen	585 218	6 000	0	591 218
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	15 000	0	0	15 000
Bundessobligationen	180 000	0	14 000	166 000
Bundesschatzbriefe	10 094	100	34	10 161
Bundesschatzanweisungen	115 000	0	0	115 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	35 482	5 890	5 877	35 495
Finanzierungsschätze	2 388	140	212	2 316
Schuldscheindarlehen	15 186	0	284	14 902
Medium Term Notes Treuhand	205	0	0	205
<b>Kreditmarktmittel insgesamt</b>	<b>958 573</b>			<b>950 297</b>

### II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand: 31. Januar 2008	Stand: 29. Februar 2008
	Mio. €	
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	179 360	165 236
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	315 559	315 454
langfristig (mehr als 4 Jahre)	463 654	469 607
<b>Kreditmarktmittel insgesamt</b>	<b>958 573</b>	<b>950 297</b>

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

Aus technischen Gründen werden zukünftig die Zahlen zur Kreditaufnahme mit einer zeitlichen Verzögerung von zwei Monaten veröffentlicht. Die Daten bis einschließlich März werden daher im Monatsbericht Mai veröffentlicht.



## 2 Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2008	Belegung am 31. März 2008	Belegung am 31. März 2007
		in Mrd. €	
Ausfuhren	117,0	98,5	97,1
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	40,0	25,7	27,1
bilaterale FZ-Vorhaben	2,3	1,1	1,1
Ernährungsbevorratung	7,5	7,5	7,5
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	95,0	51,5	52,6
Internationale Finanzierungsinstitutionen	46,6	40,3	40,3
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,3	1,0	1,2
Zinsausgleichsgarantien	4,0	–	–

## 3 Bundeshaushalt 2006 bis 2011 Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2006 Ist	2007 Ist	2008 Soll	2009	2010 Finanzplanung	2011
	in Mrd. €					
<b>1. Ausgaben</b>	<b>261,0</b>	<b>270,4</b>	<b>283,2</b>	<b>285,5</b>	<b>288,5</b>	<b>289,7</b>
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 0,5	+ 3,6	+ 4,7	+ 0,8	+ 1,1	+ 0,4
<b>2. Einnahmen<sup>1</sup></b>	<b>232,8</b>	<b>255,7</b>	<b>271,1</b>	<b>274,8</b>	<b>282,3</b>	<b>289,5</b>
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 1,9	+ 9,8	+ 6,0	+ 1,4	+ 2,7	+ 2,6
darunter:						
Steuereinnahmen	203,9	230,0	238,0	247,9	252,6	260,3
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 7,2	+ 12,8	+ 3,4	+ 4,2	+ 1,9	+ 3,1
<b>3. Finanzierungssaldo</b>	<b>– 28,2</b>	<b>– 14,7</b>	<b>– 12,1</b>	<b>– 10,7</b>	<b>– 6,2</b>	<b>– 0,2</b>
in % der Ausgaben	10,8	5,4	4,3	3,7	2,1	0,1
<b>Zusammensetzung des Finanzierungssaldos</b>						
<b>4. Bruttokreditaufnahme<sup>2</sup> (–)</b>	<b>240,5</b>	<b>222,1</b>	<b>233,0</b>	<b>226,1</b>	<b>221,1</b>	<b>220,0</b>
<b>5. sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen</b>	<b>1,6</b>	<b>8,4</b>	<b>0,1</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>
<b>6. Tilgungen (+)</b>	<b>195,9</b>	<b>216,2</b>	<b>221,2</b>	<b>215,6</b>	<b>215,1</b>	<b>220,0</b>
<b>7. Nettokreditaufnahme</b>	<b>– 27,9</b>	<b>– 14,3</b>	<b>– 11,9</b>	<b>– 10,5</b>	<b>– 6,0</b>	<b>0,0</b>
<b>8. Münzeinnahmen</b>	<b>– 0,3</b>	<b>– 0,2</b>	<b>– 0,2</b>	<b>– 0,2</b>	<b>– 0,2</b>	<b>– 0,2</b>
nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	22,7	26,2	24,7	24,1	24,1	23,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	– 4,4	+ 15,4	– 5,9	– 2,4	0,0	– 1,7
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	2,9	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup> Gem. BHO § 13 Satz 4. 2 ohne Münzeinnahmen.

<sup>2</sup> Inkl. Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

Stand: Januar 2008.

## 4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2006 bis 2011

Ausgabeart	2006	2007	2008	2009	2010	2011
	Ist	Ist	Soll	Finanzplanung		
	Mio. €					
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	26 110	26 038	26 762	26 756	26 764	27 159
Aktivitätsbezüge	19 730	19 662	20 276	20 195	20 121	20 462
Ziviler Bereich	8 547	8 498	9 199	9 194	9 224	9 725
Militärischer Bereich	11 182	11 164	11 077	11 001	10 897	10 737
Versorgung	6 380	6 376	6 486	6 561	6 643	6 697
Ziviler Bereich	2 372	2 334	2 308	2 307	2 300	2 285
Militärischer Bereich	4 008	4 041	4 178	4 255	4 343	4 412
Laufender Sachaufwand	18 349	18 757	19 778	19 900	20 229	20 588
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 450	1 365	1 473	1 425	1 426	1 434
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	8 517	8 908	9 581	9 775	10 162	10 527
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 382	8 484	8 723	8 700	8 641	8 627
Zinsausgaben	37 469	38 721	41 818	43 094	44 899	45 378
an andere Bereiche	37 469	38 721	41 818	43 094	44 899	45 378
Sonstige	37 469	38 721	41 818	43 094	44 899	45 378
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	37 425	38 677	41 774	43 050	44 855	45 337
an Ausland	3	3	3	3	3	–
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	156 016	160 352	169 769	171 062	172 211	172 577
an Verwaltungen	13 937	14 003	14 463	14 427	13 983	13 845
Länder	8 538	8 698	8 890	8 332	7 898	7 745
Gemeinden	38	38	23	22	20	18
Sondervermögen	5 361	5 267	5 549	6 073	6 065	6 081
Zweckverbände	1	1	1	1	1	0
an andere Bereiche	142 079	146 349	155 307	156 635	158 228	158 732
Unternehmen	14 275	15 399	23 740	23 890	23 600	23 278
Renten, Unterstützungen u. Ä.						
an natürliche Personen	32 256	29 123	28 276	26 135	25 006	23 975
an Sozialversicherung	91 707	97 712	98 521	101 879	104 809	106 649
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	812	869	964	927	920	910
an Ausland	3 024	3 240	3 801	3 799	3 891	3 918
an Sonstige	5	5	5	5	1	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	237 944	243 868	258 128	260 812	264 104	265 702
Ausgaben der Kapitalrechnung¹						
Sachinvestitionen	7 112	6 903	7 273	6 915	6 780	6 771
Baumaßnahmen	5 634	5 478	5 783	5 570	5 427	5 437
Erwerb von beweglichen Sachen	943	909	1 010	884	889	875
Grunderwerb	536	516	480	461	464	459
Vermögensübertragungen	13 302	16 947	14 306	13 460	13 495	13 301
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	12 916	16 580	13 924	13 109	13 156	12 969
an Verwaltungen	5 755	8 234	5 416	4 990	4 941	4 865
Länder	5 700	6 030	5 342	4 921	4 858	4 777
Gemeinden und Gemeindeverbände	55	54	68	62	76	82
Sondervermögen	–	2 150	6	6	6	6
an andere Bereiche	7 161	8 345	8 509	8 120	8 216	8 103
Sonstige – Inland	4 999	6 099	6 082	5 614	5 691	5 565
Ausland	2 162	2 247	2 427	2 505	2 525	2 538
Sonstige Vermögensübertragungen	387	367	382	351	338	332
an andere Bereiche	387	367	382	351	338	332
Sonstige – Inland	172	162	164	151	143	142
Ausland	215	205	218	200	195	190

#### 4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2006 bis 2011

Ausgabeart	2006 Ist	2007 Ist	2008 Soll	2009 Finanzplanung	2010 Finanzplanung	2011
	Mio. €					
<b>Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen</b>	<b>2 687</b>	<b>2 732</b>	<b>3 461</b>	<b>4 045</b>	<b>4 139</b>	<b>3 938</b>
Darlehensgewährung	2 109	2 100	2 717	3 105	3 303	3 206
an Verwaltungen	32	1	1	1	1	1
Länder	32	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	2 078	2 100	2 716	3 104	3 302	3 205
Sonstige – Inland (auch Gewährleistungen)	1 020	900	1 308	1 784	1 821	1 649
Ausland	1 058	1 199	1 407	1 319	1 480	1 556
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	578	632	744	940	837	732
Inland	0	28	26	13	13	13
Ausland	578	604	718	927	824	719
<b>Summe Ausgaben der Kapitalrechnung<sup>1</sup></b>	<b>23 102</b>	<b>26 582</b>	<b>25 040</b>	<b>24 421</b>	<b>24 414</b>	<b>24 010</b>
<sup>1</sup> Darunter: Investive Ausgaben	22 715	26 215	24 658	24 070	24 076	23 678
<b>Globale Mehr-/Minderausgaben</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>32</b>	<b>267</b>	<b>–18</b>	<b>–12</b>
<b>Ausgaben zusammen</b>	<b>261 046</b>	<b>270 450</b>	<b>283 200</b>	<b>285 500</b>	<b>288 500</b>	<b>289 700</b>

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2007

Ausgabegruppe	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	in Mio. €					
<b>0 Allgemeine Dienste</b>	<b>49 353</b>	<b>44 246</b>	<b>23 521</b>	<b>14 720</b>	–	<b>6 005</b>
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	7 930	7 242	3 687	1 161	–	2 395
02 Auswärtige Angelegenheiten	6 506	2 996	446	154	–	2 396
03 Verteidigung	28 540	28 153	15 205	12 170	–	777
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 952	2 610	1 811	731	–	68
05 Rechtsschutz	331	320	221	84	–	15
06 Finanzverwaltung	3 093	2 925	2 151	420	–	354
<b>1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>12 837</b>	<b>9 072</b>	<b>473</b>	<b>655</b>	–	<b>7 945</b>
13 Hochschulen	2 129	1 173	7	4	–	1 162
14 Förderung von Schülern, Studenten	1 510	1 510	–	–	–	1 510
15 Sonstiges Bildungswesen	462	398	9	63	–	326
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	7 146	5 533	456	583	–	4 494
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	1 590	457	1	4	–	453
<b>2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung</b>	<b>139 751</b>	<b>136 790</b>	<b>197</b>	<b>622</b>	–	<b>135 972</b>
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	91 540	91 540	38	0	–	91 502
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	5 130	5 130	–	–	–	5 130
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	3 294	3 086	–	132	–	2 954
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	36 302	36 165	43	430	–	35 692
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	148	148	–	–	–	148
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	3 338	721	116	59	–	546
<b>3 Gesundheit und Sport</b>	<b>853</b>	<b>679</b>	<b>237</b>	<b>233</b>	–	<b>209</b>
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	326	310	131	137	–	42
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	326	310	131	137	–	42
32 Sport	110	86	–	2	–	85
33 Umwelt- und Naturschutz	188	155	72	44	–	40
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	229	128	34	51	–	43
<b>4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	<b>1 743</b>	<b>704</b>	<b>2</b>	<b>2</b>	–	<b>700</b>
41 Wohnungswesen	1 225	701	–	1	–	700
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	–	1	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	14	2	2	–	–	–
44 Städtebauförderung	503	–	–	–	–	–
<b>5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>914</b>	<b>473</b>	<b>27</b>	<b>119</b>	–	<b>326</b>
52 Verbesserung der Agrarstruktur	612	203	–	1	–	202
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	120	120	–	51	–	69
533 Gasölverbilligung	0	0	–	–	–	0
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	120	120	–	51	–	69
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	182	151	27	67	–	56

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2007

Ausgabegruppe	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
Funktion	in Mio. €				
<b>0 Allgemeine Dienste</b>	<b>968</b>	<b>2 218</b>	<b>1 921</b>	<b>5 107</b>	<b>5 079</b>
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	287	401	–	688	688
02 Auswärtige Angelegenheiten	61	1 646	1 803	3 510	3 507
03 Verteidigung	248	74	64	387	361
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	246	97	–	343	343
05 Rechtsschutz	12	–	–	12	12
06 Finanzverwaltung	114	0	54	168	168
<b>1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>104</b>	<b>3 661</b>	<b>–</b>	<b>3 765</b>	<b>3 762</b>
13 Hochschulen	1	955	–	956	956
14 Förderung von Schülern, Studenten	–	–	–	–	–
15 Sonstiges Bildungswesen	0	63	–	63	63
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	98	1 514	–	1 612	1 610
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	4	1 129	–	1 133	1 133
<b>2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung</b>	<b>10</b>	<b>2 950</b>	<b>1</b>	<b>2 961</b>	<b>2 624</b>
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	–	–	–	–	–
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	–	–	–	–	–
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	0	207	1	208	2
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	5	131	–	137	6
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	–	–	–	–	–
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	4	2 613	–	2 616	2 616
<b>3 Gesundheit und Sport</b>	<b>120</b>	<b>55</b>	<b>–</b>	<b>174</b>	<b>174</b>
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	11	5	–	16	16
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	11	5	–	16	16
32 Sport	–	24	–	24	24
33 Umwelt- und Naturschutz	9	24	–	33	33
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	100	1	–	102	102
<b>4 Wohnungswesen, Städtebau, Raum- ordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	<b>–</b>	<b>1 037</b>	<b>2</b>	<b>1 039</b>	<b>1 039</b>
41 Wohnungswesen	–	521	2	524	524
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	–	–	–	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	–	12	–	12	12
44 Städtebauförderung	–	503	–	503	503
<b>5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>10</b>	<b>431</b>	<b>1</b>	<b>441</b>	<b>441</b>
52 Verbesserung der Agrarstruktur	–	409	0	410	410
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	–	–	–	–	–
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	–	–	–	–	–
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	10	22	0	31	31

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2007

Ausgabegruppe	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal-ausgaben	Laufender Sach-aufwand	Zins-ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	in Mio. €					
<b>6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>4 691</b>	<b>3 007</b>	<b>48</b>	<b>316</b>	<b>-</b>	<b>2 642</b>
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	402	384	-	167	-	218
621 Kernenergie	216	216	-	-	-	216
622 Erneuerbare Energieformen	0	0	-	0	-	-
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	185	168	-	166	-	2
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	2 016	1 998	-	4	-	1 994
64 Handel	88	88	-	50	-	38
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	1 023	66	-	8	-	58
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 163	470	48	87	-	335
<b>7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>10 802</b>	<b>3 449</b>	<b>962</b>	<b>1 856</b>	<b>-</b>	<b>631</b>
72 Straßen	7 215	913	-	800	-	113
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 492	813	476	274	-	63
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	298	1	-	-	-	1
75 Luftfahrt	175	175	40	14	-	121
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 622	1 547	446	768	-	333
<b>8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen</b>	<b>9 904</b>	<b>5 885</b>	<b>-</b>	<b>15</b>	<b>-</b>	<b>5 870</b>
81 Wirtschaftsunternehmen	4 634	621	-	15	-	605
832 Eisenbahnen	3 965	80	-	2	-	78
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	669	540	-	13	-	527
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 271	5 265	-	-	-	5 265
873 Sondervermögen	5 263	5 263	-	-	-	5 263
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	8	2	-	-	-	2
<b>9 Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	<b>39 601</b>	<b>39 563</b>	<b>571</b>	<b>219</b>	<b>38 721</b>	<b>51</b>
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	89	51	-	-	-	51
92 Schulden	38 748	38 748	-	27	38 721	-
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	764	764	571	192	-	1
<b>Summe aller Hauptfunktionen</b>	<b>270 450</b>	<b>243 868</b>	<b>26 038</b>	<b>18 757</b>	<b>38 721</b>	<b>160 352</b>

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2007

Ausgabegruppe	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
Funktion	in Mio. €				
<b>6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>37</b>	<b>956</b>	<b>691</b>	<b>1 685</b>	<b>1 685</b>
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	–	17	0	17	17
621 Kernenergie	–	–	–	–	–
622 Erneuerbare Energieformen	–	–	0	0	0
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	–	17	–	17	17
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	–	18	–	18	18
64 Handel	–	–	–	–	–
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	35	921	–	956	956
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	2	–	691	693	693
<b>7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>5 633</b>	<b>1 720</b>	<b>–</b>	<b>7 353</b>	<b>7 353</b>
72 Straßen	4 887	1 416	–	6 302	6 302
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	679	–	–	679	679
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	–	297	–	297	297
75 Luftfahrt	0	–	–	0	0
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	67	8	–	75	75
<b>8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen</b>	<b>22</b>	<b>3 881</b>	<b>116</b>	<b>4 019</b>	<b>4 019</b>
81 Wirtschaftsunternehmen	–	–	–	–	–
832 Eisenbahnen	16	3 881	116	4 013	4 013
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	–	3 797	88	3 885	3 885
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	16	84	28	129	129
873 Sondervermögen	6	–	–	6	6
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	–	–	–	–	–
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	–	38	–	38	38
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	–	38	–	38	38
92 Schulden	–	–	–	–	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	–	–	–	–	–
<b>Summe aller Hauptfunktionen</b>	<b>6 903</b>	<b>16 947</b>	<b>2 732</b>	<b>26 582</b>	<b>26 215</b>

## 6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2008

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	1998	1999
Ist-Ergebnisse									
<b>I. Gesamtübersicht</b>									
<b>Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>42,1</b>	<b>80,2</b>	<b>110,3</b>	<b>131,5</b>	<b>194,4</b>	<b>237,6</b>	<b>233,6</b>	<b>246,9</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	.	- 1,4	3,4	5,7
<b>Einnahmen</b>	Mrd.€	<b>42,6</b>	<b>63,3</b>	<b>96,2</b>	<b>119,8</b>	<b>169,8</b>	<b>211,7</b>	<b>204,7</b>	<b>220,6</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	.	- 1,5	5,8	7,8
<b>Finanzierungssaldo</b>	Mrd.€	<b>0,6</b>	<b>- 16,9</b>	<b>- 14,1</b>	<b>- 11,6</b>	<b>- 24,6</b>	<b>- 25,8</b>	<b>- 28,9</b>	<b>- 26,2</b>
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 28,9	- 26,1
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,4	- 27,1	- 0,2	- 0,7	- 0,2	- 0,1	- 0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	- 1,2	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	-	-	-	-	-	-	-
<b>II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten</b>									
<b>Personalausgaben</b>	Mrd.€	<b>6,6</b>	<b>13,0</b>	<b>16,4</b>	<b>18,7</b>	<b>22,1</b>	<b>27,1</b>	<b>26,7</b>	<b>27,0</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	- 0,7	1,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	11,4	10,9
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	24,3	21,5	19,8	19,1	.	14,4	16,1	16,1
<b>Zinsausgaben</b>	Mrd.€	<b>1,1</b>	<b>2,7</b>	<b>7,1</b>	<b>14,9</b>	<b>17,5</b>	<b>25,4</b>	<b>28,7</b>	<b>41,1</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	- 6,2	5,2	43,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	12,3	16,6
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	35,1	35,9	47,6	52,3	.	38,7	42,1	58,9
<b>Investive Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>7,2</b>	<b>13,1</b>	<b>16,1</b>	<b>17,1</b>	<b>20,1</b>	<b>34,0</b>	<b>29,2</b>	<b>28,6</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	- 4,4	- 0,5	8,4	8,8	1,3	- 2,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	12,5	11,6
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	34,4	35,4	32,0	36,1	.	37,0	35,5	35,7
<b>Steuereinnahmen<sup>1</sup></b>	Mrd.€	<b>40,2</b>	<b>61,0</b>	<b>90,1</b>	<b>105,5</b>	<b>132,3</b>	<b>187,2</b>	<b>174,6</b>	<b>192,4</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	- 3,4	3,1	10,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	74,7	77,9
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	85,3	87,2
Anteil am gesamten Steueraufkommen <sup>3</sup>	%	54,0	49,2	48,3	47,2	.	44,9	41,0	42,5
<b>Nettokreditaufnahme</b>	Mrd.€	<b>- 0,0</b>	<b>- 15,3</b>	<b>- 13,9</b>	<b>- 11,4</b>	<b>- 23,9</b>	<b>- 25,6</b>	<b>- 28,9</b>	<b>- 26,1</b>
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	.	10,8	12,4	10,6
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0	.	75,3	98,8	91,2
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	0,0	55,8	50,4	55,3	.	51,2	88,6	82,3
<b>nachrichtlich: Schuldenstand<sup>3</sup></b>									
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	59,2	129,4	236,6	386,8	536,2	1010,4	1153,4	1183,1
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	153,4	200,6	277,2	385,7	488,0	708,3

<sup>1</sup> Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

<sup>2</sup> Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

<sup>3</sup> Stand Finanzplanungsrat November 2007; 2005 bis 2006 vorläufiges Ist, 2007 und 2008 = Schätzung.



## 6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2008

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
		Ist-Ergebnisse								Soll
<b>I. Gesamtübersicht</b>										
<b>Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>244,4</b>	<b>243,1</b>	<b>249,3</b>	<b>256,7</b>	<b>251,6</b>	<b>259,8</b>	<b>261,0</b>	<b>270,4</b>	<b>283,2</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3	0,5	3,6	4,7
<b>Einnahmen</b>	Mrd.€	<b>220,5</b>	<b>220,2</b>	<b>216,6</b>	<b>217,5</b>	<b>211,8</b>	<b>228,4</b>	<b>232,8</b>	<b>255,7</b>	<b>271,1</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	1,9	9,8	6,0
<b>Finanzierungssaldo</b>	Mrd.€	<b>- 23,9</b>	<b>- 22,9</b>	<b>- 32,7</b>	<b>- 39,2</b>	<b>- 39,8</b>	<b>- 31,4</b>	<b>- 28,2</b>	<b>- 14,7</b>	<b>- 12,1</b>
darunter:										
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,9
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,1	- 0,9	- 0,6	- 0,3	- 0,2	- 0,3	- 0,4	- 0,2
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten</b>										
<b>Personalausgaben</b>	Mrd.€	<b>26,5</b>	<b>26,8</b>	<b>27,0</b>	<b>27,2</b>	<b>26,8</b>	<b>26,4</b>	<b>26,1</b>	<b>26,0</b>	<b>26,8</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,7	1,1	0,7	0,9	- 1,8	- 1,4	- 1,0	- 0,3	2,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,8	11,0	10,8	10,6	10,6	10,1	10,0	9,6	9,4
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	15,7	15,8	15,6	15,7	15,5	15,5	14,8	14,9	15,0
<b>Zinsausgaben</b>	Mrd.€	<b>39,1</b>	<b>37,6</b>	<b>37,1</b>	<b>36,9</b>	<b>36,3</b>	<b>37,4</b>	<b>37,5</b>	<b>38,7</b>	<b>41,8</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 4,7	- 3,9	- 1,5	- 0,5	- 1,6	3,0	0,3	3,3	8,0
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	16,0	15,5	14,9	14,4	14,4	14,4	14,4	14,3	14,8
<b>Investive Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>28,1</b>	<b>27,3</b>	<b>24,1</b>	<b>25,7</b>	<b>22,4</b>	<b>23,8</b>	<b>22,7</b>	<b>26,2</b>	<b>24,7</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,7	- 3,1	- 11,7	6,9	- 13,0	6,2	- 4,4	15,4	- 5,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,5	11,2	9,7	10,0	8,9	9,1	8,7	9,7	8,7
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	35,0	34,1	32,9	35,6	34,2	34,8	34,2	36,7	36,1
<b>Steuereinnahmen<sup>1</sup></b>	Mrd.€	<b>198,8</b>	<b>193,8</b>	<b>192,0</b>	<b>191,9</b>	<b>187,0</b>	<b>190,1</b>	<b>203,9</b>	<b>230,0</b>	<b>238,0</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	3,3	- 2,5	- 0,9	- 0,1	- 2,5	1,7	7,2	12,8	3,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	81,3	79,7	77,0	74,7	74,3	73,2	78,1	85,1	84,0
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	90,1	88,0	88,7	88,2	88,3	83,2	87,6	90,0	87,8
Anteil am gesamten Steuer- aufkommen <sup>3</sup>	%	42,5	43,4	43,5	43,4	42,2	42,1	41,7	42,7	42,8
<b>Nettokreditaufnahme</b>	Mrd.€	<b>- 23,8</b>	<b>- 22,8</b>	<b>- 31,9</b>	<b>- 38,6</b>	<b>- 39,5</b>	<b>- 31,2</b>	<b>- 27,9</b>	<b>- 14,3</b>	<b>- 11,9</b>
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,7	9,4	12,8	15,1	15,7	12,0	10,7	5,3	4,2
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	84,4	83,7	132,4	150,2	176,7	131,3	122,8	54,7	48,3
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	62,0	57,6	126,4	101,2	101,7	59,6	71,7	77,5	103,5
<b>nachrichtlich: Schuldenstand<sup>3</sup></b>										
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	1198,2	1203,9	1253,2	1325,7	1395,0	1447,5	1480,6	1497 1/2	1512 1/2
darunter: Bund	Mrd.€	715,6	697,3	719,4	760,5	803,0	872,7	902,1	915	928

<sup>1</sup> Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

<sup>2</sup> Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

<sup>3</sup> Stand Finanzplanungsrat November 2007; 2005 bis 2006 vorläufiges Ist, 2007 und 2008 = Schätzung.

## 7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2000 bis 2006

	2000	2001	2002	2003	2004	2005 <sup>2</sup>	2006 <sup>2</sup>
	Mrd. €						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt<sup>1</sup></b>							
Ausgaben	599,1	604,3	611,3	619,6	614,6	625,8	635,7
Einnahmen	565,1	557,7	554,6	551,7	549,0	573,3	596,2
Finanzierungssaldo	- 34,0	- 46,6	- 57,1	- 68,0	- 65,5	- 52,3	- 38,9
darunter:							
Bund							
Ausgaben	244,4	243,1	249,3	256,7	251,6	259,9	261,0
Einnahmen	220,5	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8
Finanzierungssaldo	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 31,4	- 28,2
Länder							
Ausgaben	250,7	255,5	257,7	259,7	257,1	259,2	258,7
Einnahmen	240,4	230,9	228,5	229,2	233,5	235,7	248,7
Finanzierungssaldo	- 10,4	- 24,6	- 29,4	- 30,5	- 23,5	- 23,5	- 10,0
Gemeinden							
Ausgaben	146,1	148,3	150,0	149,9	150,1	153,3	155,7
Einnahmen	148,0	144,2	146,3	141,5	146,2	151,1	158,6
Finanzierungssaldo	1,9	- 4,1	- 3,7	- 8,4	- 3,9	- 2,2	3,0
	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt</b>							
Ausgaben	0,3	0,9	1,2	1,4	- 0,8	1,8	1,6
Einnahmen	- 0,9	- 1,3	- 0,6	- 0,5	- 0,5	4,4	4,0
darunter:							
Bund							
Ausgaben	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3	0,5
Einnahmen	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	1,9
Länder							
Ausgaben	1,8	1,9	0,9	0,7	- 1,0	0,8	- 0,2
Einnahmen	0,9	- 3,9	- 1,0	0,3	1,9	1,0	5,5
Gemeinden							
Ausgaben	1,6	1,6	1,1	- 0,0	0,1	2,2	1,6
Einnahmen	1,4	- 2,5	1,4	- 3,3	3,3	3,3	5,0

<sup>1</sup> Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse.

<sup>2</sup> Bund und seine Sonderrechnungen sind Rechnungsergebnisse, Länder und Gemeinden sind Kassenergebnisse.

<sup>3</sup> Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: September 2007.

## 7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2000 bis 2006

	2000	2001	2002	2003	2004	2005 <sup>2</sup>	2006 <sup>2</sup>
	Anteile in %						
<b>Finanzierungssaldo</b>							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 1,6	- 2,2	- 2,7	- 3,1	- 3,0	- 2,3	- 1,7
darunter:							
Bund	- 1,2	- 1,1	- 1,5	- 1,8	- 1,8	- 1,4	- 1,2
Länder	- 0,5	- 1,2	- 1,4	- 1,4	- 1,1	- 1,0	- 0,4
Gemeinden	0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,4	- 0,2	- 0,1	0,1
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 5,7	- 7,7	- 9,3	- 11,0	- 10,7	- 8,4	- 6,1
darunter:							
Bund	- 9,8	- 9,4	- 13,1	- 15,3	- 15,8	- 12,1	- 10,8
Länder	- 4,1	- 9,6	- 11,4	- 11,7	- 9,1	- 9,1	- 3,9
Gemeinden	1,3	- 2,8	- 2,4	- 5,6	- 2,6	- 1,4	1,9
<b>Ausgaben in % des BIP (nominal)</b>							
Öffentlicher Gesamthaushalt	29,0	28,6	28,5	28,6	27,8	27,9	27,4
darunter:							
Bund	11,9	11,5	11,6	11,9	11,4	11,6	11,2
Länder	12,2	12,1	12,0	12,0	11,6	11,5	11,1
Gemeinden	7,1	7,0	7,0	6,9	6,8	6,8	6,7
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote <sup>3</sup>	22,7	21,1	20,6	20,4	20,0	20,1	21,0

<sup>1</sup> Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastenteilungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse.

<sup>2</sup> Bund und seine Sonderrechnungen sind Rechnungsergebnisse, Länder und Gemeinden sind Kassenergebnisse.

<sup>3</sup> Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: September 2007.

## 8 Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

Jahr	Steueraufkommen				
	insgesamt	davon			
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
	Mrd. €			%	
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007 <sup>2</sup>	538,9	271,4	267,5	50,4	49,6
2008 <sup>2</sup>	555,6	280,4	275,2	50,5	49,5

<sup>1</sup> Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.9.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.3.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.1.1983); Kuponsteuer (31.7.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.6.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

<sup>2</sup> Steuerschätzung vom 6. bis 7. November 2007.

Stand: November 2007.

## 9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten<sup>1</sup> (Steuer- und Sozialbeitragsentnahmen des Staates)

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen <sup>2</sup>		Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
	Anteile am BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,0	34,8	22,4	33,5
1971	23,3	35,6	22,6	34,2
1972	23,1	36,1	23,6	35,7
1973	24,2	38,0	24,1	37,0
1974	24,0	38,2	23,9	37,4
1975	22,8	38,1	23,1	37,9
1980	23,8	39,6	24,3	39,7
1981	22,8	39,1	23,7	39,5
1982	22,5	39,1	23,3	39,4
1983	22,5	38,7	23,2	39,0
1984	22,6	38,9	23,2	38,9
1985	22,8	39,1	23,4	39,2
1986	22,3	38,6	22,9	38,7
1987	22,5	39,0	22,9	38,8
1988	22,2	38,6	22,7	38,5
1989	22,7	38,8	23,4	39,0
1990	21,6	37,3	22,7	38,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,0
1992	22,4	39,6	22,7	39,2
1993	22,4	40,2	22,6	39,6
1994	22,3	40,5	22,5	39,8
1995	21,9	40,3	22,5	40,2
1996	22,4	41,4	21,8	39,9
1997	22,2	41,4	21,3	39,5
1998	22,7	41,7	21,7	39,5
1999	23,8	42,5	22,5	40,2
2000	24,2	42,5	22,7	40,0
2001	22,6	40,8	21,1	38,3
2002 <sup>3</sup>	22,3	40,5	20,6	37,7
2003 <sup>3</sup>	22,3	40,6	20,4	37,7
2004 <sup>3</sup>	21,8	39,7	20,0	36,9
2005 <sup>3</sup>	22,0	39,6	20,1	36,7
2006 <sup>3</sup>	22,8	40,1	21,0	37,3
2007 <sup>3</sup>	23,7	40,3	22,2	37,7

<sup>1</sup> Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

<sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

<sup>3</sup> Vorläufige Ergebnisse; Stand: Februar 2008.

## 10 Entwicklung der Staatsquote<sup>1,2</sup>

Jahr	insgesamt	Ausgaben des Staates	
		darunter	
		Gebietskörperschaften <sup>3</sup>	Sozialversicherungen <sup>3</sup>
	Anteile am BIP in %		
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	38,5	26,1	12,4
1975	48,8	31,2	17,7
1980	46,9	29,6	17,3
1981	47,5	29,7	17,9
1982	47,5	29,4	18,1
1983	46,5	28,8	17,7
1984	45,8	28,2	17,6
1985	45,2	27,8	17,4
1986	44,5	27,4	17,1
1987	45,0	27,6	17,4
1988	44,6	27,0	17,6
1989	43,1	26,4	16,7
1990	43,6	27,3	16,4
1991	46,3	28,2	18,0
1992	47,2	28,0	19,2
1993	48,2	28,3	19,9
1994	47,9	27,8	20,0
1995	48,1	27,6	20,6
1996	49,3	27,9	21,4
1997	48,4	27,1	21,2
1998	48,0	27,0	21,1
1999	48,1	26,9	21,1
2000	47,6	26,5	21,1
2000 <sup>4</sup>	45,1	24,0	21,1
2001	47,6	26,3	21,3
2002 <sup>5</sup>	48,1	26,4	21,7
2003 <sup>5</sup>	48,5	26,5	22,0
2004 <sup>5</sup>	47,1	25,9	21,2
2005 <sup>5</sup>	46,9	26,1	20,8
2006 <sup>5</sup>	45,4	25,3	20,1
2007 <sup>5</sup>	43,9	24,6	19,2

<sup>1</sup> Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

<sup>2</sup> Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

<sup>3</sup> Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

<sup>4</sup> Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

<sup>5</sup> Ergebnis der VGR; Stand: Februar 2008.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

## 11 Schulden der öffentlichen Haushalte

	2002	2003	2004	2005	2006	2007
	Schulden in Mio. € <sup>1</sup>					
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt</b>	<b>1 253 194</b>	<b>1 325 731</b>	<b>1 395 004</b>	<b>1 447 505</b>	<b>1 497 122</b>	<b>1 506 186</b>
Bund <sup>2</sup>	719 397	760 453	802 994	872 653	917 554	937 545
Sonderrechnungen Bund (SR)	59 210	58 830	57 250	15 367	14 556	100
Länder	384 773	414 950	442 972	468 214	480 486	481 696
Gemeinden	82 661	84 069	84 257	83 804	81 877	79 041
Zweckverbände	7 153	7 429	7 531	7 467	2 649	7 804
nachrichtlich:						
Bund + SR	778 607	819 283	860 244	888 020	932 110	937 645
Länder + Gemeinden	467 434	499 019	527 229	552 018	562 362	560 737
nachrichtlich:						
Länder (West) <sup>3</sup>	322 900	348 111	372 352	394 148	405 914	407 418
Länder (Ost)	61 873	66 840	70 620	74 066	74 572	74 278
Gemeinden (West)	67 155	68 726	68 981	69 030	68 387	66 138
Gemeinden (Ost)	15 506	15 343	15 276	14 774	13 489	12 903
Länder und Gemeinden (West)	390 055	416 837	441 333	463 178	474 301	473 557
Länder und Gemeinden (Ost)	77 379	82 183	85 896	88 840	88 061	87 181
nachrichtlich:						
Sonderrechnungen Bund	59 210	58 830	57 250	15 367	14 556	100
ERP	19 400	19 261	18 200	15 066	14 357	0
Fonds Deutsche Einheit	39 441	39 099	38 650	0	0	0
Entschädigungsfonds	369	469	400	301	199	100
	Anteil der Schulden am BIP (in %)					
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt</b>	<b>58,5</b>	<b>61,3</b>	<b>63,1</b>	<b>64,5</b>	<b>64,5</b>	<b>62,1</b>
Bund <sup>2</sup>	33,6	35,1	36,3	38,9	39,5	38,7
Sonderrechnungen Bund	2,8	2,7	2,6	0,7	0,6	0,0
Länder	18,0	19,2	20,0	20,9	20,7	19,9
Gemeinden	3,9	3,9	3,8	3,7	3,5	3,3
nachrichtlich:						
Bund + SR	36,3	37,9	38,9	39,6	40,1	38,7
Länder + Gemeinden	21,8	23,1	23,8	24,6	24,2	23,1
nachrichtlich:						
Länder (West) <sup>3</sup>	15,1	16,1	16,8	17,6	17,5	16,8
Länder (Ost)	2,9	3,1	3,2	3,3	3,2	3,1
Gemeinden (West)	3,1	3,2	3,1	3,1	2,9	2,7
Gemeinden (Ost)	0,7	0,7	0,7	0,7	0,6	0,5
Länder und Gemeinden (West)	18,2	19,3	20,0	20,6	20,4	19,5
Länder und Gemeinden (Ost)	3,6	3,8	3,9	4,0	3,8	3,6
nachrichtlich:						
Maastricht-Schuldenstand <sup>4</sup>	60,3	63,8	65,6	67,8	67,6	65,0
	Schulden insgesamt (€)					
je Einwohner	15 195	16 066	16 909	17 559	18 188	18 310
je Erwerbstätigen	32 054	34 234	35 880	37 263	38 301	37 904
nachrichtlich:						
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 143,2	2 163,8	2 211,2	2 244,6	2 322,2	2 423,8
Einwohner (in Mio.) (30.6.)	82,475	82,518	82,498	82,438	82,315	82,261
Erwerbstätige (Jahresdurchschnitt, in Mio.)	39,096	38,726	38,880	38,846	39,088	39,737

<sup>1</sup> Kreditmarktschulden im weiteren Sinne.

<sup>2</sup> Ab 2006 inkl. Extrahaushalt BPS-PT (Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e. V.); ab 1992 ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen; ab 1974 ohne Schulden der Eigenbetriebe.

<sup>3</sup> West- und Ost-Berlin.

<sup>4</sup> Schuldenstand in der Abgrenzung des Maastricht-Vertrages.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

## 12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup>

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen <sup>2</sup>						Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>3</sup>	
	Mrd. €			Anteile am BIP in %			Mrd. €	Anteile am BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	.	.
1965	1,4	- 3,2	1,8	- 0,6	- 1,4	0,8	- 4,8	- 2,0
1970	1,9	- 1,1	2,9	0,5	- 0,3	0,8	- 4,1	- 1,1
1975	- 30,9	- 28,8	- 2,1	- 5,6	- 5,2	- 0,4	- 32,6	- 5,9
1980	- 23,2	- 24,3	1,1	- 2,9	- 3,1	0,1	- 29,2	- 3,7
1981	- 32,2	- 34,5	2,2	- 3,9	- 4,2	0,3	- 38,7	- 4,7
1982	- 29,6	- 32,4	2,8	- 3,4	- 3,8	0,3	- 35,8	- 4,2
1983	- 25,7	- 25,0	- 0,7	- 2,9	- 2,8	- 0,1	- 28,3	- 3,1
1984	- 18,7	- 17,8	- 0,8	- 2,0	- 1,9	- 0,1	- 23,8	- 2,5
1985	- 11,3	- 13,1	1,8	- 1,1	- 1,3	0,2	- 20,1	- 2,0
1986	- 11,9	- 16,2	4,2	- 1,1	- 1,6	0,4	- 21,6	- 2,1
1987	- 19,3	- 22,0	2,7	- 1,8	- 2,1	0,3	- 26,1	- 2,5
1988	- 22,2	- 22,3	0,1	- 2,0	- 2,0	0,0	- 26,5	- 2,4
1989	1,0	- 7,3	8,2	0,1	- 0,6	0,7	- 13,8	- 1,2
1990	- 24,8	- 34,7	9,9	- 1,9	- 2,7	0,8	- 48,3	- 3,7
1991	- 43,8	- 54,7	10,9	- 2,9	- 3,6	0,7	- 62,8	- 4,1
1992	- 40,7	- 39,1	- 1,6	- 2,5	- 2,4	- 0,1	- 59,2	- 3,6
1993	- 50,9	- 53,9	3,0	- 3,0	- 3,2	0,2	- 70,5	- 4,2
1994	- 40,9	- 42,9	2,0	- 2,3	- 2,4	0,1	- 59,5	- 3,3
1995	- 59,1	- 51,4	- 7,7	- 3,2	- 2,8	- 0,4	- 55,9	- 3,0
1996	- 62,5	- 56,1	- 6,4	- 3,3	- 3,0	- 0,3	- 62,3	- 3,3
1997	- 50,6	- 52,1	1,5	- 2,6	- 2,7	0,1	- 48,1	- 2,5
1998	- 42,7	- 45,7	3,0	- 2,2	- 2,3	0,2	- 28,8	- 1,5
1999	- 29,3	- 34,6	5,3	- 1,5	- 1,7	0,3	- 26,9	- 1,3
2000	- 23,7	- 24,3	0,6	- 1,2	- 1,2	0,0	- 34,0	- 1,6
2000 <sup>4</sup>	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0		
2001	- 59,6	- 55,8	- 3,8	- 2,8	- 2,6	- 0,2	- 46,6	- 2,2
2002 <sup>5</sup>	- 78,3	- 71,5	- 6,8	- 3,7	- 3,3	- 0,3	- 57,1	- 2,7
2003 <sup>5</sup>	- 87,3	- 79,5	- 7,7	- 4,0	- 3,7	- 0,4	- 68,0	- 3,1
2004 <sup>5</sup>	- 83,6	- 82,2	- 1,3	- 3,8	- 3,7	- 0,1	- 65,5	- 3,0
2005 <sup>5</sup>	- 75,6	- 71,5	- 4,0	- 3,4	- 3,2	- 0,2	- 52,3	- 2,3
2006 <sup>5</sup>	- 37,3	- 40,8	3,5	- 1,6	- 1,8	0,2	- 38,9	- 1,7
2007 <sup>5</sup>	0,2	- 8,9	9,1	0,0	- 0,4	0,4	- 0,2	- 0,0

<sup>1</sup> Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

<sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

<sup>3</sup> Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser.

<sup>4</sup> Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

<sup>5</sup> Vorläufiges Ergebnis; Stand: Februar 2008.



## 13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden<sup>1</sup>

Land	in % des BIP											
	1980	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
<b>Deutschland</b>	<b>- 2,8</b>	<b>- 1,1</b>	<b>- 1,9</b>	<b>- 3,2</b>	<b>- 1,2</b>	<b>- 4,0</b>	<b>- 3,8</b>	<b>- 3,4</b>	<b>- 1,6</b>	<b>0,1</b>	<b>- 0,1</b>	<b>0,2</b>
Belgien	- 9,2	-10,0	- 6,6	- 4,4	0,1	0,0	0,0	- 2,3	0,4	- 0,3	- 0,4	- 0,4
Griechenland	-	-	-14,3	- 9,3	- 3,7	- 5,6	- 7,3	- 5,1	- 2,5	- 2,9	- 1,8	- 1,8
Spanien	-	-	-	- 6,5	- 1,1	- 0,2	- 0,3	1,0	1,8	1,8	1,2	0,6
Frankreich	- 0,1	- 3,0	- 2,4	- 5,5	- 1,5	- 4,1	- 3,6	- 2,9	- 2,5	- 2,6	- 2,6	- 2,7
Irland	-	-10,7	- 2,8	- 2,0	4,7	0,4	1,3	1,2	2,9	0,9	- 0,2	- 0,6
Italien	- 7,0	-12,4	-11,4	- 7,4	- 2,0	- 3,5	- 3,5	- 4,2	- 4,4	- 2,3	- 2,3	- 2,3
Zypern	-	-	-	-	- 2,3	- 6,5	- 4,1	- 2,4	- 1,2	- 1,0	- 0,8	- 0,6
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,5	- 1,2	- 0,1	0,7	1,2	1,0	1,4
Malta	-	-	-	-	- 6,2	- 9,8	- 4,9	- 3,1	- 2,5	- 1,8	- 1,6	- 1,0
Niederlande	- 4,0	- 3,5	- 5,3	- 4,3	1,3	- 3,1	- 1,7	- 0,3	0,6	- 0,4	0,5	1,3
Österreich	- 1,6	- 2,7	- 2,5	- 5,6	- 1,9	- 1,6	- 1,2	- 1,6	- 1,4	- 0,8	- 0,7	- 0,4
Portugal	- 7,2	- 8,6	- 6,3	- 5,2	- 3,2	- 2,9	- 3,4	- 6,1	- 3,9	- 3,0	- 2,6	- 2,4
Slowenien	-	-	-	- 8,6	- 3,8	- 2,7	- 2,3	- 1,5	- 1,2	- 0,7	- 1,0	- 0,8
Finnland	3,8	3,5	5,4	- 6,2	6,9	2,5	2,3	2,7	3,8	4,6	4,2	4,0
Euroraum	-	-	-	- 5,0	- 1,1	- 3,1	- 2,8	- 2,5	- 1,5	- 0,8	- 0,9	- 0,8
Bulgarien	-	-	-	-3,4	- 0,5	0,0	2,3	2,0	3,2	3,0	3,1	3,1
Dänemark	- 2,3	- 1,4	- 1,3	- 2,9	2,3	- 0,1	1,9	4,6	4,6	4,0	3,0	2,5
Estland	-	-	-	0,4	- 0,2	1,8	1,8	1,9	3,6	3,0	1,9	1,0
Lettland	-	-	6,8	- 2,0	- 2,8	- 1,6	- 1,0	- 0,4	- 0,3	0,9	0,8	0,5
Litauen	-	-	-	- 1,6	- 3,2	- 1,3	- 1,5	- 0,5	- 0,6	- 0,9	- 1,4	- 0,8
Polen	-	-	-	- 4,4	- 3,0	- 6,3	- 5,7	- 4,3	- 3,8	- 2,7	- 3,2	- 3,1
Rumänien	-	-	-	-	- 4,6	- 1,5	- 1,5	- 1,4	- 1,9	- 2,7	- 3,2	- 3,9
Schweden	-	-	-	- 7,5	3,8	- 0,9	0,8	2,4	2,5	3,0	2,8	3,0
Slowakei	-	-	-	- 3,4	-12,2	- 2,7	- 2,4	- 2,8	- 3,7	- 2,7	- 2,3	- 2,4
Tschechien	-	-	-	-13,4	- 3,7	- 6,6	- 3,0	- 3,5	- 2,9	- 3,4	- 2,8	- 2,7
Ungarn	-	-	-	-	- 2,9	- 7,2	- 6,5	- 7,8	- 9,2	- 6,4	- 4,2	- 3,8
Vereinigtes Königreich	- 3,2	- 2,8	- 1,8	- 5,9	1,2	- 3,3	- 3,4	- 3,3	- 2,7	- 2,8	- 3,0	- 2,8
EU-27	-	-	-	-	-	- 3,1	- 2,8	- 2,4	- 1,6	- 1,1	- 1,2	- 1,1
USA	- 2,6	- 5,1	- 4,3	- 3,2	1,6	- 4,9	- 4,4	- 3,6	- 2,6	- 2,7	- 3,2	- 3,4
Japan	- 4,5	- 1,4	2,1	- 4,7	- 7,6	- 7,9	- 6,2	- 6,4	- 4,6	- 4,0	- 4,2	- 4,7

<sup>1</sup> Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESG 95.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2007.

Für die Jahre 2003 bis 2009: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2007.

Alle Angaben ohne UMTS-Erlöse.

Stand: November 2007.

## 14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP											
	1980	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
<b>Deutschland</b>	<b>30,3</b>	<b>39,5</b>	<b>41,3</b>	<b>55,6</b>	<b>59,7</b>	<b>63,8</b>	<b>65,6</b>	<b>67,8</b>	<b>67,5</b>	<b>64,7</b>	<b>62,6</b>	<b>60,3</b>
Belgien	74,1	115,2	125,7	129,7	107,7	98,6	94,2	92,2	88,2	84,6	81,7	79,0
Griechenland	22,8	49,0	72,6	99,2	101,8	97,9	98,6	98,0	95,3	93,7	91,1	88,8
Spanien	16,4	41,4	42,6	62,7	59,2	48,7	46,2	43,0	39,7	36,3	34,6	33,0
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,1	56,7	62,9	64,9	66,7	64,2	64,3	64,1	64,1
Irland	69,0	100,5	93,1	81,0	37,8	31,1	29,5	27,4	25,1	25,2	26,9	28,5
Italien	56,9	80,5	94,7	121,2	109,1	104,3	103,8	106,2	106,8	104,3	102,9	101,2
Zypern	–	–	–	–	58,8	68,9	70,2	69,1	65,2	60,5	53,3	49,6
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,4	6,3	6,4	6,2	6,6	6,6	6,0	5,4
Malta	–	–	–	–	55,9	69,3	72,7	70,8	64,7	63,1	61,3	59,2
Niederlande	45,8	70,1	76,8	76,1	53,8	52,0	52,4	52,3	47,9	46,8	44,8	41,7
Österreich	35,4	48,1	56,1	67,9	65,5	64,6	63,8	63,4	61,7	60,0	58,4	57,2
Portugal	30,6	58,4	55,3	61,0	50,4	56,9	58,3	63,7	64,8	64,4	64,7	64,5
Slowenien	–	–	–	–	27,2	27,9	27,6	27,4	27,1	25,6	24,5	23,8
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,7	43,8	44,3	44,1	41,4	39,2	35,7	32,4	29,8
Euroraum	33,5	50,3	56,6	72,3	69,2	69,1	69,6	70,3	68,6	66,5	65,0	63,4
Bulgarien	–	–	–	–	73,6	45,9	37,9	29,2	22,8	19,3	15,9	12,9
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,5	51,7	45,8	44,0	36,3	30,3	25,0	20,9	17,5
Estland	–	–	–	8,8	5,2	5,5	5,1	4,4	4,0	2,8	2,3	2,0
Lettland	–	–	–	–	12,3	14,4	14,5	12,5	10,6	10,2	7,8	6,4
Litauen	–	–	–	11,9	23,7	21,2	19,4	18,6	18,2	17,7	17,2	16,1
Polen	–	–	–	–	35,9	47,1	45,7	47,1	47,6	46,8	47,1	47,1
Rumänien	–	–	–	–	23,9	21,5	18,8	15,8	12,4	12,5	12,8	13,5
Schweden	40,0	61,9	42,0	73,0	52,3	53,5	52,4	52,2	47,0	41,1	35,7	30,5
Slowakei	–	–	–	22,0	50,2	42,4	41,4	34,2	30,4	30,8	30,7	30,6
Tschechien	–	–	–	14,6	18,5	30,1	30,4	30,2	30,1	30,2	30,3	30,5
Ungarn	–	–	–	–	54,3	58,0	59,4	61,6	65,6	66,1	66,3	65,9
Vereinigtes Königreich	52,3	51,7	33,3	50,7	40,9	38,7	40,4	42,1	43,2	43,6	44,8	45,6
EU-27	–	–	–	–	61,6	61,8	62,1	62,7	61,4	59,5	58,3	57,0
USA	42,0	55,8	63,6	71,3	55,5	61,3	62,3	62,6	62,1	60,6	62,0	63,2
Japan	55,0	72,2	68,6	87,6	136,6	160,3	167,3	172,1	176,3	179,5	182,4	184,6

Quellen: Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2007.

Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2007.

Für USA und Japan (alle Jahre): EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2007.

Stand: November 2007.

## 15 Steuerquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land	Steuern in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2004	2005	2006
<b>Deutschland<sup>2,3</sup></b>	<b>22,0</b>	<b>23,9</b>	<b>21,8</b>	<b>22,7</b>	<b>22,7</b>	<b>20,7</b>	<b>20,9</b>	<b>22,0</b>
Belgien	24,1	29,4	28,1	29,2	31,0	30,8	31,5	31,1
Dänemark	37,1	42,5	45,6	47,7	47,6	48,1	49,2	48,0
Finnland	28,7	27,4	32,4	31,6	35,3	31,8	32,0	31,4
Frankreich	21,7	23,0	23,5	24,5	28,4	27,3	27,8	28,1
Griechenland	12,2	12,6	15,9	17,0	20,5	17,4	17,7	17,4
Irland	26,1	26,6	28,2	27,3	27,5	25,8	26,1	27,1
Italien	16,0	18,4	25,4	27,5	30,2	28,6	28,4	29,9
Japan	15,3	18,0	21,4	17,9	17,5	16,4	17,3	18,0
Kanada	27,9	27,7	31,5	30,6	30,8	28,6	28,4	28,5
Luxemburg	16,7	25,4	26,0	27,3	29,1	27,0	27,8	26,2
Niederlande	23,0	26,9	26,9	24,1	24,2	23,6	25,8	25,1
Norwegen	29,0	33,5	30,2	31,3	33,7	33,9	34,8	34,9
Österreich	25,3	26,9	26,6	26,3	28,1	28,3	27,6	27,5
Polen	–	–	–	25,2	22,4	20,0	20,7	.
Portugal	14,0	16,1	20,2	22,1	23,8	22,7	22,7	24,0
Schweden	32,5	33,4	38,4	34,8	38,7	36,2	37,2	37,3
Schweiz	16,6	19,4	19,9	20,3	23,1	22,0	22,6	23,0
Slowakei	–	–	–	–	19,8	18,4	18,8	17,7
Spanien	10,0	11,6	21,0	20,5	22,2	22,6	23,7	24,6
Tschechien	–	–	–	22,0	19,7	22,1	21,6	20,4
Ungarn	–	–	–	26,6	26,9	26,3	25,6	25,4
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	30,1	28,5	30,9	28,9	29,6	30,6
Vereinigte Staaten	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	19,2	20,6	21,4

<sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

<sup>2</sup> Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

<sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2006, Paris 2007.

Stand: Oktober 2007.

## 16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2004	2005	2006
<b>Deutschland<sup>2,3</sup></b>	<b>31,5</b>	<b>36,4</b>	<b>34,8</b>	<b>37,2</b>	<b>37,2</b>	<b>34,8</b>	<b>34,8</b>	<b>35,7</b>
Belgien	33,9	41,3	42,0	43,6	44,9	44,8	45,4	44,8
Dänemark	38,4	43,0	46,5	48,8	49,4	49,3	50,3	49,0
Finnland	31,5	35,7	43,5	45,7	47,2	43,4	44,0	43,5
Frankreich	34,1	40,1	42,0	42,9	44,4	43,5	44,1	44,5
Griechenland	17,4	18,8	22,8	25,2	29,7	27,1	27,3	27,4
Irland	28,4	31,0	33,1	32,0	31,7	30,2	30,6	31,7
Italien	25,7	29,7	37,8	40,1	42,3	41,1	41,0	42,7
Japan	19,6	25,4	29,1	26,8	27,0	26,3	27,4	.
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	35,6	33,6	33,4	33,4
Luxemburg	23,5	35,7	35,7	37,1	39,1	37,9	38,6	36,3
Niederlande	35,4	43,4	42,9	41,5	39,7	37,4	39,1	39,5
Norwegen	34,5	42,4	41,0	40,9	42,6	43,3	43,7	43,6
Österreich	33,9	39,0	39,6	41,1	42,6	42,8	42,1	41,9
Polen	–	–	–	36,2	31,6	33,4	34,3	.
Portugal	18,4	22,9	27,7	31,7	34,1	33,8	34,8	35,4
Schweden	38,2	46,9	52,7	48,1	52,6	49,9	50,7	50,1
Schweiz	19,8	25,3	26,0	27,8	30,5	29,1	29,7	30,1
Slowakei	–	–	–	–	32,9	31,6	31,6	29,6
Spanien	15,9	22,6	32,5	32,1	34,2	34,7	35,8	36,7
Tschechien	–	–	–	37,5	35,3	38,3	37,8	36,7
Ungarn	–	–	–	41,3	38,0	37,6	37,2	37,1
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	36,3	34,7	37,3	35,6	36,5	37,4
Vereinigte Staaten	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	26,0	27,3	28,2

<sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

<sup>2</sup> Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

<sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2006, Paris 2007.

Stand: Oktober 2007.

## 17 Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land	Gesamtausgaben des Staates in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
<b>Deutschland<sup>1</sup></b>	<b>46,6</b>	<b>44,9</b>	<b>43,4</b>	<b>48,3</b>	<b>45,1</b>	<b>48,5</b>	<b>47,1</b>	<b>46,8</b>	<b>45,7</b>	<b>44,3</b>	<b>43,7</b>
Belgien	54,7	58,3	52,1	51,9	49,0	51,1	49,2	52,2	49,1	48,7	48,5
Griechenland	–	–	50,2	51,0	51,1	49,4	49,9	47,1	45,8	45,4	45,2
Spanien	–	–	–	44,4	39,0	38,2	38,7	38,2	38,4	38,3	38,5
Frankreich	45,6	51,1	49,6	54,5	51,6	53,3	53,2	53,6	53,5	53,2	52,7
Irland	–	53,2	42,8	41,0	31,6	33,5	34,1	34,4	34,1	35,1	35,5
Italien	40,8	49,8	52,9	52,5	46,2	48,3	47,7	48,2	50,1	48,1	48,3
Luxemburg			37,7	39,7	37,6	42,0	43,2	42,8	40,4	39,0	38,0
Niederlande	55,4	57,1	54,4	51,6	44,2	47,1	46,3	45,4	46,6	47,0	46,2
Österreich	50,2	53,7	51,5	55,9	51,3	50,9	50,2	49,8	49,1	48,3	47,9
Portugal	33,5	38,8	40,0	42,8	43,1	45,4	46,4	47,5	46,1	45,8	45,5
Slowenien	–	–	–	–	48,2	48,0	47,4	47,0	46,3	45,4	44,4
Finnland	40,1	46,3	47,9	61,6	48,3	49,9	50,0	50,3	48,5	47,7	47,3
Euroraum	–	–	–	50,7	46,3	48,2	47,6	47,6	47,4	46,5	46,2
Bulgarien	–	–	–	–	–	40,9	39,3	39,5	36,6	37,3	37,6
Dänemark	52,7	55,5	55,9	59,2	53,5	55,0	54,7	52,6	50,9	50,1	49,6
Estland	–	–	–	42,4	36,5	35,3	34,2	33,2	33,2	32,4	32,4
Lettland	–	–	31,6	38,8	37,3	34,8	35,8	35,5	37,0	37,3	36,4
Litauen	–	–	–	35,7	39,1	33,2	33,4	33,6	33,6	34,8	36,0
Malta	–	–	–	–	41,0	48,6	46,8	46,0	45,2	44,3	43,4
Polen	–	–	–	47,7	41,1	44,6	42,6	43,4	43,3	42,4	41,4
Rumänien	–	–	–	–	48,4	33,6	32,6	33,7	32,0	33,6	34,2
Schweden	–	–	–	67,2	57,1	58,0	56,6	56,3	55,3	53,0	52,5
Slowakei	–	–	–	47,0	51,7	40,0	37,7	38,1	37,3	36,0	35,6
Tschechien	–	–	–	54,5	41,8	47,3	44,4	44,0	42,5	43,1	43,0
Ungarn	–	–	–	–	46,5	49,1	48,9	50,0	52,9	50,9	49,0
Vereinigtes Königreich	47,3	48,8	41,5	44,3	36,8	42,4	42,7	43,7	44,1	44,2	44,3
Zypern	–	–	–	–	37,0	45,1	42,9	43,6	43,9	44,0	43,9
EU-27 <sup>2</sup>	–	–	–	50,5	45,0	47,4	46,8	46,9	46,7	46,0	45,7
USA	33,8	36,1	36,0	35,4	32,5	34,8	34,5	34,8	34,5	35,0	35,3
Japan	33,5	33,2	32,3	36,9	50,6	50,0	48,5	50,0	39,6	39,2	39,0

<sup>1</sup> 1990: nur alte Bundesländer.

<sup>2</sup> 1995 und 2000: EU-15.

Quelle: EU-Kommission „Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft“.

Stand: April 2007.

## 18 Entwicklung der EU-Haushalte 2007 und 2008

1	EU-Haushalt 2007 <sup>1</sup>				EU-Haushalt 2008 <sup>2</sup>			
	Verpflichtungen		Zahlungen		Verpflichtungen		Zahlungen	
	Mio. Euro	%	Mio. Euro	%	Mio. Euro	%	Mio. Euro	%
Rubrik	2	3	4	5	6	7	8	9
1. Nachhaltiges Wachstum davon Globalisierungsanpassungsfonds	54 854,3 500,0	43,4	43 590,1	38,3	57 963,9 500,0	44,9 0,4	50 324,2 0,0	41,8 0,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	55 850,2	44,2	54 210,4	47,6	55 041,1	42,6	53 177,3	44,2
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	1 443,6	1,1	1 270,1	1,1	1 342,9	1,0	1 241,4	1,0
4. Die EU als globaler Akteur davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	6 812,5 234,5	5,4 0,2	7 352,7	6,5 0,0	7 311,0 239,2	5,7 0,2	8 112,7 0,0	6,7 0,0
5. Verwaltung	6 977,9	5,5	6 977,8	6,1	7 283,9	5,6	7 284,4	6,1
6. Ausgleichszahlungen	444,6	0,4	444,6	0,4	206,6	0,2	206,6	0,2
<b>Gesamtbetrag</b>	<b>126 383,2</b>	<b>100,0</b>	<b>113 845,8</b>	<b>100,0</b>	<b>129 149,7</b>	<b>100,6</b>	<b>120 346,8</b>	<b>100,0</b>

<sup>1</sup> = EU-Haushalt 2007 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne 1-7/2007).

<sup>2</sup> = EU-Haushalt 2008 (endg. Feststellung vom 18.12.2007).

## 18 Entwicklung der EU-Haushalte 2007 und 2008

Rubrik	Differenz in %		Differenz in Mio. €	
	Sp. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
	10	11	10	11
<b>1. Nachhaltiges Wachstum</b> davon Globalisierungsanpassungsfonds	5,7 0,0	15,4 –	3 109,6 0,0	6 734,1 0,0
<b>2. Bewahrung und Bewirtschaftung</b> der natürlichen Ressourcen	–1,4	–1,9	–809,1	–1 033,1
<b>3. Unionsbürgerschaft, Freiheit,</b> Sicherheit und Recht	–7,0	–2,3	–100,8	–28,7
<b>4. Die EU als globaler Akteur</b> davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	7,3 2,0	10,3 –	498,8 4,7	760,0 0,0
<b>5. Verwaltung</b>	4,4	4,4	306,0	306,7
<b>6. Ausgleichszahlungen</b>	–53,5	–53,5	–238,0	–238,0
<b>Gesamtbetrag</b>	<b>2,2</b>	<b>5,7</b>	<b>2 766,5</b>	<b>6 500,9</b>

# Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

## 1 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder im Januar 2008

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Januar 2007			Dezember 2007			Januar 2008		
		Bund	Länder	Ins- gesamt	Bund	Länder	Ins- gesamt	Bund	Länder	Ins- gesamt
in Mio. €										
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	16 794	20 006 <sup>5</sup>	35 368 <sup>5</sup>	255 718	267 022	504 848	16 652	20 808	35 778
111	darunter: Steuereinnahmen	14 610	15 528	30 138	230 043	197 947	427 990	14 534	16 593	31 126
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–	–	–	–	–	–	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	25 440 <sup>3</sup>	5 526	30 966	226 887 <sup>3</sup>	62 987	289 874	10 785 <sup>3</sup>	7 869	18 654
12	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	39 806	26 530 <sup>5</sup>	64 905 <sup>5</sup>	270 450	264 104	516 662	40 061	27 160	65 539
121	darunter: Personalausgaben									
	(inklusive Versorgung)	2 703	10 517	13 220	26 038	95 044	121 081	2 767	10 667	13 434
122	Bauausgaben	200	135	334	5 478	4 353	9 831	195	123	318
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	– 13	– 13	–	164	164	–	– 17	– 17
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	25 418	6 379	31 797	213 390	65 919	279 309	– 17 928	15 144	– 2 784
13	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–)</b> <b>(Finanzierungssaldo)</b>	<b>– 23 013</b>	<b>– 6 524</b>	<b>– 29 537</b>	<b>– 14 732</b>	<b>2 917</b>	<b>– 11 814</b>	<b>– 23 409</b>	<b>– 6 352</b>	<b>– 29 761</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	800	800	–	–	–	–	273	273
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	111	111	–	–	–	–	65	65
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	688	688	–	–	–	–	208	208
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse/Landeshauptkassen <sup>2</sup>	21	– 2 287	– 2 266	14 732	– 6 458	8 274	– 7 146	– 7 773	– 14 919
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	– 927	– 927	–	–	–	–	1 135	1 135
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–	–	–	511	511	–	510	510
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	15 885	6 894	22 780	– 2 453	12 532	10 079	17 466	11 890	29 357
32	Vorschüsse	–	9 433	9 433	–	19 254	19 254	–	18 573	18 573
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	–	6 631	6 631	–	9 962	9 962	–	9 573	9 573
34	Saldo (31–32+33)	15 885	4 092	19 978	– 2 453	3 239	786	17 466	2 891	20 357
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 7 106	– 4 957	– 12 063	– 2 453	209	– 2 244	– 13 089	– 9 381	– 22 470
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	7 107	3 147	10 254	2 453	2 316	4 769	13 089	3 801	16 890
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	408	408	–	–	–	–	933	933
56	Zusammen	7 107	3 555	10 662	2 453	2 316	4 769	13 089	4 734	17 823
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	– 1 401	– 1 401	0	2 525	2 525	0	– 4 647	– 4 647
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit <sup>4</sup>	–	367	367	–	782	782	–	1 127	1 127
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	1 680	1 680	–	2 641	2 641	–	2 620	2 620

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. <sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern. <sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. <sup>3</sup> Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung. <sup>4</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. <sup>5</sup> Aufgrund von Länderkorrekturmeldungen veränderte Werte ggü. BMF-Veröffentlichung Januar 2007. Stand: April 2008.



## 2 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Februar 2008

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Februar 2007			Januar 2008			Februar 2008		
		Bund	Länder	Ins- gesamt	Bund	Länder	Ins- gesamt	Bund	Länder	Ins- gesamt
in Mio. €										
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	34 766	39 261 <sup>5</sup>	71 551 <sup>5</sup>	16 652	20 808	35 778	37 051	41 852	76 078
111	darunter: Steuereinnahmen	31 153	31 004	62 157	14 534	16 593	31 126	32 519	32 814	65 333
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–	–	–	–	–	–	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	43 884 <sup>3</sup>	11 482	55 366	10 785 <sup>3</sup>	7 869	18 654	34 010 <sup>3</sup>	11 561	45 572
12	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	57 108	44 879 <sup>5</sup>	99 511 <sup>5</sup>	40 061	27 160	65 539	58 463	46 903	102 542
121	darunter: Personalausgaben									
	(inklusive Versorgung)	4 834	18 079	22 913	2 767	10 667	13 434	4 885	18 283	23 168
122	Bauausgaben	383	290	673	195	123	318	422	319	740
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	13	13	–	–17	–17	–	11	11
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	44 325	15 833	60 159	–17 928	15 144	–2 784	–40 284	23 246	–17 039
13	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–)</b> <b>(Finanzierungssaldo)</b>	<b>–22 342</b>	<b>–5 618<sup>5</sup></b>	<b>–27 960<sup>5</sup></b>	<b>–23 409</b>	<b>–6 352</b>	<b>–29 761</b>	<b>–21 413</b>	<b>–5 051</b>	<b>–26 464</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	200	200	–	273	273	–	278	278
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	60	60	–	65	65	–	54	54
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	140	140	–	208	208	–	224	224
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse/Landeshauptkassen <sup>2</sup>	–389	–4 380	–4 769	–7 146	–7 773	–14 919	–6 277	–13 744	–20 021
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–115	–115	–	1 135	1 135	–	747	747
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–	–	–	510	510	–	510	510
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	4 078	7 276	11 354	17 466	11 890	29 357	6 107	15 227	21 335
32	Vorschüsse	–	10 003	10 003	–	18 573	18 573	–	17 998	17 998
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	–	8 183	8 183	–	9 573	9 573	–	11 064	11 064
34	Saldo (31–32+33)	4 078	5 456	9 534	17 466	2 891	20 357	6 107	8 293	14 400
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	–18 653	–4 516	–23 169	–13 089	–9 381	–22 470	–21 582	–9 022	–30 604
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	18 653	4 655	23 308	13 089	3 801	16 890	21 583	4 402	25 984
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	975	975	–	933	933	–	763	763
56	Zusammen	18 653	5 630	24 283	13 089	4 734	17 823	21 583	5 165	26 747
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	1 114	1 114	0	–4 647	–4 647	0	–3 857	–3 857
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit <sup>4</sup>	–	1 066	1 066	–	1 127	1 127	–	1 963	1 963
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	3 093	3 093	–	2 620	2 620	–	3 771	3 771

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. <sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern. <sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. <sup>3</sup> Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung. <sup>4</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. <sup>5</sup> Aufgrund von Länderkorrekturmeldungen veränderte Werte ggü. BMF-Veröffentlichung Februar 2007. Stand: April 2008.

### 3 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder im Januar 2008

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklb.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarland
in Mio. €										
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
<b>11</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>2 707,0</b>	<b>3 504,3</b>	<b>783,9</b>	<b>1 701,6</b>	<b>459,1</b>	<b>1 622,4</b>	<b>4 195,7</b>	<b>972,5</b>	<b>277,0</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	2 123,3	2 957,9	532,0	1 420,3	259,5	1 248,4	3 640,2 <sup>6</sup>	736,4	245,0
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–	–	–	43,2	18,0	–	27,0	7,5
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	1 551,0	745,0	943,7	–	350,0	215,0	1 368,4	527,4	151,0
<b>12</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>3 169,3</b>	<b>3 515,6</b>	<b>812,7</b>	<b>2 247,3</b>	<b>744,6</b>	<b>2 077,1</b>	<b>5 668,1</b>	<b>1 455,0</b>	<b>313,9</b>
121	darunter: Personalausgaben									
	(inklusive Versorgung)	1 872,9	2 122,8	264,0	593,4	121,3	733,7 <sup>3</sup>	1 514,4 <sup>3</sup>	684,4	175,5
122	Bausubstanz	10,2	33,9	0,1	9,1	5,7	2,2	1,3	1,0	1,1
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	151,5	185,0	–	252,0	–	–	–	–	–
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	3 205,6	996,7	440,3	1 395,6	469,0	1 116,0	2 770,7	1 649,0	262,0
<b>13</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>– 462,3</b>	<b>– 11,3</b>	<b>– 28,8</b>	<b>– 545,7</b>	<b>– 285,5</b>	<b>– 454,7</b>	<b>– 1 472,4</b>	<b>– 482,5</b>	<b>– 36,9</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	149,3	–	–	–	–	– 6,6	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	5,2	–	–	–	–	7,8	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	144,1	–	–	–	–	– 14,4	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse <sup>2</sup>	– 1 653,3	– 256,3	560,5	– 1 446,2	– 118,7	– 897,4	– 2 781,1	– 1 113,9	– 111,6
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	715,3	2 310,3	–	– 1 035,1	–	–	– 188,7	–	–
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	356,3	153,9	–	0,1	–	–	–	–	–
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	3 183,1	1 206,6	102,6	849,5	– 94,2	158,0	2 676,4	601,2	144,5
32	Vorschüsse	2 743,0	7 155,3	873,5	139,3	0,7	626,3	254,5	119,3	– 22,9
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	314,7	3 608,1	–	650,8	200,2	1 466,6	771,6	1,2	13,2
34	Saldo (31–32+33)	754,8	– 2 340,6	– 770,9	1 360,9	105,3	998,3	3 193,5	483,1	180,7
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 289,2	0,0	– 239,2	– 1 666,0	– 298,9	– 353,8	– 1 262,9	– 1 113,3	32,2
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	–	–	1 200,0	169,0	–	375,0	1 113,9	26,8
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	673,0	–	260,0	–	–	–
56	Zusammen	–	–	–	1 873,0	169,0	260,0	375,0	1 113,9	26,8
6	Kassenbestand insgesamt (4+56) <sup>4</sup>	– 289,2	0,0	– 239,2	207,0	– 129,9	– 93,8	– 887,9	0,6	59,0
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit <sup>7</sup>	–	–	–	–	–	1 104,1	–	–	–
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	–	1 466,6	746,3	–	–

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. <sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. <sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. <sup>3</sup> Ohne Februar-Bezüge. <sup>4</sup> Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. <sup>5</sup> SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. <sup>6</sup> NW – Darin enthalten 46,351 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. <sup>7</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: April 2008.

### 3 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder im Januar 2008

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schlesw.-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
in Mio. €									
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
<b>11</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>								
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>1 113,7</b>	<b>612,2</b>	<b>686,9</b>	<b>809,3</b>	<b>1 548,1</b>	<b>191,0</b>	<b>228,9</b>	<b>20 808,1</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	760,3	451,8	525,6	557,0	920,9	116,0	98,0	16 592,6
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	91,0	52,0	–	54,3	286,9	25,6	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	–562,2	1 037,4	286,1	–284,0	775,0	750,0	15,0	7 868,8
<b>12</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>								
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>1 251,9</b>	<b>876,5</b>	<b>916,1</b>	<b>1 314,7</b>	<b>1 932,8</b>	<b>384,8</b>	<b>1 084,9</b>	<b>27 159,8</b>
121	darunter: Personalausgaben								
	(inklusive Versorgung)	412,9	173,6	452,2	181,6	820,0	117,9	426,5	10 667,1
122	Baus Ausgaben	22,0	4,4	5,2	5,9	2,6	0,9	17,4	123,0
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–	–	–	–	–	–	–17,0
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	715,4	75,1	578,8	554,0	404,5	511,1	–	15 143,8
<b>13</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>– 138,2</b>	<b>– 264,3</b>	<b>– 229,2</b>	<b>– 505,4</b>	<b>– 384,7</b>	<b>– 193,8</b>	<b>– 856,0</b>	<b>– 6 351,7</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	3,3	–	–	–	–	126,9	–	272,9
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	2,3	–	–	–	–	49,5	–	64,8
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	1,0	–	–	–	–	77,4	–	208,1
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse <sup>2</sup>	–1 277,4	992,8	–293,3	–7,4	373,2	239,0	17,9	–7 773,2
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	682,2	–	–	–	–	–420,1	–928,9	1 135,0
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–	–	–	–	–	–	510,3
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	561,7	1 605,9	0,0	–71,2	–501,5	47,5	1 420,2	11 890,3
32	Vorschüsse	1 964,6	2 384,0	0,0	1,1	–	–24,9	2 358,8	18 572,6
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	2 006,8	–	0,0	2,2	360,9	153,4	23,2	9 572,9
34	Saldo (31–32+33)	603,9	–778,0	0,0 <sup>5</sup>	–70,1	–140,6	225,8	–915,4	2 890,7
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	–128,5	–49,5	–522,5	–582,9	–152,1	–71,8	–2 682,4	–9 380,8
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	–	–	497,3	164,0	132,1	123,0	3 801,1
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	933,0
56	Zusammen	–	–	–	497,3	164,0	132,1	123,0	4 734,1
6	Kassenbestand insgesamt (4+56) <sup>4</sup>	–128,5	–49,5	–522,5	–85,6	11,9	60,3	–2 559,4	–4 646,7
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit <sup>7</sup>	–	–	–	–	–	–	23,2	1 127,3
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	360,9	22,9	23,2	2 619,9

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. <sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. <sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. <sup>3</sup> Ohne Februar-Bezüge. <sup>4</sup> Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. <sup>5</sup> SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. <sup>6</sup> NW – Darin enthalten 46,351 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. <sup>7</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: April 2008.

## 4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Februar 2008

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklb.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarland
in Mio. €										
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
<b>11</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>4 993,8</b>	<b>6 334,9</b>	<b>1 640,7</b>	<b>3 267,3</b>	<b>940,1</b>	<b>3 501,7</b>	<b>7 750,0</b>	<b>2 101,8</b>	<b>487,6</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	4 076,9	5 248,4	1 227,3	2 782,8	607,4	2 629,6	6 527,8	1 521,4	416,4
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–	–	–	86,5	46,8	–	62,3	16,4
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	2 161,0	778,1	280,0	–	–84,3	1 660,0	3 045,9	1 149,6	247,0
<b>12</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>5 419,3</b>	<b>6 316,8</b>	<b>1 696,5</b>	<b>3 764,5</b>	<b>1 217,7</b>	<b>3 607,4</b>	<b>8 930,8</b>	<b>2 673,3</b>	<b>577,6</b>
121	darunter: Personalausgaben									
	(inklusive Versorgung)	2 939,3	3 401,8	428,9	1 169,2	242,4	1 459,8 <sup>3</sup>	3 029,0 <sup>3</sup>	1 072,0	275,2
122	Bausgaben	31,6	75,3	1,4	15,4	15,0	5,7	5,5	2,2	3,7
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	371,8	370,0	–	600,3	–	–	–	–	–
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	3 789,1	1 355,1	696,0	1 494,5	596,8	1 394,2	5 503,8	2 250,1	318,3
<b>13</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>– 425,5</b>	<b>18,0</b>	<b>– 55,8</b>	<b>– 497,2</b>	<b>– 277,6</b>	<b>– 105,7</b>	<b>– 1 180,7</b>	<b>– 571,5</b>	<b>– 90,0</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	149,3	–	–	–	–	–0,1	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	5,2	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	144,1	–	–	–	–	–0,1	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse <sup>2</sup>	– 1 617,1	– 554,7	– 142,1	– 1 535,6	– 680,8	267,0	– 5 514,9	– 1 090,9	– 74,8
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	715,3	2 310,3	–	– 1 035,1	–	–	– 203,0	–	–
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	356,3	153,9	–	0,1	–	–	–	–	–
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	3 531,3	1 646,3	539,9	1 092,9	488,1	126,2	4 657,6	768,9	120,9
32	Vorschüsse	3 089,3	7 313,7	786,6	130,3	3,4	611,9	147,3	98,3	– 13,5
33	Geldbestände der Rücklagen und Sonderevermögen	314,5	3 595,8	–	889,4	208,9	1 600,6	1 042,5	2,6	23,8
34	Saldo (31–32+33)	756,5	– 2 071,6	– 246,7	1 851,9	693,6	1 114,9	5 552,8	673,3	158,2
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 214,5	0,0	– 444,6	– 1 216,0	– 264,8	1 276,2	– 1 345,9	– 989,2	– 6,6
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	0,0	0,0	228,7	520,0	236,5	–	1 380,0	990,0	70,3
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	763,0	–	–	–	–	–
56	Zusammen	0,0	0,0	228,7	1 283,0	236,5	–	1 380,0	990,0	70,3
6	Kassenbestand insgesamt (4+56) <sup>4</sup>	– 214,5	0,0	– 215,9	67,0	– 28,3	1 276,2	34,1	0,8	63,7
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit <sup>6</sup>	–	–	–	–	–	1 238,0	–	–	–
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	–	1 600,6	1 016,6	–	–

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. <sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. <sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. <sup>3</sup> Ohne März-Bezüge. <sup>4</sup> Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. <sup>5</sup> SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. <sup>6</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sonderevermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: April 2008.

## 4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Februar 2008

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schlesw.-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
in Mio. €									
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
<b>11</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>								
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>2 327,1</b>	<b>1 255,4</b>	<b>1 222,2</b>	<b>1 471,5</b>	<b>3 946,3</b>	<b>555,9</b>	<b>1 387,0</b>	<b>41 852,1</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	1 659,3	913,5	969,1	931,7	1 795,8	380,1	1 126,4	32 813,9
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	182,0	104,0	–	108,5	652,8	71,9	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	–561,2	1 283,0	286,1	–336,1	1 035,1	750,0	–132,8	11 561,4
<b>12</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>								
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>2 469,1</b>	<b>1 578,3</b>	<b>1 656,0</b>	<b>1 956,9</b>	<b>3 553,4</b>	<b>780,5</b>	<b>2 036,2</b>	<b>46 903,1</b>
121	darunter: Personalausgaben								
	(inklusive Versorgung)	731,1	346,4	701,8	345,5	1 241,2	221,1	678,0	18 282,7
122	Bausausgaben	54,4	14,0	17,3	15,1	7,7	22,2	32,2	318,7
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–	–	–	–	–	–	10,9
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	934,7	256,3	704,9	687,0	2 708,0	557,1	–	23 245,9
<b>13</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>– 142,0</b>	<b>– 322,9</b>	<b>– 433,8</b>	<b>– 485,4</b>	<b>392,9</b>	<b>– 224,6</b>	<b>– 649,2</b>	<b>– 5 051,0</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	128,8	–	278,0
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	48,8	–	54,0
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	79,9	–	223,9
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse <sup>2</sup>	– 1 495,5	1 058,4	– 419,5	– 339,2	– 1 667,3	192,8	– 129,8	– 13 744,0
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	683,2	–	–	–	–	– 420,1	– 1 303,9	746,7
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–	–	–	–	–	–	510,3
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	530,2	1 387,9	0,0	122,8	813,6	65,0	– 664,3	15 227,3
32	Vorschüsse	1 662,8	2 231,4	0,0	4,0	–	– 28,5	1 961,0	17 998,0
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	2 010,4	70,1	0,0	2,2	380,4	197,7	724,6	11 063,5
34	Saldo (31–32+33)	877,8	– 773,4	0,0 <sup>5</sup>	121,0	1 194,0	291,2	– 1 900,7	8 292,8
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 76,5	– 38,0	– 853,3	– 703,6	– 80,4	– 80,9	– 3 983,6	– 9 021,7
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	0,0	–	–	528,2	89,0	148,2	211,0	4 401,9
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	763,0
56	Zusammen	0,0	–	–	528,2	89,0	148,2	211,0	5 164,9
6	Kassenbestand insgesamt (4+56) <sup>4</sup>	– 76,5	– 38,0	– 853,3	– 175,4	8,6	67,2	– 3 772,6	– 3 856,9
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit <sup>6</sup>	–	–	–	–	–	–	724,6	1 962,6
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	380,4	48,7	724,6	3 770,9

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. <sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. <sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. <sup>3</sup> Ohne Februar-Bezüge. <sup>4</sup> Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. <sup>5</sup> SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. <sup>6</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: April 2008.

# Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

## 1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland <sup>1</sup>		Erwerbs- quote <sup>2</sup>	Erwerbs- lose	Erwerbs- losen- quote <sup>3</sup>	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitions- quote <sup>4</sup>
	Mio.	Verän- derung in % p. a.				gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Stunde	
						Veränderung in % p. a.			
			in %	Mio.	in %				in %
1991	38,6	.	51,0	2,2	5,3	.	.	.	23,2
1992	38,1	– 1,5	50,4	2,5	6,2	2,2	3,7	2,5	23,6
1993	37,6	– 1,3	50,0	3,1	7,5	– 0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	– 0,1	50,1	3,3	8,1	2,7	2,8	2,9	22,6
1995	37,6	0,2	49,9	3,2	7,9	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	– 0,3	50,0	3,5	8,6	1,0	1,3	2,3	21,3
1997	37,5	– 0,1	50,2	3,8	9,2	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,7	3,7	9,0	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,9	3,4	8,2	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,3	3,1	7,4	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,5	3,2	7,5	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	– 0,6	51,5	3,5	8,3	0,0	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	– 0,9	51,6	3,9	9,2	– 0,2	0,7	1,2	17,9
2004	38,9	0,4	52,1	4,2	9,7	1,1	0,7	0,5	17,5
2005	38,8	– 0,1	52,5	4,6	10,6	0,8	0,9	1,3	17,4
2006	39,1	0,6	52,5	4,3	9,8	2,9	2,2	2,4	18,0
2007	39,7	1,7	52,6	3,6	8,3	2,5	0,8	0,8	18,5
2002/1997	38,6	0,9	51,0	3,5	8,3	1,7	0,8	1,7	20,5
2007/2002	39,1	0,3	52,1	4,0	9,3	1,4	1,1	1,2	17,9

<sup>1</sup> Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95. <sup>2</sup> Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose [ILO]) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

<sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95. <sup>4</sup> Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Februar 2008.

## 2 Preisentwicklung

Jahr	Bruttoinlandsprodukt (nominal)	Bruttoinlandsprodukt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnachfrage (Deflator)	Konsum der privaten Haushalte (Deflator) <sup>1</sup>	Verbraucherpreisindex (2000=100)	Lohnstückkosten <sup>2</sup>
	Veränderung in % p. a.						
1991	.	.	.	.	.	.	.
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,3
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,8
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,8	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,8	2,1
1996	1,5	0,5	- 0,7	0,7	1,0	1,4	0,4
1997	2,1	0,3	- 2,2	0,9	1,4	1,9	- 0,9
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	1,0	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,5
2000	2,5	- 0,7	- 4,8	0,9	0,9	1,4	0,7
2001	2,5	1,2	- 0,1	1,3	1,7	1,9	0,6
2002	1,4	1,4	2,1	0,8	1,1	1,5	0,6
2003	1,0	1,2	1,0	1,0	1,5	1,0	0,8
2004	2,2	1,1	- 0,4	1,3	1,6	1,7	- 0,4
2005	1,5	0,7	- 1,3	1,2	1,6	1,5	- 0,7
2006	3,5	0,6	- 1,5	1,1	1,4	1,6	- 1,1
2007	4,4	1,8	0,7	1,6	1,7	2,3	0,1
2002/1997	2,3	0,6	- 0,2	0,7	0,9	1,3	0,5
2007/2002	2,5	1,1	- 0,3	1,3	1,6	1,6	- 0,3

<sup>1</sup> Ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck. <sup>2</sup> Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen. Stand: Februar 2008.

### 3 Außenwirtschaft<sup>1</sup>

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. €		Anteile am BIP in %			
1991	.	.	- 6,09	- 23,08	25,8	26,2	- 0,4	- 1,5
1992	0,2	0,6	- 7,48	- 18,62	24,1	24,5	- 0,5	- 1,1
1993	- 4,8	- 6,4	- 0,46	- 17,82	22,3	22,3	- 0,0	- 1,1
1994	8,9	8,1	2,59	- 28,44	23,1	22,9	0,1	- 1,6
1995	7,7	6,2	8,67	- 23,96	24,0	23,5	0,5	- 1,3
1996	5,5	3,7	16,87	- 12,26	24,9	24,0	0,9	- 0,7
1997	12,7	11,6	23,91	- 8,61	27,5	26,2	1,2	- 0,4
1998	7,0	6,8	26,82	- 13,43	28,7	27,3	1,4	- 0,7
1999	5,0	7,0	17,44	- 23,96	29,4	28,5	0,9	- 1,2
2000	16,4	18,7	7,25	- 26,70	33,4	33,0	0,4	- 1,3
2001	6,9	1,8	42,51	- 0,90	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	- 3,6	97,72	45,89	35,7	31,2	4,6	2,1
2003	0,7	2,6	85,93	44,76	35,6	31,7	4,0	2,1
2004	9,9	7,5	111,03	98,51	38,3	33,3	5,0	4,5
2005	8,3	9,2	113,33	105,76	40,9	35,8	5,0	4,7
2006	14,0	14,3	126,38	121,80	45,1	39,6	5,4	5,2
2007	8,3	4,6	170,85	167,59	46,7	39,7	7,0	6,9
2002/1997	7,8	5,9	35,9	- 4,6	31,6	29,8	1,7	- 0,3
2007/2002	8,2	7,6	117,5	97,4	40,4	35,2	5,2	4,3

<sup>1</sup> In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen. Stand: Februar 2008.

### 4 Einkommensverteilung

Jahr	Volks- einkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) <sup>3</sup>
	Veränderung in % p. a.			unbereinigt <sup>1</sup>	bereinigt <sup>2</sup>	Veränderung in % p. a.	
1991	.	.	.	71,0	71,0	.	.
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	- 1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,1
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	- 2,4
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	- 0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	- 1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	- 2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	- 1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5
2000	2,5	- 0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5
2002	1,0	1,7	0,7	71,6	72,5	1,4	- 0,1
2003	1,5	4,4	0,3	70,8	71,9	1,2	- 0,7
2004	4,2	13,4	0,4	68,2	69,6	0,6	0,8
2005	1,4	5,9	- 0,6	66,8	68,4	0,3	- 1,2
2006	3,6	7,2	1,7	65,6	67,2	0,9	- 1,5
2007	4,2	6,9	2,8	64,7	66,3	1,5	- 0,8
2002/1997	1,8	0,9	2,2	71,2	72,1	1,4	0,9
2007/2002	3,0	7,5	0,9	68,0	69,3	0,9	- 0,7

<sup>1</sup> Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens. <sup>2</sup> Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991). <sup>3</sup> Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Februar 2008.

## 5 Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %										
	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
<b>Deutschland</b>	<b>2,3</b>	<b>5,3</b>	<b>1,9</b>	<b>3,2</b>	<b>- 0,2</b>	<b>1,1</b>	<b>0,8</b>	<b>2,9</b>	<b>2,5</b>	<b>2,1</b>	<b>2,2</b>
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,7	1,0	3,0	1,7	2,8	2,7	2,1	2,2
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	5,0	4,6	3,4	4,3	4,1	3,8	3,7
Spanien	2,3	3,8	2,8	5,0	3,1	3,3	3,6	3,9	3,8	3,0	2,3
Frankreich	1,7	2,6	2,1	3,9	1,1	2,5	1,7	2,0	1,9	2,0	1,8
Irland	3,1	7,6	9,8	9,0	4,3	4,3	5,9	5,7	4,9	3,5	3,8
Italien	2,8	2,1	2,8	3,6	0,0	1,2	0,1	1,9	1,9	1,4	1,6
Zypern	-	-	9,9	5,0	1,8	4,2	3,9	3,8	3,8	3,9	3,9
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	8,4	2,1	4,9	5,0	6,1	5,2	4,7	4,5
Malta	-	-	6,2	6,4	- 0,3	0,1	3,1	3,2	3,1	2,8	2,9
Niederlande	2,7	4,2	3,1	3,9	0,3	2,2	1,5	3,0	2,7	2,6	2,5
Österreich	2,6	4,6	1,9	3,4	1,2	2,3	2,0	3,3	3,3	2,7	2,4
Portugal	2,8	4,0	4,3	3,9	- 0,7	1,5	0,5	1,3	1,8	2,0	2,1
Slowenien	-	-	4,1	4,1	2,8	4,4	4,1	5,7	6,0	4,6	4,0
Finnland	3,3	0,1	3,9	5,0	1,8	3,7	2,9	5,0	4,3	3,4	2,8
Euroraum	2,3	3,5	2,4	3,8	0,8	2,0	1,5	2,8	2,6	2,2	2,1
Bulgarien	-	-	2,9	5,4	5,0	6,6	6,2	6,1	6,3	6,0	6,2
Dänemark	4,0	1,5	3,1	3,5	0,4	2,1	3,1	3,5	1,9	1,3	1,4
Estland	-	-	4,5	7,9	7,2	8,3	10,2	11,2	7,8	6,4	6,2
Lettland	-	-	- 0,9	6,9	7,2	8,7	10,6	11,9	10,5	7,2	6,2
Litauen	-	-	3,3	4,1	10,3	7,3	7,9	7,7	8,5	7,5	6,3
Polen	-	-	7,0	4,3	3,9	5,3	3,6	6,1	6,5	5,6	5,2
Rumänien	-	-	7,1	2,1	5,2	8,5	4,1	7,7	6,0	5,9	5,8
Schweden	2,2	1,0	3,9	4,3	1,7	4,1	2,9	4,2	3,4	3,1	2,4
Slowakei	-	-	5,8	0,7	4,2	5,4	6,0	8,3	8,7	7,0	6,2
Tschechien	-	-	5,9	3,6	3,6	4,5	6,4	6,4	5,8	5,0	4,9
Ungarn	-	-	1,5	5,2	4,2	4,8	4,1	3,9	2,0	2,6	3,4
Vereinigtes Königreich	3,5	0,8	2,9	3,8	2,8	3,3	1,8	2,8	3,1	2,2	2,5
EU-27	-	-	2,6	3,8	1,3	2,5	1,8	3,0	2,9	2,4	2,4
Japan	5,1	5,2	2,0	2,9	1,4	2,7	1,9	2,2	1,9	1,9	2,3
USA	3,8	1,7	2,5	3,7	2,5	3,6	3,1	2,9	2,1	1,7	2,6

Quellen: Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2007.

Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2007.

Stand: November 2007.



## 6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %						
	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
<b>Deutschland</b>	<b>1,0</b>	<b>1,8</b>	<b>1,9</b>	<b>1,8</b>	<b>2,2</b>	<b>2,0</b>	<b>1,8</b>
Belgien	1,5	1,9	2,5	2,3	1,7	2,1	1,8
Griechenland	3,4	3,0	3,5	3,3	2,8	3,1	3,1
Spanien	3,1	3,1	3,4	3,6	2,6	2,9	2,7
Frankreich	2,2	2,3	1,9	1,9	1,5	1,7	1,6
Irland	4,0	2,3	2,2	2,7	2,8	2,2	2,0
Italien	2,8	2,3	2,2	2,2	1,9	2,0	1,9
Zypern	4,0	1,9	2,0	2,2	2,0	2,3	2,1
Luxemburg	2,5	3,2	3,8	3,0	2,5	2,8	2,3
Malta	1,9	2,7	2,5	2,6	0,8	2,5	2,2
Niederlande	2,2	1,4	1,5	1,7	1,6	2,3	2,7
Österreich	1,3	2,0	2,1	1,7	1,9	1,9	1,8
Portugal	3,3	2,5	2,1	3,0	2,4	2,4	2,3
Slowenien	5,7	3,7	2,5	2,5	3,5	3,7	2,9
Finnland	1,3	0,1	0,8	1,3	1,5	2,4	2,1
Euroraum	2,1	2,2	2,2	2,2	2,0	2,1	2,0
Bulgarien	2,3	6,1	6,0	7,4	7,1	7,3	5,8
Dänemark	2,0	0,9	1,7	1,9	1,7	2,4	2,4
Estland	1,4	3,0	4,1	4,4	6,3	7,3	4,8
Lettland	2,9	6,2	6,9	6,6	9,6	9,8	6,0
Litauen	– 1,1	1,2	2,7	3,8	5,6	6,5	5,2
Polen	0,7	3,6	2,2	1,3	2,5	2,8	2,9
Schweden	2,3	1,0	0,8	1,5	1,6	2,0	2,0
Slowakei	8,4	7,5	2,8	4,3	1,7	2,5	3,0
Tschechien	– 0,1	2,6	1,6	2,1	3,0	3,8	3,2
Ungarn	4,7	6,8	3,5	4,0	7,7	4,9	2,8
Vereinigtes Königreich	1,4	1,3	2,1	2,3	2,4	2,2	2,0
EU-27	2,1	2,3	2,3	2,3	2,3	2,4	2,2
Japan	– 0,3	0,0	– 0,3	0,2	0,0	0,2	0,5
USA	2,3	2,7	3,4	3,2	2,7	1,9	1,5

Quellen: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2007.  
Stand: November 2007.

## 7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung										
	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
<b>Deutschland</b>	<b>7,2</b>	<b>4,8</b>	<b>8,0</b>	<b>7,5</b>	<b>9,3</b>	<b>9,7</b>	<b>10,7</b>	<b>9,8</b>	<b>8,1</b>	<b>7,7</b>	<b>7,6</b>
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,2	8,4	8,4	8,2	7,5	7,2	6,9
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,7	10,5	9,8	8,9	8,4	7,9	7,5
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	11,1	10,6	9,2	8,5	8,1	8,5	9,1
Frankreich	9,6	8,5	11,1	9,1	9,5	9,6	9,7	9,5	8,6	8,2	8,1
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,7	4,5	4,3	4,4	4,5	5,3	5,5
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	8,4	8,0	7,7	6,8	5,9	5,7	5,5
Zypern	–	–	2,6	4,9	4,1	4,6	5,2	4,6	4,3	4,1	3,9
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,3	3,7	5,1	4,5	4,7	4,7	4,5	4,2
Malta	–	4,8	4,9	6,7	7,6	7,4	7,3	7,3	6,8	6,6	6,5
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,8	3,7	4,6	4,7	3,9	3,1	2,7	2,4
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	4,3	4,8	5,2	4,7	4,3	4,2	4,2
Portugal	9,1	4,8	7,3	4,0	6,3	6,7	7,6	7,7	8,0	8,0	7,7
Slowenien	–	–	6,9	6,7	6,7	6,3	6,5	6,0	4,9	4,7	4,6
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	9,0	8,8	8,4	7,7	6,7	6,4	6,3
Euroraum	9,3	7,6	10,4	8,3	8,7	8,9	8,9	8,3	7,3	7,1	7,1
Bulgarien	–	–	12,7	16,4	13,7	12,0	10,1	9,0	7,5	6,8	6,0
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	5,4	5,5	4,8	3,9	3,0	2,7	2,7
Estland	–	–	9,7	12,8	10,0	9,7	7,9	5,9	4,9	4,8	4,9
Lettland	–	0,5	18,9	13,7	10,5	10,4	8,9	6,8	5,8	5,5	5,6
Litauen	–	0,0	6,9	16,4	12,4	11,4	8,3	5,6	4,2	4,2	4,4
Polen	–	–	13,2	16,1	19,6	19,0	17,7	13,8	9,4	7,3	6,4
Rumänien	–	–	6,1	7,2	7,0	8,1	7,2	7,3	7,1	7,0	6,9
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	5,6	6,3	7,4	7,1	6,1	5,8	5,7
Slowakei	–	–	13,2	18,8	17,6	18,2	16,3	13,4	11,2	9,7	9,0
Tschechien	–	–	5,8	8,7	7,8	8,3	7,9	7,1	5,9	5,4	5,0
Ungarn	–	–	10,0	6,4	5,9	6,1	7,2	7,5	7,3	7,0	6,9
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,3	4,9	4,7	4,8	5,3	5,3	5,4	5,3
EU-27	–	–	–	8,7	9,0	9,1	8,9	8,2	7,1	6,8	6,6
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	5,3	4,7	4,4	4,1	3,9	4,0	4,0
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	6,0	5,5	5,1	4,6	4,6	5,3	5,4

Quellen: Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2007.

Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2007.

Stand: November 2007.

## 8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanzsaldo in ausgewählten Schwellenländern

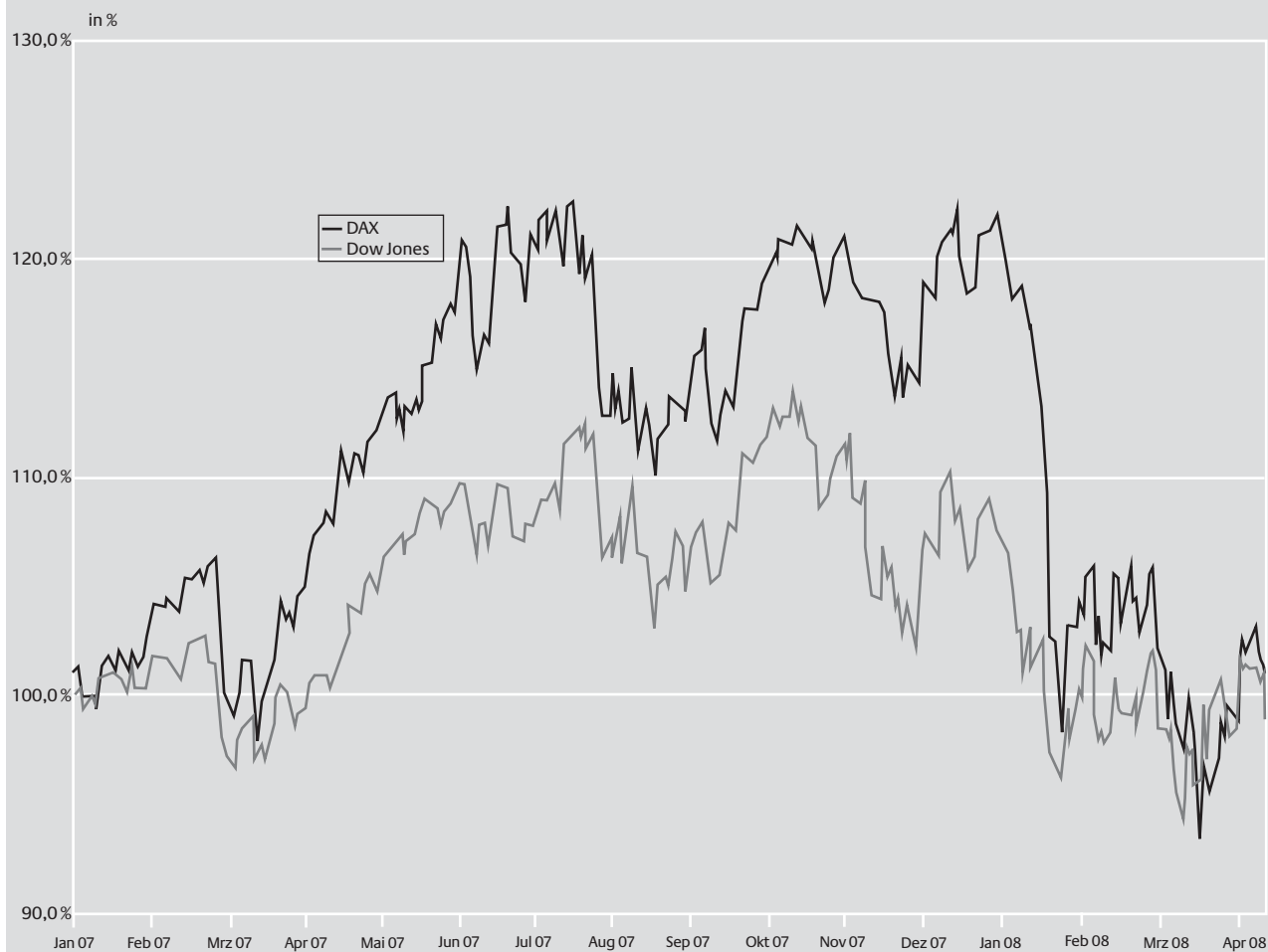
	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanzsaldo in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %											
	2006	2007	2008 <sup>1</sup>	2009 <sup>1</sup>	2006	2007	2008 <sup>1</sup>	2009 <sup>1</sup>	2006	2007	2008 <sup>1</sup>	2009 <sup>1</sup>
<b>Gemeinschaft unabhängiger Staaten</b>	<b>8,2</b>	<b>8,5</b>	<b>7,0 ↓</b>	<b>6,5 ↓</b>	<b>9,5</b>	<b>9,7 ↓</b>	<b>13,1↑</b>	<b>9,5↑</b>	<b>7,5</b>	<b>4,5 ↓</b>	<b>4,8↑</b>	<b>2,4↑</b>
darunter												
Russische Föderation	7,4	8,1	6,8 ↓	6,3 ↓	9,7	9,0	11,4↑	8,4	9,5	5,9	5,8↑	2,9↑
Ukraine	7,1	7,3	5,6	4,2 ↓	9,0	12,8	21,9↑	15,7↑	-1,5	-4,2 ↓	-7,6 ↓	-9,7 ↓
<b>Asien</b>	<b>8,9</b>	<b>9,1↑</b>	<b>7,5 ↓</b>	<b>7,8↓</b>	<b>3,7</b>	<b>4,8</b>	<b>5,5↑</b>	<b>3,9 ↓</b>	<b>5,7</b>	<b>6,5 ↓</b>	<b>5,3 ↓</b>	<b>5,2↓</b>
darunter												
China	11,1	11,4	9,3 ↓	9,5↓	1,5	4,8	5,9↑	3,6 ↓	9,4	11,1	9,8↓	10,0↓
Indien	9,7 ↓	9,2 ↑	7,9↓	8,0↓	6,2	6,4	5,2↑	4,0 ↑	-1,1↑	-1,8 ↓	-3,1↓	-3,4↓
Indonesien	5,5	6,3	6,1	6,3 ↓	13,1	6,4	7,1↑	5,9	3,0↑	2,5 ↑	1,8↑	1,2↑
Korea	5,1 ↑	5,0 ↑	4,2 ↓	4,4↓	2,2	2,5	3,4↑	2,9↑	0,6	0,6	-1,0↓	-0,9↓
Thailand	5,1	4,8 ↑	5,3↑	5,6↑	4,6	2,2	3,5	2,5	1,1↓	6,1↑	3,4↑	1,3↓
<b>Lateinamerika</b>	<b>5,5</b>	<b>5,6</b>	<b>4,4↑</b>	<b>3,6 ↓</b>	<b>5,3</b>	<b>5,4</b>	<b>6,6↑</b>	<b>6,1↑</b>	<b>1,5</b>	<b>0,5↑</b>	<b>-0,3 ↑</b>	<b>-0,9</b>
darunter												
Argentinien	8,5	8,7	7,0↑	4,5	10,9	8,8	9,2	9,1	2,5	1,1↑	0,4↑	-0,5↑
Brasilien	3,8	5,4 ↑	4,8↑	3,7 ↓	4,2	3,6	4,8	4,3	1,3	0,3	-0,7 ↓	-0,9 ↓
Chile	4,0	5,0	4,5↓	4,5↓	3,4	4,4	6,6↑	3,6↑	3,6	3,7 ↓	-0,5 ↓	-1,3 ↓
Mexiko	4,8	3,3	2,0↓	2,3 ↓	3,6	4,0	3,8 ↓	3,2↓	-0,3	-0,8	-1,0 ↑	-1,6 ↑
Venezuela	10,3	8,4	5,8	3,5	13,7	18,7	25,7↑	31,0↑	14,7	9,8 ↑	7,2↑	5,0 ↑
<b>Sonstige</b>												
Türkei	6,9 ↑	5,0 ↑	4,0 ↓	4,3 ↓	9,6	8,8	7,5↑	4,5 ↓	-6,1↑	-5,7↑	-6,7↑	-6,3 ↑
Südafrika	5,4	5,1 ↑	3,8 ↓	3,9 ↓	4,7	7,1	8,7↑	5,9	-6,5	-7,3 ↑	-7,7↓	-7,9↓

<sup>1</sup> Prognosen des IWF [↑/↓= aktuelle Prognose ggü. der vorigen (Oktober 2007) angehoben/gesenkt].  
Quelle: IWF World Economic Outlook, April 2008.

## 9 Entwicklung von DAX und Dow Jones

Eröffnungskurs 2./3. Januar 2007 = 100 %

(2. Januar 2007 bis 11. April 2008)



## 10 Übersicht Weltfinanzmärkte

### Aktienindizes

	Aktuell 11.4.2008	Ende 2007	Änderung in % zu Ende 2007	Tief 2007	Hoch 2007
Dow Jones	12 325	13 265	– 7,08	12 050	14 165
Eurostoxx 50	3 102	3 684	– 15,79	3 505	3 999
Dax	6 604	8 067	– 18,14	6 448	8 106
CAC 40	4 859	5 614	– 13,44	5 265	6 168
Nikkei	12 945	15 308	– 15,43	14 838	18 262

### Renditen staatlicher Benchmarkanleihen

10 Jahre	Aktuell 11.4.2008	Ende 2007	Spread zu US-Bond	Tief 2007	Hoch 2007
			in %		
USA	3,47	4,03	–	3,84	5,29
Bund	3,94	4,36	0,47	3,88	4,68
Japan	1,38	1,50	– 2,10	1,41	1,97
Brasilien	13,42	12,35	9,95	12,57	16,91

### Währungen

	Aktuell 11.4.2008	Ende 2007	Änderung in % zu Ende 2007	Tief 2007	Hoch 2007
Dollar/Euro	1,58	1,46	8,34	1,29	1,49
Yen/Dollar	101,82	111,00	– 8,58	107,00	124,00
Yen/Euro	159,77	162,00	– 1,67	151,00	169,00
Pfund/Euro	0,80	0,74	9,11	0,66	0,74

## 11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G 7-Länder / Euroraum / EU-27

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009
<b>Deutschland</b>												
EU-KOM	2,9	2,5	1,6	2,2	1,8	2,2	2,3	1,8	9,8	8,1	7,7	7,6
OECD	3,1	2,6	1,8	1,6	1,8	2,2	2,3	1,8	8,1	6,4	5,7	5,6
IWF	2,9	2,5	1,4	1,0	1,8	2,3	2,5	1,6	9,8	8,4	7,9	7,7
<b>USA</b>												
EU-KOM	2,9	2,1	1,7	2,6	3,2	2,7	1,9	1,5	4,6	4,6	5,3	5,4
OECD	2,9	2,2	2,0	2,2	3,2	2,8	2,7	1,9	4,6	4,6	5,0	5,0
IWF	2,9	2,2	0,5	0,6	3,2	2,9	3,0	2,0	4,6	4,6	5,4	6,3
<b>Japan</b>												
EU-KOM	2,2	1,9	1,9	2,3	0,2	0,0	0,2	0,5	4,1	3,9	4,0	4,0
OECD	2,2	2,1	1,6	1,8	0,2	0,0	0,3	0,4	4,1	3,8	3,7	3,6
IWF	2,4	2,1	1,4	1,5	0,3	–	0,6	1,3	4,1	3,9	3,9	3,9
<b>Frankreich</b>												
EU-KOM	2,0	1,9	1,7	1,8	1,9	1,5	2,4	1,6	9,5	8,6	8,2	8,1
OECD	2,2	1,9	1,8	2,0	1,9	1,5	2,2	1,9	8,8	8,0	7,5	7,4
IWF	2,0	1,9	1,4	1,2	1,9	1,6	2,5	1,7	9,2	8,3	7,8	7,9
<b>Italien</b>												
EU-KOM	1,9	1,9	0,7	1,6	2,2	1,9	2,7	1,9	6,8	5,9	5,7	5,5
OECD	1,9	1,5	1,3	1,3	2,2	2,0	2,4	1,9	6,8	5,9	5,8	5,8
IWF	1,8	1,5	0,3	0,3	2,2	2,0	2,5	1,9	6,8	6,0	5,9	5,8
<b>Vereinigtes Königreich</b>												
EU-KOM	2,8	3,1	1,7	2,5	2,3	2,4	2,5	2,0	5,3	5,3	5,4	5,3
OECD	2,8	3,1	2,0	2,4	2,3	2,3	2,2	2,0	5,5	5,5	5,7	5,5
IWF	2,9	3,1	1,6	1,6	2,3	2,3	2,5	2,1	5,4	5,4	5,5	5,4
<b>Kanada</b>												
EU-KOM	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
OECD	2,8	2,7	2,4	2,7	2,0	2,4	1,7	1,8	6,3	6,0	5,8	5,8
IWF	2,8	2,7	1,3	1,9	2,0	2,1	1,6	2,0	6,3	6,0	6,1	6,3
<b>Euroraum</b>												
EU-KOM	2,8	2,6	1,8	2,1	2,2	2,0	2,6	2,0	8,3	7,3	7,1	7,1
OECD	2,9	2,6	1,9	2,0	2,2	2,1	2,5	2,0	7,7	6,8	6,4	6,4
IWF	2,8	2,6	1,4	1,2	2,2	2,1	2,8	1,9	8,2	7,4	7,3	7,4
<b>EU-27</b>												
EU-KOM	3,0	2,9	2,0	2,4	2,3	2,3	2,9	2,2	8,2	7,1	6,8	6,6
IWF	3,3	3,1	1,8	1,7	2,3	2,4	3,0	2,4	–	–	–	–

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2007.

EU-Interimsprognose, Februar 2008, für 2008 zu BIP und Verbraucherpreisen.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2007.

OECD-Interims-Projektion, März 2008, für 2007 zu BIP.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2008.

Stand: April 2008.

## 11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009
<b>Belgien</b>												
EU-KOM	2,8	2,7	2,1	2,2	2,3	1,7	2,1	1,8	8,2	7,5	7,2	6,9
OECD	2,9	2,6	1,9	2,0	2,3	1,7	2,3	2,0	8,2	7,7	7,3	7,0
IWF	2,9	2,7	1,4	1,2	2,3	1,8	3,1	1,9	8,2	7,5	7,6	8,3
<b>Finnland</b>												
EU-KOM	5,0	4,3	3,4	2,8	1,3	1,5	2,4	2,1	7,7	6,7	6,4	6,3
OECD	4,9	4,2	2,9	2,6	1,3	1,5	2,3	2,4	7,7	6,6	6,3	6,1
IWF	4,9	4,4	2,4	2,1	1,3	1,6	2,8	1,9	7,7	6,8	6,7	6,7
<b>Griechenland</b>												
EU-KOM	4,3	4,1	3,8	3,7	3,3	2,8	3,1	3,1	8,9	8,4	7,9	7,5
OECD	4,3	4,1	3,7	3,9	3,3	2,9	3,3	3,1	9,3	8,6	8,4	8,3
IWF	4,2	4,0	3,5	3,3	3,3	3,0	3,5	2,7	8,9	8,3	7,5	7,4
<b>Irland</b>												
EU-KOM	5,7	4,9	3,5	3,8	2,7	2,8	2,2	2,0	4,4	4,5	5,3	5,5
OECD	5,7	5,2	2,9	4,2	2,7	2,8	2,5	2,0	4,4	4,8	5,6	5,4
IWF	5,7	5,3	1,8	3,0	2,7	3,0	3,2	2,1	4,4	4,6	5,3	5,0
<b>Luxemburg</b>												
EU-KOM	6,1	5,2	4,7	4,5	3,0	2,5	2,8	2,3	4,7	4,7	4,5	4,2
OECD	6,0	5,2	4,9	4,1	3,0	2,6	3,3	3,0	4,4	4,4	4,2	3,9
IWF	6,1	5,4	3,1	3,2	2,7	2,3	2,9	2,1	4,5	4,4	4,8	4,9
<b>Malta</b>												
EU-KOM	3,2	3,1	2,8	2,9	2,6	0,8	2,5	2,2	7,3	6,8	6,6	6,5
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	3,4	3,8	2,2	2,0	2,6	0,7	3,4	2,5	7,3	6,3	6,5	6,8
<b>Niederlande</b>												
EU-KOM	3,0	2,7	2,9	2,5	1,7	1,6	2,3	2,7	3,9	3,1	2,7	2,4
OECD	3,0	3,0	2,4	2,3	1,7	1,6	2,0	2,4	4,1	3,3	2,9	2,7
IWF	3,0	3,5	2,1	1,6	1,7	1,6	2,4	1,8	3,9	3,2	2,8	2,9
<b>Österreich</b>												
EU-KOM	3,3	3,3	2,7	2,4	1,7	1,9	1,9	1,8	4,7	4,3	4,2	4,2
OECD	3,1	3,3	2,5	2,5	1,7	2,1	2,4	2,0	5,4	5,3	5,3	5,5
IWF	3,3	3,4	1,9	1,7	1,7	2,2	2,8	1,9	4,8	4,4	4,4	4,5
<b>Portugal</b>												
EU-KOM	1,3	1,8	2,0	2,1	3,0	2,4	2,4	2,3	7,7	8,0	8,0	7,7
OECD	1,3	1,8	2,0	2,2	3,0	2,4	2,6	2,2	7,7	7,9	7,6	7,3
IWF	1,3	1,9	1,3	1,4	3,0	2,4	2,4	2,0	7,7	7,7	7,6	7,4
<b>Slowenien</b>												
EU-KOM	5,7	6,0	4,6	4,0	2,5	3,5	3,7	2,9	6,0	4,9	4,7	4,6
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	5,7	6,1	4,1	3,5	2,5	3,6	4,0	2,4	5,9	4,8	4,8	5,0
<b>Spanien</b>												
EU-KOM	3,9	3,8	2,7	2,3	3,6	2,6	3,7	2,7	8,5	8,1	8,5	9,1
OECD	3,9	3,8	2,5	2,4	3,6	2,8	3,6	2,5	8,5	8,1	8,1	8,3
IWF	3,9	3,8	1,8	1,7	3,6	2,8	4,0	3,0	8,5	8,3	9,5	10,4
<b>Zypern</b>												
EU-KOM	3,8	3,8	3,9	3,9	2,2	2,0	2,3	2,1	4,6	4,3	4,1	3,9
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	4,0	4,4	3,4	3,5	2,2	2,2	4,0	2,9	4,6	3,9	3,9	3,9

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2007.

EU-Interimsprognose, Februar 2008, für 2008 zu BIP und Verbraucherpreisen.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2007.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2008.

Stand: April 2008.

## 11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009
<b>Bulgarien</b>												
EU-KOM	6,1	6,3	6,0	6,2	7,4	7,1	7,3	5,8	9,0	7,5	6,8	6,0
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	6,3	6,2	5,5	4,8	7,4	7,6	9,7	6,0	–	–	–	–
<b>Dänemark</b>												
EU-KOM	3,5	1,9	1,3	1,4	1,9	1,7	2,4	2,4	3,9	3,0	2,7	2,7
OECD	3,5	2,0	1,7	0,8	1,9	1,6	2,4	2,7	3,9	3,5	3,4	3,6
IWF	3,9	1,8	1,2	0,5	1,9	1,7	2,3	2,0	4,0	2,8	3,1	3,2
<b>Estland</b>												
EU-KOM	11,2	7,8	6,4	6,2	4,4	6,3	7,3	4,8	5,9	4,9	4,8	4,9
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	11,2	7,1	3,0	3,7	4,4	6,6	9,8	4,7	–	–	–	–
<b>Lettland</b>												
EU-KOM	11,9	10,5	7,2	6,2	6,6	9,6	9,8	6,0	6,8	5,8	5,5	5,6
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	11,9	10,2	3,6	0,5	6,5	10,1	15,3	9,2	–	–	–	–
<b>Litauen</b>												
EU-KOM	7,7	8,5	7,5	6,3	3,8	5,6	6,5	5,2	5,6	4,2	4,2	4,4
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	7,7	8,8	6,5	5,5	3,8	5,8	8,3	6,1	–	–	–	–
<b>Polen</b>												
EU-KOM	6,1	6,5	5,3	5,2	1,3	2,5	3,8	2,9	13,8	9,4	7,3	6,4
OECD	6,2	6,5	5,6	5,2	1,3	2,3	3,6	4,2	13,8	9,7	8,4	7,7
IWF	6,2	6,5	4,9	4,5	1,0	2,5	4,1	3,8	–	–	–	–
<b>Rumänien</b>												
EU-KOM	7,7	6,0	5,9	5,8	6,6	4,7	5,6	4,6	7,3	7,1	7,0	6,9
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	7,9	6,0	5,4	4,7	6,6	4,8	7,0	5,1	–	–	–	–
<b>Schweden</b>												
EU-KOM	4,2	3,4	3,1	2,4	1,5	1,6	2,0	2,0	7,1	6,1	5,8	5,7
OECD	4,5	3,4	3,2	2,6	1,4	1,9	2,5	2,6	5,3	4,6	3,8	3,6
IWF	4,1	2,6	2,0	1,7	1,5	1,7	2,8	2,1	7,0	6,1	6,6	7,1
<b>Slowakei</b>												
EU-KOM	8,3	8,7	7,0	6,2	4,3	1,7	2,5	3,0	13,4	11,2	9,7	9,0
OECD	8,3	9,3	7,3	6,9	4,5	2,7	3,2	2,8	13,3	11,0	10,1	9,4
IWF	8,5	10,4	6,6	5,6	4,4	2,8	3,6	3,8	–	–	–	–
<b>Tschechien</b>												
EU-KOM	6,4	5,8	5,0	4,9	2,1	3,0	3,8	3,2	7,1	5,9	5,4	5,0
OECD	6,4	6,1	4,6	4,9	2,6	2,7	4,6	3,1	7,2	5,4	5,0	4,7
IWF	6,4	6,5	4,2	4,6	2,5	2,8	6,0	3,5	–	–	–	–
<b>Ungarn</b>												
EU-KOM	3,9	2,0	2,6	3,4	4,0	7,7	4,9	2,8	7,5	7,3	7,0	6,9
OECD	3,9	1,8	2,6	3,8	3,9	7,8	4,7	3,4	7,5	7,3	7,2	7,1
IWF	3,9	1,3	1,8	2,5	3,9	7,9	5,9	3,5	–	–	–	–

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2007.

EU-Interimprognose, Februar 2008.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2007.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2008.

Stand: April 2008.



## 12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G 7-Länder / Euroraum / EU-27

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009
<b>Deutschland</b>												
EU-KOM	-1,6	0,1	-0,1	0,2	67,5	64,7	62,6	60,3	5,2	5,8	5,8	6,0
OECD	-1,6	0,0	0,1	0,3	67,5	64,5	62,8	60,9	4,9	6,0	6,0	6,0
IWF	-1,6	-	-0,7	-0,4	66,0	63,2	62,4	61,9	5,0	5,6	5,2	4,9
<b>USA</b>												
EU-KOM	-2,6	-2,7	-3,2	-3,4	-	-	-	-	-6,1	-5,4	-4,9	-4,3
OECD	-2,6	-2,8	-3,4	-3,5	-	-	-	-	-6,2	-5,6	-5,4	-5,3
IWF	-2,6	-2,5	-4,5	-4,2	60,1	60,8	63,2	66,5	-6,2	-5,3	-4,3	-4,2
<b>Japan</b>												
EU-KOM	-4,6	-4,0	-4,2	-4,7	-	-	-	-	4,0	4,7	4,8	4,8
OECD	-2,9	-3,4	-3,8	-3,4	-	-	-	-	3,9	4,7	4,8	5,2
IWF	-3,8	-3,4	-3,4	-3,3	194,7	195,5	197,5	196,0	3,9	4,9	4,0	3,9
<b>Frankreich</b>												
EU-KOM	-2,5	-2,6	-2,6	-2,7	64,2	64,3	64,1	64,1	-2,2	-2,3	-2,3	-2,3
OECD	-2,6	-2,5	-2,6	-2,6	64,1	65,1	66,2	67,2	-1,3	-1,3	-2,2	-2,3
IWF	-2,5	-2,4	-2,8	-3,0	64,1	64,0	64,6	65,6	-1,3	-1,3	-2,4	-2,5
<b>Italien</b>												
EU-KOM	-4,4	-2,3	-2,3	-2,3	106,8	104,3	102,9	101,2	-2,0	-1,7	-1,8	-1,7
OECD	-4,5	-2,2	-2,3	-2,0	106,7	105,0	104,2	102,9	-2,6	-2,0	-2,1	-2,2
IWF	-3,4	-1,9	-2,5	-2,5	106,5	104,0	103,6	104,0	-2,6	-2,2	-2,4	-2,3
<b>Großbritannien</b>												
EU-KOM	-2,7	-2,8	-3,0	-2,8	43,2	43,6	44,8	45,6	-3,2	-3,1	-3,5	-3,5
OECD	-2,8	-2,9	-3,4	-2,7	44,0	44,7	46,3	47,1	-3,1	-2,9	-3,1	-3,5
IWF	-2,6	-3,0	-3,1	-3,2	43,0	43,0	43,5	43,5	-3,9	-4,9	-4,8	-4,4
<b>Kanada</b>												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	1,0	1,3	0,7	0,6	-	-	-	-	1,6	1,9	1,8	1,6
IWF	1,0	1,0	0,1	0,0	73,5	68,4	66,2	63,8	1,6	0,9	-0,9	-1,2
<b>Euroraum</b>												
EU-KOM	-1,5	-0,8	-0,9	-0,8	68,6	66,5	65,0	63,4	-0,1	0,0	0,0	0,1
OECD	-1,6	-0,7	-0,7	-0,6	68,7	66,9	65,8	64,5	0,0	0,2	-0,1	-0,2
IWF	-1,4	-0,6	-1,1	-1,1	68,6	66,3	65,4	64,8	-0,1	-0,2	-0,7	-0,9
<b>EU-27</b>												
EU-KOM	-1,6	-1,1	-1,2	-1,1	61,4	59,5	58,3	57,0	-0,7	-0,8	-0,9	-0,9

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2007.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2007 und Februar 2008 (nur für Staatsschuldenquote).

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2008.

Stand: April 2008.

## 12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009
<b>Belgien</b>												
EU-KOM	0,4	-0,3	-0,4	-0,4	88,2	84,6	81,7	79,0	3,3	3,0	3,1	3,4
OECD	0,2	-0,2	-0,4	-0,2	88,1	85,3	82,9	80,7	2,7	2,6	2,9	2,7
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	2,7	3,2	2,9	2,8
<b>Finnland</b>												
EU-KOM	3,8	4,6	4,2	4,0	39,2	35,7	32,4	29,8	4,7	5,2	5,1	5,0
OECD	3,7	4,0	4,4	4,2	39,1	36,8	35,2	32,2	5,1	6,0	6,1	5,8
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	4,6	4,6	3,8	3,9
<b>Griechenland</b>												
EU-KOM	-2,5	-2,9	-1,8	-1,8	95,3	93,7	91,1	88,8	-11,1	-10,8	-10,8	-10,6
OECD	-2,8	-2,9	-2,0	-2,0	95,3	93,2	90,3	87,5	-11,1	-11,9	-11,7	-11,5
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-11,0	-13,9	-13,9	-14,1
<b>Irland</b>												
EU-KOM	2,9	0,9	-0,2	-0,6	25,1	25,2	26,9	28,5	-4,2	-4,6	-4,4	-4,3
OECD	2,9	2,2	1,0	0,2	25,0	24,9	25,7	25,6	-4,2	-4,0	-3,0	-2,8
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-4,2	-4,5	-3,2	-2,9
<b>Luxemburg</b>												
EU-KOM	0,7	1,2	1,0	1,4	6,6	6,6	6,0	5,4	10,3	11,5	12,7	13,8
OECD	0,7	1,2	1,0	1,7	6,6	9,3	12,2	14,6	10,3	11,0	10,1	9,6
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	10,3	9,5	8,2	7,3
<b>Malta</b>												
EU-KOM	-2,5	-1,8	-1,6	-1,0	64,7	63,1	61,3	59,2	-6,7	-3,8	-3,4	-2,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-6,7	-6,2	-6,1	-5,8
<b>Niederlande</b>												
EU-KOM	0,6	-0,4	0,5	1,3	47,9	46,8	44,8	41,7	7,6	6,9	7,5	8,2
OECD	0,5	-0,1	0,6	1,1	47,9	46,5	44,7	42,3	8,6	6,9	6,5	6,3
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	8,3	6,6	5,9	5,6
<b>Österreich</b>												
EU-KOM	-1,4	-0,8	-0,7	-0,4	61,7	60,0	58,4	57,2	3,5	4,8	5,3	5,3
OECD	-1,5	-0,8	-0,6	-0,2	61,7	60,4	59,4	58,0	3,2	4,7	4,9	5,5
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	2,4	2,7	2,9	2,9
<b>Portugal</b>												
EU-KOM	-3,9	-3,0	-2,6	-2,4	64,8	64,4	64,7	64,5	-9,9	-9,0	-8,8	-8,7
OECD	-3,9	-3,0	-2,4	-1,5	64,8	65,5	65,8	65,5	-9,4	-8,1	-8,2	-7,9
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-9,4	-9,4	-9,5	-9,5
<b>Slowenien</b>												
EU-KOM	-1,2	-0,7	-1,0	-0,8	27,1	25,6	24,5	23,8	-2,8	-3,5	-2,6	-1,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-2,8	-4,8	-4,8	-4,9
<b>Spanien</b>												
EU-KOM	1,8	1,8	1,2	0,6	39,7	36,3	34,6	33,0	-8,8	-9,3	-9,6	-9,8
OECD	1,8	1,9	1,5	1,3	39,7	35,8	32,9	30,4	-8,6	-9,8	-10,0	-10,1
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-8,6	-10,1	-10,5	-10,3
<b>Zypern</b>												
EU-KOM	-1,2	-1,0	-0,8	-0,6	65,2	60,5	53,3	49,6	-5,9	-6,0	-5,9	-5,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-5,9	-7,1	-7,7	-7,1

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2007.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2007 und Februar 2008 (nur für Staatsschuldenquote).

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2008.

Stand: April 2008.

## 12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009
<b>Bulgarien</b>												
EU-KOM	3,2	3,0	3,1	3,1	22,8	19,3	15,9	12,9	-15,8	-18,1	-17,7	-17,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-15,6	-21,4	-21,9	-18,9
<b>Dänemark</b>												
EU-KOM	4,6	4,0	3,0	2,5	30,3	25,0	20,9	17,5	2,4	1,3	0,8	0,7
OECD	4,7	4,8	3,8	3,0	30,3	25,6	21,8	19,0	2,4	1,2	1,0	0,7
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	2,7	1,1	0,7	1,3
<b>Estland</b>												
EU-KOM	3,6	3,0	1,9	1,0	4,0	2,8	2,3	2,0	-15,7	-14,6	-12,3	-10,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-15,5	-16,0	-11,2	-11,2
<b>Lettland</b>												
EU-KOM	-0,3	0,9	0,8	0,5	10,6	10,2	7,8	6,4	-21,1	-23,8	-21,6	-19,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-22,3	-23,3	-15,0	-10,5
<b>Litauen</b>												
EU-KOM	-0,6	-0,9	-1,4	-0,8	18,2	17,7	17,2	16,1	-10,5	-13,9	-14,4	-14,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-10,8	-13,0	-10,5	-8,8
<b>Polen</b>												
EU-KOM	-3,8	-2,7	-3,2	-3,1	47,6	46,8	47,1	47,1	-1,8	-4,3	-5,5	-6,2
OECD	-3,8	-2,8	-3,2	-3,0	47,6	47,5	47,9	47,5	-3,2	-4,9	-5,7	-6,2
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-3,2	-3,7	-5,0	-5,7
<b>Rumänien</b>												
EU-KOM	-1,9	-2,7	-3,2	-3,9	12,4	12,5	12,8	13,5	-10,3	-13,7	-15,5	-16,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-10,4	-13,9	-14,5	-13,0
<b>Schweden</b>												
EU-KOM	2,5	3,0	2,8	3,0	47,0	41,1	35,7	30,5	6,9	7,1	7,0	7,3
OECD	2,3	2,9	3,1	3,1	47,0	39,5	34,2	29,1	7,1	7,0	6,7	6,8
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	8,5	8,3	6,4	6,7
<b>Slowakei</b>												
EU-KOM	-3,7	-2,7	-2,3	-2,4	30,4	30,8	30,7	30,6	-7,7	-4,4	-2,9	-2,0
OECD	-3,7	-2,6	-2,3	-1,8	30,9	34,6	36,4	37,2	-8,3	-4,1	-3,0	-1,8
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-7,1	-5,3	-5,0	-4,7
<b>Tschechien</b>												
EU-KOM	-2,9	-3,4	-2,8	-2,7	30,1	30,2	30,3	30,5	-3,1	-2,8	-2,4	-2,3
OECD	-2,9	-3,7	-3,1	-2,5	30,2	30,9	30,6	30,8	-3,1	-2,9	-1,5	-0,6
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-3,1	-2,5	-3,0	-2,8
<b>Ungarn</b>												
EU-KOM	-9,2	-6,4	-4,2	-3,8	65,6	66,1	66,3	65,9	-6,5	-4,4	-3,4	-2,7
OECD	-9,3	-6,4	-4,3	-3,5	65,6	68,1	69,3	69,2	-6,5	-4,6	-3,8	-3,5
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-6,5	-5,6	-5,5	-5,1

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2007.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2007 und Februar 2008 (nur für Staatsschuldenquote).

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2008.

Stand: April 2008.







**HERAUSGEBER:**

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN  
REFERAT ÖFFENTLICHKEITSARBEIT  
WILHELMSTRASSE 97  
10117 BERLIN  
[HTTP://WWW.BUNDESFINANZMINISTERIUM.DE](http://www.bundesfinanzministerium.de)  
ODER  
[HTTP://WWW.BMF.BUND.DE](http://www.bmf.bund.de)

**REDAKTION:**

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN  
ARBEITSGRUPPE MONATSBERICHT  
[REDAKTION.MONATSBERICHT@BMF.BUND.DE](mailto:REDAKTION.MONATSBERICHT@BMF.BUND.DE)  
BERLIN, APRIL 2008

**SATZ UND GESTALTUNG:**

HEIMBÜCHEL PR,  
KOMMUNIKATION UND PUBLIZISTIK GMBH,  
BERLIN/KÖLN

**DRUCK:**

BONIFATIUS GMBH, PADERBORN

**BEZUGSSERVICE FÜR PUBLIKATIONEN DES**

**BUNDESMINISTERIUMS DER FINANZEN:**

TELEFONISCH 0 18 05 / 77 80 90<sup>1</sup>

PER TELEFAX 0 18 05 / 77 80 94<sup>1</sup>

<sup>1</sup> JEWEILS 0,12 €/MIN. AUS DEM FESTNETZ DER T-COM, ABWEICHENDE  
PREISE AUS ANDEREN NETZEN MÖGLICH.

ISSN 1618-291X



Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.